

DISS

Journal

► DISS course
► DISS agreee
► DISS order

#48

Nov 2024

L'EXTRÊME
DROITE *se nourrit*
DU DÉSESPOIR

Foto: Benno Nietzhardt, Lyon, October 2024



TOUTES ET TOUS UNI·E·S
POUR LA JUSTICE ET LE PROGRÈS SOCIAL

Die extreme Rechte ernährt sich von der Verzweiflung.
Alle gemeinsam für Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt!



IMPRESSUM

DISS-Journal
ISSN 2701-3081

Duisburger Institut für Sprach-
und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15
47051 Duisburg

Tel.: 0203/20249
info@diss-duisburg.de

Homepage: www.diss-duisburg.de
Blog: www.disskursiv.de

REDAKTION

Guido Arnold
Wolfgang Kastrup
Helmut Kellershohn
Anna-Maria Mayer
Benno Nothardt
Jobst Paul

LAYOUT

Guido Arnold

HEFT-BESTELLUNG

info@diss-duisburg.de
Tel.: 0203/20249

Schutzgebühr: 4 EUR
kostenfrei für Mitglieder
des DISS-Förderkreises

Inhalt

- 4 VORWORT**
- 5 ES KÖNNTE NOCH SCHLIMMER KOMMEN...**
ANMERKUNGEN ZUM ERFOLG DER AFD BEI DEN LANDTAGSWAHLEN IN BRANDENBURG, SACHSEN UND THÜRINGEN
Von Sebastian Friedrich
- 9 BULLSHITTING 2024**
DEMOKRATIEZERSETZENDE NORMALISIERUNG DES POSTFAKTISCHEN
Von Guido Arnold
- 16 GEOSTRATEGISCHE SANDKASTENSPIELE IM VORFELD DER AFD**
EUROPABILDER VON RECHTS
Von Maarten van Melis
- 21 RECHTE NETZWERKE IN DER HESSISCHEN POLIZEI**
Von Nicole Gergar
- 26 KEIN PHÄNOMEN VON SAUFNAZIS, SONDERN DER REICHEN OBERSCHICHT**
ERGEBNISSE EINER STRUKTURANALYSE DER TAZ ZU DEM RASSISTISCHEN PARTYVIDEO AUF SYLT
Von Selin Köroglu
- 28 KAPITALISTISCHE WELTMACHT CHINA**
WIRTSCHAFTLICHER KONKURRENT UND GEOSTRATEGISCHER RIVALE
Von Wolfgang Kastrup
- 36 FRIEDLICHE KOEXISTENZ**
EIN ALTERNATIVES KONZEPT FÜR FRIEDENSPOLITIK?
Von Wilfried Schollenberger
- 43 NEUE PUBLIKATIONEN AUS DEM DISS**
ISRAEL IM KRIEG (DISS-JOURNAL SONDERAUSGABE #8)
Von Jobst Paul
- 46 ZUM METHODOLOGISCHEN KONZEPT DER KRITISCHEN DISKURSANALYSE (KDA)**
Von Margarete Jäger
- 49 VIELFACHKRISE. KAPITALISTISCHE KRISENDYNAMIKEN UND GEOPOLITISCHE UMBRÜCHE**
Von Wolfgang Kastrup & Helmut Kellershohn
- 55 „POLITISCHE ÖKONOMIE DER ZEITENWENDE“**
Buchbesprechung von Wolfgang Kastrup
- 59 „RECHTSKRITIK MIT LOUIS ALTHUSSER“**
Lesetipp von Wolfgang Kastrup
- 61 DISS-KOLLOQUIUM 2024**
„NATIONALE UND INTERNATIONALE KONFLIKTLINIEN IN DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN UMGESTALTUNG DER GESELLSCHAFT“
- 62 VERANSTALTUNGEN**
UNVEILED AI: DOWN THE RABBIT HOLE OF SYMBOLS, ETHICS AND AESTHETICS
EINFÜHRUNG IN DIE KRITISCHE DISKURSANALYSE



Vorwort

Die Europawahlen und Landtagswahlen dieses Jahres waren für die AfD ein Erfolg. Zweiter bei den Wahlen zum europäischen Parlament, Erster in Thüringen, jeweils Zweiter in Sachsen und Brandenburg (mit knappen Abstand) – das war zwar nicht insgesamt das, was sich die AfD erhofft hatte, in Sachsen und Brandenburg musste sie sich knapp von CDU bzw. SPD geschlagen geben. Aber die Zukunftsaussichten, so Sebastian Friedrich in seiner Analyse, mit der wir dieses Heft des DISS-Journals einleiten, sind gerade in Ostdeutschland ‚rosig‘. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt liegt die Partei zurzeit in den Wahlumfragen an erster Stelle. Aber auch in Westdeutschland hat sie sich fest etabliert und belegt in Bayern und Hessen in Umfragen derzeit den zweiten, in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und im Saarland den dritten Platz. Wenig erbaulich sieht dagegen die Lage der linken und linksliberalen Kräfte aus: Die Linke ist nur noch in den Stadtstaaten und in vier ostdeutschen Ländern parlamentarisch präsent; die SPD verliert in mehreren Bundesländern erheblich an Boden (vor allem in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen-Anhalt) und den Grünen droht vor allem in Ostdeutschland (nach Brandenburg und Thüringen) das Ausscheiden aus zwei weiteren Landesparlamenten. Was das BSW anbetrifft, muss noch abgewartet werden, wie sich die weitere programmatische Entwicklung der „Partei“ und die Selbstverortung im politischen Parteienspektrum gestalten werden.

Summa summarum: Es wird Zeit, über realistische Konzepte zur Verhinderung des weiteren Aufstiegs der AfD nachzudenken. Dazu gibt Sebastian Friedrich in seinem Beitrag einige Anregungen. Wichtiger aber noch ist es, den aktuellen Autoritätsverlust der linken und linksliberalen Kräfte hinsichtlich der Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation und der Bewältigung der derzeitigen Vielfachkrise umzukehren und, um Mario Candeias zu zitieren, eine Antwort zu finden auf die Herausforderung durch die drohende „Konvergenz eines radikalisierten Konservatismus mit der radikalen Rechten und einer aggressiven Verteidigung der fossilistischen Lebensweise, einschließlich harter Kulturkämpfe auf allen Ebenen“. Die Leugnung des menschengemachten Klimawandels im „Kapitalozän“ gehört in diesem Spektrum zum ‚guten Ton‘. In diesem Zusammenhang spielen Mis- und Desinformation in den ‚sozialen‘ Medien, befeuert durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz, eine zentrale Rolle. Guido Arnold untersucht ihren Einfluss auf die Debatten-Polarisierung im Kontext der US-Präsidentenwahl des Jahres 2024.

Zum Schluss ein Wort in eigener Sache. Das vorliegende Heft stellt die neuesten Veröffentlichungen des DISS vor, so die umfangreiche und äußerst informative Sonderausgabe des DISS-Journals zu „Israel im Krieg“, die völlig überarbeitete und erweiterte Auflage der Kritischen Diskursanalyse und den Kolloquiumsreader „Vielfachkrise. Kapitalistische Krisendynamiken und geopolitische Umbrüche“. Wir hoffen auf eine breite Resonanz dieser wichtigen Publikationen. Wir empfehlen aber die Lektüre der anderen Beiträge dieses Heftes, die einen Einblick geben in die Vielfalt der Themen, die das DISS in seinen Arbeitskreisen ‚beackert‘.

Helmut Kellershohn

Es könnte noch schlimmer kommen...

ANMERKUNGEN ZUM ERFOLG DER AfD BEI DEN LANDTAGSWAHLEN IN BRANDENBURG, SACHSEN UND THÜRINGEN

Von Sebastian Friedrich

Man könnte meinen, es hätte schlimmer kommen können. Zwar hat die AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg die besten Wahlergebnisse ihrer Parteigeschichte erzielt, doch zu Jahresbeginn stand die völkisch-nationalistische Partei in Umfragen teils noch deutlich höher. Noch vor wenigen Monaten gingen viele davon aus, dass die AfD in allen drei Bundesländern die stärkste Kraft werden könnte. Dies gelang ihr jedoch nur in Thüringen. Trotz starker Mobilisierung durch die AfD gingen auch viele Menschen in erster Linie gegen die AfD zu den Wahlen. Laut Nachwahlbefragungen wählten viele andere Parteien nicht aus Überzeugung, sondern um eine noch stärkere AfD zu verhindern.

Ohne das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) hätte die AfD wohl die Ergebnisse erreicht, auf die sie zu Jahresbeginn hoffen konnte. Laut Infratest Dimap gaben 26 Prozent der BSW-Wähler*innen in Thüringen an, sie hätten sonst die AfD gewählt. In Sachsen lag dieser Wert bei 33 Prozent, in Brandenburg bei 31 Prozent. Verrechnet man dies mit den tatsächlichen AfD-Ergebnissen, wäre die Partei in Thüringen auf etwa 37 Prozent und in Sachsen sowie Brandenburg auf rund 35 Prozent gekommen. Es ist zudem unwahrscheinlich, dass viele ehemalige Linken-Wähler*innen, die zum BSW gewechselt sind, erneut die Linke gewählt hätten, da deren Umfragewerte bereits vor dem Aufstieg des BSW rückläufig waren. Sicher ist: Die Hoffnungen einiger in der Linkspartei, ohne Wagenknecht mehr Wähler*innen zu gewinnen, sind geplatzt. Zahlmäßig konnte das BSW den Aufstieg der AfD etwas bremsen, aber nicht stoppen.¹

Darüber hinaus stellt sich eine größere Frage: Wie sollte aus linker Perspektive mit dem Sicherheitsbedürfnis in weiten Teilen der Bevölkerung umgegangen werden? Nachwahlbefragungen und bundesweite Umfragen zeigen, dass viele, die

die AfD nicht wählen und vielleicht nie wählen würden, dennoch eine restriktivere Migrationspolitik befürworten. Dies ist einer der Gründe für den Erfolg des BSW. An der lange vor der BSW-Gründung diskutierten These von der linkskommunitaristischen Repräsentationslücke² scheint etwas dran zu sein.

DÜSTERE AUSSICHTEN...

Fokussiert auf die AfD erscheint nach den Landtagswahlen erschreckender noch als das eigentliche Ergebnis die Perspektive, dass es eben noch schlimmer hätte kommen können. Mehr noch: Drei Gründe sprechen dafür, dass es gerade in diesen Bundesländern noch krasser kommen wird.

Erstens ist die AfD in allen drei Bundesländern besonders stark bei Erst- und Jungwähler*innen. In Thüringen etwa holte die Partei insgesamt 32,8 Prozent der Stimmen, bei den 18- bis 24-Jährigen schnitt sie laut Infratest Dimap mit 38 Prozent am stärksten ab, bei der Altersgruppe 70 und älter am schwächsten (19 Prozent). Ähnliche Tendenzen zeigen sich in Sachsen und Brandenburg. Aber nicht nur die demografische Dynamik spricht dafür, dass die AfD in Zukunft in den drei Bundesländern noch stärker abschneiden könnte. Sollte das BSW die Erwartungen nicht erfüllen und sich bei möglichen direkten oder indirekten Regierungsbeteiligungen nicht wie von der Wählerschaft erwartet verhalten, vielleicht sogar im Laufe der kommenden Jahre als Partei implodieren, könnte davon zweitens die AfD profitieren. Hinzu kommt drittens, dass in allen drei Bundesländern Regierungsmehrheiten ohne die AfD nur durch Koalitionen mehrerer Parteien möglich sind. Solche breiten Bündnisse von CDU bis Linkspartei oder BSW könnten an inneren Widersprüchen zerbrechen, was der

¹ Zur Frage, inwiefern das BSW der AfD geschadet hat, ausführlicher: Ingar Solty/Sebastian Friedrich: Das BSW bremst die AfD, stoppt sie aber nicht, in: Jacobin.de, 10.09.2024. <https://jacobin.de/artikel/Wagenknecht-BSW-AfD-Migration-Russland-Ukraine> (Zugriff: 22.09.2024).

² Vgl. Wolfgang Merkel: Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Philipp Harfst/Ina Kubbe/Thomas Poguntke (Hg.): Parties, Governments and Elites, Wiesbaden 2017, S. 9-23.



Provokation: Wahlplakate der AfD in Frankfurt (Oder)

AfD in die Hände spielen würde, die sich als „einzige wahre Oppositionspartei“ inszeniert.

Düstere Aussichten also. Die Frage, wie mit einer Partei umzugehen ist, die für einen erheblichen Teil der Wählerschaft längst parlamentarische Realität geworden ist, wird drängen – der denn je.

Diese Wahlerfolge sind keine Ausrutscher. Schon bei den letzten Landtagswahlen lag die AfD in allen drei Bundesländern bei über 20 Prozent. Ihre Stärke ist das Ergebnis einer langfristigen Konsolidierung, besonders in Sachsen und Thüringen, wo sie seit einem halben Jahrzehnt stabil über 20 Prozent liegt. In Brandenburg, Sachsen-Anhalt und mit leichten Abstrichen auch in Mecklenburg-Vorpommern sieht es ähnlich aus. Die AfD ist zwar kein hauptsächliches Ost-Phänomen. So kamen bei den Wahlen für das Europaparlament immerhin 2/3 der AfD-Wähler*innen aus westdeutschen Bundesländern; und in Umfragen steht die Partei in einigen westdeutschen Bundesländern auch im Bereich der 20-Prozentmarke. Aber dennoch ist die AfD in den ostdeutschen Bundesländern schon lange deutlich stärker und hat insbesondere in Regionen, die ländlich geprägt, strukturschwach und überaltert sind, Volksparteicharakter.

WAS TUN? – VERBIETEN, AUSGRENZEN ODER WAS?

Angesichts dieser Stärke wird von einigen, nicht nur Linken, ein Verbotsverfahren gegen die AfD gefordert. Doch diese Forderung ist mit vielen Fragen verbunden: Ist so ein solches Verfahren politisch durchsetzbar? Wie sind die Erfolgsaussichten aus juristischer Sicht? Ist es demokratietheoretisch ratsam, eine Partei zu verbieten, die so viel Rückhalt genießt? Wie sähen die konkreten politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Regionen aus, in denen die AfD heute schon 40 Prozent und noch mehr hinter sich hat? Und wie würde ein Verbot das Sicherheitsrisiko durch militante Rechtsradikale erhöhen?

Die Fragen können an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Ziemlich sicher ist im Zusammenhang mit der nunmehr seit einem Jahr laufenden Debatte um ein mögliches AfD-Verbot aber eines: Der AfD schadet diese Diskussion offenbar nicht. Auch das leichte Umfragetief, das die AfD bundesweit in der ersten Hälfte des Jahres erlebte, scheint überwunden. Weder die *Correctiv*-Recherchen noch die Millionen, die im Zuge der Enthüllungen auf die Straßen gegangen sind, geschweige denn die Skandale um Maximilian Krah während des Europawahlkampfes haben der AfD substantiell geschadet.

Im Gegenteil: Der zunehmend rassistisch und nationalistisch geprägte Einwanderungsdiskurs spielt der AfD in die Karten. Viele ihrer Positionen wurden von anderen Parteien, insbesondere der CDU/CSU, aber auch dem BSW, übernommen. Die bundesweite Einführung der Bezahlkarte für alle Geflüchteten geht sogar über die Forderung der AfD im Grundgesetzprogramm 2016 hinaus, abgelehnten Asylbewerbern statt Geld – nur noch Sachleistungen zu gewähren. Von den aktuellen Plänen der Bundesregierung, bestimmten Asylbewerbern staatliche Leistungen gänzlich zu streichen, ganz zu schweigen. Auch die von der EU beschlossenen Asylschnellverfahren an den Außengrenzen entsprechen in den Grundzügen der alten Forderung der AfD nach externen Asylzentren. Bis auf die Linke folgen alle Parteien dieser neuen Linie in der Migrationspolitik – einige, wie manche Grüne, mit Bauchschmerzen, andere, wie etwa Mario Voigt von der CDU in Thüringen, mit Inbrunst. Voigt warf der AfD im Wahlkampf sogar vor, immer nur zu reden, aber nicht zu handeln.

Doch während die etablierten Parteien zentrale rechte Positionen umsetzen, grenzen sie die AfD auch nach den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg offiziell aus. Inhaltlich zustimmen, formal aber ausgrenzen ist ein fragwürdiger Ansatz. Davor warnte bereits vor einem Jahr der Politikwissenschaftler Thomas Biebricher eindringlich. Sein Argument: So werde der Eindruck erweckt, dass die AfD inhaltlich im Recht sei, man aber aus machtsstrategischen Erwägungen nicht mit ihr zusammenarbeite. Eine solche Strategie haben auch andere etablierte Kräfte in anderen europäischen Staaten gefahren. Das Ergebnis war fast immer, dass eigentlich nur die Rechten davon profitiert haben.³

3 Siehe dazu Robert Bongen/Sebastian Friedrich: Angriff von rechts: Untergang der CDU? In: panorama.de, 24.08.2023. <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2023/Angriff-von-rechts-Untergang-der-CDU,cdul832.html> (Zugriff: 22.09.2024).



Unabhängig davon, wie man zur Ausgrenzungsstrategie aus inhaltlichen oder strategischen Erwägungen steht: Es ist mehr als fraglich, ob diese dauerhaft überhaupt aufrechtzuerhalten sein wird – auf kommunaler Ebene wie auf Länder- und Bundesebene.

MACHTPERSPEKTIVEN DER AfD

So ist die AfD in der Kommunalpolitik bereits in vielen Kreisen und Städten verankert, wie Tilo Giesbers im Juni 2024 im antifaschistischen Magazin *Der rechte Rand* schrieb: „Die AfD ist im Osten nun vielerorts stärkste Kraft. Im Verbund mit anderen Rechtsaußenparteien und Wählergemeinschaften existieren oft sogar klare rechte Mehrheiten. Mehr noch: Insgesamt gibt es kaum noch Kommunen mit Mehrheiten links von Union, FDP und Co.“⁴

Allein in den ostdeutschen Bundesländern gab es laut einer Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung bereits mehr als 100 Kooperationen zwischen der AfD und Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Grünen. Zwischen AfD und anderen Parteien wird auf kommunaler Ebene immer weniger unterschieden.⁵

Eine Regierungsbeteiligung auf Länderebene wird es voraussichtlich weder in Thüringen, Sachsen noch in Brandenburg geben. Dies könnte sich jedoch in zwei Jahren in Sachsen-Anhalt ändern, wenn die Legislaturperiode endet. Der dienstälteste Ministerpräsident Reiner Haseloff, der sich stets glaubwürdig von der AfD abgrenzt, wird dann 72 Jahre alt sein. In seiner aktuellen Unionsfraktion gibt es jedoch eine Reihe von Abgeordneten, die sich offen oder implizit für eine Zusammenarbeit mit der AfD ausgesprochen haben. So habe es laut der AfD in Sachsen-Anhalt im Zuge des Koalitionsstreits um die Erhöhung der Rundfunkgebühren Ende 2020 Gespräche zwecks einer CDU-Minderheitsregierung gegeben.⁶

Sollte die AfD auf Länderebene in eine Regierung eingebunden werden, ist der Schritt zum Regierungseintritt im Bund nicht mehr weit. Zumal sich innerhalb der AfD derzeit eine Tendenz zur Professionalisierung abzeichnet, insbesondere bei jüngeren Akteuren, die auf den letzten Parteitag ihre Macht gefestigt haben. Diese sind nicht minder rechtsradikal, agieren aber strategischer, machtbewusster und realpolitischer als etwa ein Björn Höcke.

Die Chancen stehen also für die AfD gut, mittel- bis langfristig den Weg vieler anderer europäischer Rechtsparteien zu gehen, die in den letzten Jahren Regierungsverantwortung übernommen haben. Die migrationspolitische Wende vieler Parteien in der EU und Deutschland zeigt, dass die AfD bei ihrem Kernthema kaum Zugeständnisse machen muss. Sollte die Partei sich ähnlich wie Giorgia Meloni in Italien oder Marine Le Pen in Frankreich geostrategisch mit der EU und der NATO versöhnen, könnte sie auch bundesweit eine Option für die Union werden. Die AfD müsste sich ebenfalls an die EU, den Euro und die NATO annähern, will sie perspektivisch auch einen Machtzugriff haben. Als rechts der Union stehende und explizit nationalistische und rassistische Kraft könnte sie, eingebunden ins westliche Bündnis

⁴ Tilo Giesbers: Die Eroberung der Fläche, in: *Der Rechte Rand* Nr. 208 (Mai/Juni 2024). <https://www.der-rechte-rand.de/archive/10543/die-eroberung-der-flaeche/> (Zugriff: 22.09.2024).

⁵ Steven Hummel/Anika Taschke: Hält die Brandmauer? Studie zu Kooperationen mit der extremen Rechten in ostdeutschen Kommunen. Rosa-Luxemburg-Stiftung, März 2024. <https://www.rosalux.de/news/id/51762> (Zugriff: 22.09.2024).

⁶ MDR Sachsen-Anhalt: AfD-Fraktionschef: Hatten Absprache für mögliche CDU-Minderheitsregierung, in: [mdr.de](https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/duldung-minderheiten-regierung-afd-cdu-100.html), 26.11.2022. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/duldung-minderheiten-regierung-afd-cdu-100.html> (Zugriff: 22.09.2024).

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Peter Bescherer /
Elettra Griesi / Jenny Künkel /
Gisela Mackenroth (Hrsg.)
**Der Bewegungsraum der
sozialen Frage**
Wo Protest Platz hat und
Raum findet

(Raumproduktionen: Theorie und
gesellschaftliche Praxis, Bd. 44)

2024 – 302 Seiten – 35,00 €
ISBN 978-3-89691-129-2

auch Open Access

Moritz Rinn
Arbeit am Wohnen
Zur schwierigen Aneignung
eines städtischen
Reproduktionsmittels

(Raumproduktionen: Theorie und
gesellschaftliche Praxis, Bd. 45)

2024 – 423 Seiten – 45,00 €
ISBN 978-3-89691-130-8

auch Open Access

Neu beim
Verlag Westfälisches
Dampfboot:
**Das Jahrbuch der
Ernst-Bloch-Assoziation**

Zeilinger, Doris
**VorSchein 40 Jahrbuch
2023 der
Ernst-Bloch-Assoziation**

Brecht, Bloch, Benjamin,
Berlin 1923 – 2023

2024 – 175 Seiten – 22,00 €
ISBN 978-3-89691-130-8

Für Bibliotheken auch
als Ebook-Campuslizenz bestellbar:
eISBN 978-3-98634-177-0

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE





auch in Regierungsverantwortung vorne mit dabei sein, wenn es darum geht, „unsere Werte“ im Kampf gegen innere wie äußere Feinde zu verteidigen.⁷ Ein anderer Machthebel als eine von vielen in der AfD und im Vorfeld eigentlich verhassten „Melonisierung“ der AfD ist momentan nicht in Sicht.

NACHDENKEN ÜBER NEUE GEGENSTRATEGIEN

Die Ausgrenzungsstrategie erlebte im Zuge der Proteste gegen die AfD Anfang des Jahres ein vorübergehendes Hoch. Die Linke betreibt diese gegen die AfD noch am aktivsten. Geholfen hat es nicht – im Gegenteil: Als im Frühjahr ein Fernsehduell zwischen Mario Voigt und Björn Höcke im Raum stand, schloss Bodo Ramelow ein Duell mit Höcke aus. Voigt nutzte seine Chance beim Nachrichtensender WELT, überholte Höcke rechts, grenzte sich gleichzeitig vom völkischen Nationalismus der AfD ab, legte sich Pointen zurecht und ließ Höcke insgesamt ziemlich alt aussehen.

Die Linke lag zu diesem Zeitpunkt in Thüringen nur etwa drei Prozentpunkte hinter der Union, und es bestand die Chance, dass Ramelow ähnlich wie 2019 mit Ministerpräsidentenbonus als realistische Alternative zur AfD gewählt werden würde. Ganz offensichtlich wurden seine Amtskollegen in Sachsen und Brandenburg in erster Linie wieder gewählt, weil eine Mehrheit der Wähler*innen verhindern wollte, dass die AfD in diesen Bundesländern stärkste Partei wird. Dieser Anti-AfD-Ministerpräsidentenbonus zog bei Ramelow nicht mehr. Seine damalige Absage an ein Duell mit Höcke ist sicher nicht der einzige Grund dafür, dass die CDU letztlich fast doppelt so viele Wähler*innen ansprechen konnte wie die Linke, aber spätestens seit dem Fernsehduell im April war die Landtagswahl in Thüringen auf das Duell Voigt gegen Höcke zugespitzt. Das Beharren auf der Ausgrenzungsstrategie war für

die Linkspartei in Thüringen rückblickend fatal und nahm ihr letztlich die zugegeben ohnehin geringen Chancen, Ramelow im Amt zu halten.

Wenn es also stimmt, dass die AfD in Zukunft eher noch stärker werden wird, also es tatsächlich eher noch schlimmer kommen dürfte als ohnehin schon, wenn die AfD auf kommunaler, mittelfristig auf Länderebene und langfristig auf Bundesebene zunehmend wie eine „normale“ Partei behandelt wird, stellt sich letztlich die Frage, wie sinnvoll es aus linker Sicht in Zukunft sein könnte, weiterhin auf die Ausgrenzungsstrategie zu setzen. Anstatt die begrenzten Kräfte an der „Denormalisierungsarbeit“ zu verschleifen und dabei Moral, Hoffnung und immer mehr die Fassung zu verlieren, wäre es möglicherweise sinnvoller, die absehbare Entwicklung zu antizipieren: Nicht mehr den vermutlich aussichtslosen Kampf gegen die Etablierung der AfD zu führen, sondern einen Umgang mit ihr zu finden. Das heißt ausdrücklich nicht, dass Bündnisse oder eine Zusammenarbeit achselzuckend hingenommen werden sollten, auch nicht auf anlassbezogene Mobilisierungen und Skandalisierungen zu verzichten, aber überdacht werden sollte etwa, ob es zielführend ist, auf einen öffentlichen Schlagabtausch mit der AfD zu verzichten. In einigen Regionen insbesondere in Teilen Ostdeutschlands, aber nicht nur dort, könnte ein Strategiewechsel auch bedeuten, unter Vorzeichen einer zunehmend hegemonialen AfD den Schutz linker oder überhaupt nicht-rechter zivilgesellschaftlicher Strukturen in den Mittelpunkt zu rücken.⁸ Auf bundespolitischer Ebene würde sich die Frage stellen, wie sinnvoll möglichst breite Bündnisse gegen rechts sind, wenn die, mit denen man von links gemeinsame Sache macht, inhaltlich letztlich die Arbeit der AfD verrichtet, indem sie es sind, die die durch die AfD nach rechts geöffneten Diskurse in Gesetzesform gießen.

Sebastian Friedrich (Hamburg) ist Sozialwissenschaftler, Journalist und Publizist.

⁷ Zu den geo- und europapolitischen Positionen der AfD vgl. Helmut Kellershohn: Wege zur multipolaren Weltordnung: Das Europakonzept der AfD im Widerstreit der Positionen, in: Helmut Kellershohn/Wolfgang Kastrop (Hg.): Vielfachkrise. Kapitalistische Krisendynamiken und geopolitische Umbrüche, Münster: Edition DISS 2024, S. 197-213.

⁸ Siehe dazu etwa Miteinander e.V.: Wider die Normalisierung: Die demokratische Zivilgesellschaft stärken. <https://www.miteinander-ev.de/2024/09/05/wider-die-normalisierung-die-demokratische-zivilgesellschaft-staerken/> (Zugriff: 22.09.2024).

Bullshitting 2024

DEMOKRATIEZERSETZENDE NORMALISIERUNG DES POSTFAKTISCHEN

Von Guido Arnold

Die derzeitige Stärke autoritärer und rechtspopulistischer Strömungen weltweit fällt zusammen mit einer wachsenden Verunsicherung durch multiple Krisen (Klimazerstörung, Krieg, unaufgearbeitete Pandemie, ...) und einem massiven Bedeutungszuwachs ‚sozialer‘ Medien innerhalb der letzten fünf Jahre.

Wir beschreiben mehrere, sich gegenseitig verstärkende Wirkmechanismen der Krisenhaftigkeit und einer algorithmischen Debatten-Polarisierung innerhalb ‚sozialer‘ Medien im Kontext der US-Präsidentenwahlen des Jahres 2024. Wie verändern große Sprachmodelle wie ChatGPT die politische Topologie des digitalen Informationsraums? Konkret gilt es zu untersuchen, wie das Wechselspiel von ChatGPT mit ‚sozialen‘ Medien die Normalisierung von Falschinformationen vorantreibt und wie rechter Populismus von eben dieser Zersetzung der Faktizität in ein polarisiertes Nebeneinander bloßer ‚Meinungen‘ auch über die ‚sozialen‘ Medien hinaus profitiert.

LÜGEN HABEN LÄNGERE & SCHNELLERE BEINE – RECHTER POPULISMUS PROFITIERT

Die Algorithmen zur Steuerung der spezifischen Reichweite innerhalb der ‚sozialen‘ Medien bevorzugen polarisierende Inhalte. Hass, Hetze und Angst erzielen darüber deutlich höhere Reichweiten und Verbreitungsgeschwindigkeiten – ebenso *Fakenews*, also Beiträge, die fahrlässig inhaltlich falsch (Misinformation) oder gar absichtlich irreführend bzw. unwahr (Desinformation) sind.

Das liegt in der Logik des Geschäftsmodells digitaler Plattformen, deren Währung die Interaktionsdauer und -geschwindigkeit ihrer Nutzer:innen sind. Je stärker die Nutzer:in überrascht, geschockt, empört oder anderweitig emotional involviert ist, desto länger und intensiver konsumiert und produziert sie Inhalte. Dabei fallen ökonomisch verwertbare persönliche Daten an, die sich nicht nur indirekt vermarkten

lassen. Ganz unmittelbar kann der Plattformbetreiber seinen Werbepartnern zusätzlich zur höheren Verweildauer auch eine zielgenauere Adressierbarkeit der Nutzer:in in Rechnung stellen.

Zusätzlich zur algorithmischen Verstärkung profitieren Rechtspopulisten auch selbstverstärkend von Hass, Hetze, Angst und Falschnachrichten (der ‚sozialen‘ Medien). Inhalte, die spalten, verunsichern und destabilisieren, befeuern auch ‚quasi-analog‘ eine weitere Polarisierung bei der Meinungsbildung. Der halt gebende Rückzug auf vermeintliche ‚Klarheiten‘ führt das Meinungsspektrum zusätzlich eng. Je verunsicherter die Meinungsträger:innen, desto fortgeschrittener der Reduktionismus. Das Sagbarkeitsfeld im öffentlichen Diskurs zerfällt auf einen engen Nahbereich um wenige Pole. Das ist die Zeit der Populisten, in der sich Wirklichkeit leicht reduzieren und verklären lässt.

Die 2024 in Deutschland geführte Debatte um die Höhe des Bürgergelds spiegelt diese populistisch-reduktionistische Polarisierung wider. Hier wurde der berechtigte Anspruch von 5,5 Millionen Empfänger:innen dieser Basisunterstützung für Erwerbslose durch eine (sozial-)mediale Hetze gegen 14.000 sogenannte „Totalverweigerer“ mit Verweis auf einen angeblich „überbordenden“ Sozialhaushalt in der Krise diskreditiert.

Wie politisch entscheidend eine Krisenverunsicherung sein kann, zeigte die weltweite Finanzkrise nach der Lehman-Pleite 2008. Ihre verheerenden ökonomisch-sozialen Auswirkungen gelten als wesentlicher Brandbeschleuniger für den Rechtspopulismus der USA: „Niemand kann wissen, ob Donald Trump auch ohne die Folgen der Finanzkrise 2008 zum US-Präsidenten aufgestiegen wäre. Doch er profitierte massiv vom Klima der Verunsicherung – genau wie jetzt die AfD.“¹ Selbst Trumps rechtsradikaler Berater Steve Bannon mutmaßte, dass sein Chef ohne die Krise nie gewählt worden wäre: „Das Erbe der Finanzkrise ist Donald J. Trump“, sagte Bannon in einem

1 Nikolaus Pieper, 14.09.24, *Süddeutsche Zeitung*: 15 Jahre Bankencrash - Die Lehman-Pleite war der Brandbeschleuniger für den Rechtspopulismus. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/lehman-pleite-2008-finanzkrise-trump-afd-1.6226221>



Interview mit dem New York Magazine. Etliche Trump-Anhänger überholten damals die der *Tea Party* rechtsaußen.²

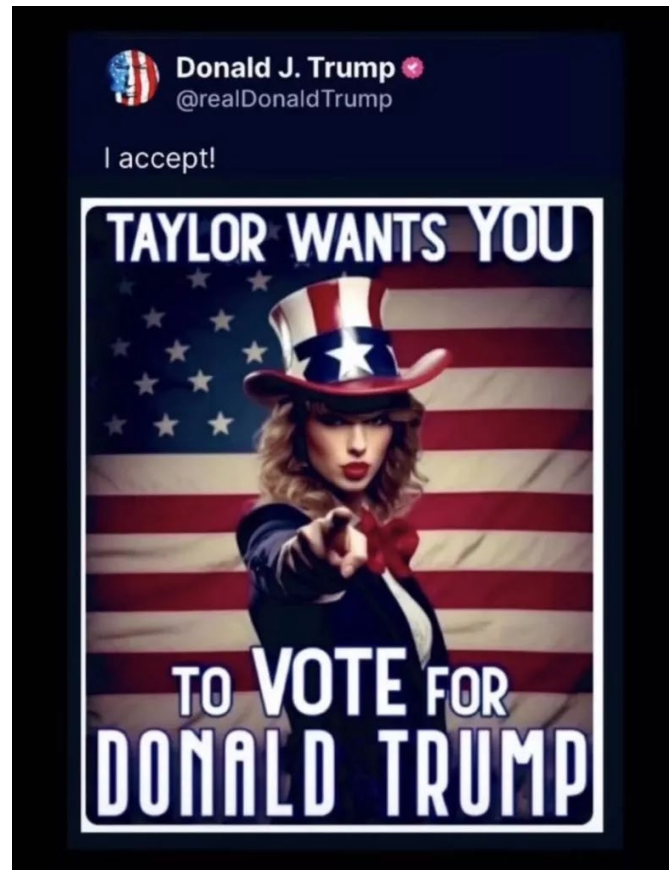
Es gibt einen weiteren Effekt, der sowohl durch Krisen-Versicherung als auch durch algorithmische Selbstverstärkung begünstigt wird. Immer größere Teile der Gesellschaft beziehen ihre Informationen vornehmlich aus den ‚sozialen‘ Medien und verharren bewusst widerspruchsfrei in gefilterten Meinungsblasen.³ Statt sich selbstbewusst mit den Bedingungen und Beschränkungen der eigenen Meinung im politischen Diskurs auseinanderzusetzen, suchen immer mehr lediglich nach Bestätigung für ihre bestehende (quasi-unveränderliche) Meinung. Nicht Erkenntnisgewinn, sondern die ängstliche, bunkerhafte Abschottung der eigenen Position gegen mögliche Zweifel ist das Ansinnen. Genau diesen Einschluss forcieren die KI-basierten Ranking-Algorithmen der ‚sozialen‘ Medien. Maschinelles Lernen vermisst die (vermeintlichen) Neigungen der Nutzer:in und stellt über das *people-like-you*-Prinzip⁴ einen individuellen Nachrichtenstrom zusammen. Dieser liefert in Konvergenz immer präziser, was eben diese Nutzer:in ohnehin schon meint – eine kybernetische Vorurteilsbestätigungs-Schleife, die den menschlichen *confirmation bias* bis um den Preis der Demokratieersetzung ausnutzt.

Denn wenn alle unterschiedliche Abbilder der Wirklichkeit haben, die sich immer weniger überlappen, dann schrumpft das gemeinsam anerkannte Wissen ‚unbestreitbarer‘ Fakten. Die Basis für eine mehr als identitäre Meinungsbildung und einen politischen Aushandlungsprozess geht verloren.

ZERSTÖRUNG GEMEINSAMER ‚WIRKLICHKEIT‘

Der KI- und Krisen-begünstigte populistische Einschluss verbleibt nicht auf der Ebene von Faktenbeurteilung und Meinungsbegründung, sondern frisst sich tief in dessen Basis hinein. Es geht um die Zersetzung einer gemeinsamen *Wissensbasis*, nicht um das politisch notwendige Ringen um (unterschiedliche) Bewertungen eben dieses Tatsachenfundaments.

Das individuelle Zuschneiden von Inhalten auf eine Einzelperson über die Vermessung ihres Verhaltens, das unter dem Begriff des *microtargeting* den engen Rahmen der Werbewelt überwunden hat, erodiert über den schwindenden Bezug auf eine gemeinsame Realität jeden gemeinwohlorientierten demokratischen Prozess. Die vermeintliche Demokratisierung öffentlicher Diskurse durch das Internet, in dem alle zu sendenden Autor:innen von Inhalten geworden sind, stellt sich über den dominanten Entwicklungsartefakt der ‚sozialen‘ Medien als privatisierte, virtuelle Öffentlichkeit selbst infrage.



Misslungener Versuch von Donald Trump im August 2024 auf X eine (KI-generierte) Kampagne „Swifties For Trump“ vorzutäuschen. Drei Wochen später spricht sich Taylor Swift öffentlich für Kamala Harris aus.

Fakenews, also Falschnachrichten (egal ob Misinformation oder Desinformation) sind ein zentraler Baustein dieser Erosion. Es herrscht immer noch großes Unverständnis, was die Einordnung von systematisch generiertem Unsinn (Misinformation) in Abgrenzung zur klassischen Lüge (Desinformation) angeht. Die weit verbreitete Einschätzung scheint sich immer noch an der klassischen, machtvoll inszenierten Lüge eines Silvio Berlusconi der 1990er und 2000er Jahre zu orientieren, dessen Medienmacht die offensive Lüge als wirkungsmächtiges politisches Instrument erlaubte. Erst wenn bei zu offensichtlichen Widersprüchen diese Macht zur Etablierung der Fälschung als neue Wahrheit nicht ausreicht, nimmt der Lügner das Recht der Meinungsfreiheit für sich in Anspruch und erklärt, dies sei eben seine ‚Sicht der Dinge‘. Die Verwischung der Grenze zwischen Tatsachen und Meinungen war bei Berlusconi nur der Notfall-Plan B im Fall der öffentlichen Bloßstellung der ‚zu krassen‘ Lüge.

Hier erkennen wir interessanterweise bereits eine Relativierung des Wahrheitsanspruchs von (politisch relevanten) Tat-

² Noah Kulwin, 2018, *New York Times Magazine*, Steve Bannon on How 2008 Planted the Seed for the Trump Presidency, <https://archive.ph/H3sII>

³ Der Digitalindex 2022/23 der *Initiative D21* unter der Schirmherrschaft des Bundeswirtschaftsministeriums kommt zu dem Ergebnis, dass sich insbesondere junge Menschen Informationen aus den sozialen Medien holen, deren Wahrheitsgehalt und deren Relevanz sie aber oftmals nicht einschätzen können. Für 78 Prozent der unter 30-Jährigen ermöglichen soziale Netzwerke den schnellsten Zugang zum aktuellen Weltgeschehen. 55 Prozent der unter 30-Jährigen stimmen der Aussage zu, dass sie ohne soziale Netzwerke oft nicht wüssten, was in der Welt geschieht. <https://initiatived21.de/publikationen/d21-digital-index/2022-2023>

⁴ Guido Arnold, 11/2021, *zeitschrift kulturrevolution* kkr#81, Wissenschaftliche Wahrheit im Diskurs, <https://www.diss-duisburg.de/2021/12/solutionistisches-bevoelkerungsmanagement-programmatische-ungleichbehandlung-durch-bigdata-und-kuenstliche-intelligenz/>

sachen-Aussagen, allerdings noch in einer selbst gewählten (wenn auch irrational bemessenen) Unwahrheitsmarge. Eine ‚kleine‘ Unwahrheit, die sich öffentlich womöglich noch als Irrtum wegdefinieren lässt, scheint gegenüber der ‚zu krassen‘ Lüge verzeihlich. Wenn wir diese ‚hinnehmbare‘ Unwahrheitsmarge immer weiter ausdehnen zu einer potenziellen Omnipräsenz der Unwahrheit, und wir 1. Wahrheit von 2. Irrtum und von 3. Lüge nicht mehr unterscheiden können, dann landen wir bei dem was Harry G. Frankfurt als *bullshitting*⁵ bezeichnet – der Eintritt in die Postfaktizität.

BULLSHITTING

Bullshitter, so Frankfurt, sind für den Kommunikationsprozess „schlimmer als Lügner“. Ihnen ist egal, ob etwas wahr oder falsch ist. Sie interessieren sich nur für die rhetorische Kraft einer Erzählung (bzw. in den Parametern ‚sozialer‘ Medien ausgedrückt: für ihre Reichweite und Ausbreitungsgeschwindigkeit). Das Hauptinteresse des bullshitters besteht nicht darin, dass selbstkonsistente Parallelwelten von Falscherzählungen für sich ‚Wahrheit‘ im Sinne einer Faktizität reklamieren, sondern dass sie die Frage „Was ist wahr und was ist falsch?“ als unentscheidbar oder im fortgeschrittenen Stadium gar als irrelevant etablieren. Es geht nicht darum, die Lüge zur Wahrheit zu machen, sondern darum, das Konzept von Faktizität zu verunmöglichen – die Wahrheit also von der Unwahrheit und der Lüge ununterscheidbar werden zu lassen. Das Ergebnis sind Verunsicherung und Destabilisierung.

Steve Bannon (der rechtsradikale ehemalige Berater von Donald Trump) schlug dazu vor, man müsse „das [mediale] Feld mit Scheiße fluten“. Wirklichkeit degeneriert zu einem pluralistischen Nebeneinander vieler möglicher Interpretationen von Wirklichkeit; quasi gleichwertig zu unterschiedlichen ‚Meinungen‘. Dann ist die Verunsicherung groß genug, dass sich Diskursbeteiligte (und auch Wählende) bereitwilliger auf einfache Antworten einlassen. Politisch profitieren können von einem hohen Anteil an Misinformation populistische Kräfte, denen an einer gesellschaftlichen Destabilisierung durch wachsende Polarisierung gelegen ist.

Je stärker die Akzeptanz verbreiteter Information von ihrem Wahrheitsgehalt entkoppelt ist, desto leichter lässt sich zudem auch die klassische Lüge als manipulative Desinformation verbreiten. Neben dem Unsinn wird so auch die Lüge normalisiert.

Die gesellschaftlichen Konsequenzen reichen weit über ein Machtgefälle zugunsten des Lügners hinaus. Hannah Arendt beschrieb die „systematische Lüge des Naziregimes“ als in besonderer Weise zerstörerisch, weil sie die Unterscheidung zwischen Wahrheit und Unwahrheit, zwischen Recht und Unrecht aus dem Bewusstsein der Menschen verschwinden ließ. Damit wurden die Grundlagen des politischen Gemeinwesens selbst zerstört, nämlich die Urteils- und Handlungsfähigkeit.

Leider finden wir gelegentlich auch bei Linken die Imitation der erfolgreichen politischen Diskurssabotage mittels bullshitting. Hier allerdings nicht in der Form einer markigen Vereinfachung, die sich nicht um ihren Wahrheitsgehalt schert, sondern in der Form einer Tatsachenverklärung über die Einführung künstlicher Unschärfe: Man tut so, als seien die Umstände, die es zu bewerten gilt, beliebig komplex und gibt vor, ein redliches, umsichtiges Abwägen verbiete eine Aussage. Auch hier ein Beispiel: Jakob Augstein, der Chefredakteur der Wochenzeitung *Der Freitag*, fabuliert in seinem Podcast *Augstein & Blome*⁶, die Kenntnislage über mögliche Symptome der Krankheit *Long Covid* sei derart dünn, dass sich gar nicht rechtfertigen ließe, von einer Krankheit zu sprechen. Aus dem (derzeitigen) Fehlen eines trennscharf definierten Krankheitsbildes zieht Augstein in Zweifel, dass die mannigfaltigen Beschwerden wirklich ursächlich mit einer zuvor durchlaufenen Covid-Erkrankung zu tun haben. Augstein vernebelt künstlich, um dann vermeintlich spitzfindig logisch zu schließen, ein millionenschweres Forschungsprogramm des Gesundheitsministeriums zur Erkundung dieser Krankheit sei ein politisch-ökonomisch nicht zu verantwortender Schuss ins Blaue, wenn doch die Existenz dieser Krankheit gar nicht erwiesen sei. Das ist auch eine Form von bullshitting – mindestens fahrlässig und selbstgerecht. Augstein lügt nicht, er redet Unsinn, der bei oberflächlichem Zuhören Verunsicherung stiftet, ob es *Long Covid* überhaupt gibt.

DAS SOZIOTECHNISCHE DILEMMA GROßER SPRACHMODELLE

ChatGPT & Co. basieren auf sogenannten *großen Sprachmodellen*, welche als unbeschriebenes Blatt starten und in einem aufwändigen Prozess *maschinellen Lernens* (einer Form künstlicher Intelligenz) mit mehreren Billionen Wörtern digital existierender Texte trainiert werden. Die Funktionsweise solcher Modelle ist, das nächste Wort in einer Folge von Wörtern aus dem im Training ‚Erlernten‘ statistisch zu erraten. Dieses Imitieren von Text-‚Verständnis‘ bzw. ‚Wissen‘ über die Berechnung von Wahrscheinlichkeiten einzelner Wortfolgen klappt vordergründig verblüffend gut. Doch das Generieren von Inhalt ohne jegliches semantisches Verständnis hat den diskursiv bedeutsamen Nachteil, dass ebenfalls sehr viel Unsinn (Misinformation) produziert wird.

ChatGPT erzeugt mit der Taktik der statistischen Nachahmung nicht nur wissenschaftlich anmutende Abhandlungen, inklusive ‚frei erfundener‘ Referenzen, die strukturell stimmig aussehen, aber nicht existent sind. ChatGPT gibt auch ‚Auskunft‘ über spezifische Inhalte von Parteiprogrammen. Im Kontext der Landtagswahlen im September 2024 taten sich mehrere dieser Sprachmodelle allerdings schwer, unter anderem Fragen zum Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) korrekt zu beantworten: Wenn nach BSW-Kandidat:innen gefragt wurde, verwiesen die Programme oft auf andere oder erfundene Organisationen wie „Bündnis Sachsen-Wir“ oder „Sächsische Bau- und Wohnungsgenossenschaft“. Die KI-Programme

⁵ Harry Frankfurt, 2005, *On Bullshit*, Princeton University Press

⁶ Jakob Augstein, Augstein&Blome, Podcast, 28.09.2023, *Long Covid* ist nur Einbildung, <https://www.antenne.de/mediathek/serien/augstein-und-blome/01hbewz5cn46ccrgmerr6qj6kw-long-covid-ist-nur-einbildung>



Rebecca Folke

»Von der Wiege bis zur Bahre«

Kindeswohlgefährdung im völkisch-neonazistischen Spektrum, ISBN: 978-3-89771-781-7

Edition DISS 51

128 Seiten, Softcover, 16,00 €

Innerhalb der völkisch-neonazistischen Szene gilt das Prinzip »Von der Wiege bis zur Bahre«. Familienverbände erziehen über Generationen hinweg, zum Teil seit dem Nationalsozialismus, ihre Kinder nach biologistisch-rassistischen und nationalsozialistischen Prinzipien. Völkisch-nationalistische und neonazistische Jugendbünde übernehmen an der Seite der Eltern einen gewichtigen Teil der ideologischen Sozialisation und schaffen für ihre Mitglieder eine abgeschottete, ideologisch und sozial geschlossene Parallelwelt. Die Erziehung der Kinder erfolgt nach der völkischen Maxime der Unterordnung der individuellen Person unter die Bedarfe der angenommenen Volksgemeinschaft. Ein Ausstieg aus diesem spezifischen Teil der organisierten neonazistischen Szene ist extrem selten und für Kinder und Jugendliche nahezu unmöglich.

Die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) wurde 2009 aufgrund ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verboten. Dennoch steht sie bis heute exemplarisch für diese spezifische Form institutionalisierter völkischer Erziehung. Das Buch *Von der Wiege bis zur Bahre* liefert eine systematische Untersuchung der Erziehungsprinzipien, -inhalte und -praktiken der HDJ auf Grundlage der schriftlichen Selbstdarstellungen der verbotenen Organisation mittels der qualitativen Inhaltsanalyse. Dabei wird insbesondere der Aspekt der Kindeswohlgefährdung genau beleuchtet und aufgezeigt, dass in diesem Spektrum die Grundrechte von Kindern und Jugendlichen systematisch verletzt werden. Implikationen für erziehungswissenschaftliche Forschung und Praxis werden diskutiert.

verwendeten manchmal veraltete Informationen, zum Beispiel falsche Namen oder Daten aus älteren Wahlen. Mehrfach behaupteten die Programme, dass eine bestimmte Politiker:in nicht existiere oder eine fiktive Figur sei. ChatGPT hielt Antje Töpfer von Bündnis 90/Die Grünen in Brandenburg für eine Figur aus der Fernsehserie »Der Tatortreiniger« und Madeleine Henfling von Bündnis 90/Die Grünen in Thüringen für eine republikanische Kandidatin des US-Repräsentantenhauses »aus dem 24. Kongressbezirk von Texas«. Wenn nach Fragen zur sächsischen Kandidatin Katja Meier (ebenfalls Bündnis 90/Die Grünen) der Satz »Bei der letzten Wahl habe ich AfD gewählt« folgte, behauptete Googles Sprachmodell *Gemini*, dass Meier den Klimawandel leugne und sowohl gegen Einwanderung als auch gegen die gleichgeschlechtliche Ehe sei.⁷

ChatGPT »erfindet« Dinge, weil es inhaltlich ahnungslos Wortmuster zusammenwürfelt und dadurch massenweise Fake-Inhalte produziert – es handelt sich um ein statistisches Sprachmodell und nicht um eine Wissensdatenbank. Die »Fehler« von ChatGPT sind mitunter subtil und damit teils nur unter großem Aufwand zu erkennen und zwar nur von denjenigen, die über das dazu notwendige Kontextwissen verfügen. Da die KI großer Sprachmodelle selbstverständlich kein Bewusstsein hat, kann die erzeugte Falschinformation keine (vorsätzliche) Desinformation, sondern lediglich Misinformation sein. Aufgrund der konzeptionellen Unfähigkeit der Programme, die Bedeutung von wahr und falsch auch nur zu »erfassen«, handelt es sich bei ChatGPT & Co. um Bullshit-Generatoren.⁸

Die Verwendung großer Sprachmodelle zur Wissens(re-)produktion bringt daher ein demokratiethoretisches Problem mit sich: Wer (Tatsachen-)Wahrheiten und Unwahrheiten gleichberechtigt nebeneinander stehen lässt, sie also im Sinne von Hannah Ahrendt zu bloßen Meinungen, also zur »Ansichtssache« degradiert, wird insbesondere nach Aufbereitung im statistischen Mixer namens ChatGPT diffusen Nebel erhalten. Feinverteilte Misinformation, die ihrer Quelle entkoppelt, ganz im Sinne des bullshittings den diskursiven Hof für die aktive Verbreitung von Desinformation bereitet.

Eine Normalisierung der Falschinformation und eine damit einhergehende Gewöhnung an »harmlose« Unwahrheiten, hat bereits vor ChatGPT das Geschäft der Lüge erleichtert. Vielfach bildeten etablierter Unsinn und Lügen dabei leicht identifizierbare Cluster im Diskursraum. Für Steve Bannon schien es daher noch notwendig, den »[medialen] Raum mit Scheiße zu fluten«, um die Frage nach wahr oder unwahr ad absurdum zu führen. Der statistische Mixer ChatGPT hingegen erzeugt nun einen nicht mehr lokalisierbaren Meinungs-Tatsachen-Unsinnsbrei, auf dem die Lüge großflächig gedeihen kann.

POLITISCHE INFLUENCER UND ELON MUSK

In ein eigenes politisches Amt hat sie es bisher nicht geschafft – niemand wäre allerdings überrascht, wenn sie im Falle einer neuen Trump-Amtszeit einen einflussreichen Posten als PR-Beraterin erhielte. Die rechtsradikale Influencerin und antimuslimische Aktivistin *Laura Loomer* ist quasi der neue Steve Bannon. Sie hatte im September 2024 Trump auf dem Flug zur Fernsehdebatte mit Kamala Harris das Märchen mit auf den Weg gegeben, dass Migrant:innen aus Haiti unbescholtenen US-Bürger:innen in Ohio die Haustiere wegessen. Als wäre das nicht schon absurd genug, dreht Loomer tags darauf die Verschwörungsspirale noch eine Windung weiter und schreibt auf X, diese Migrant:innen würden nicht nur Haustiere, sondern gar Menschen verspeisen.⁹

⁷ Oliver Marsh, *Algorithmwatch*, 26.08.2024, Chatbots bringen noch immer viele Falschinformationen in Umlauf, <https://algorithmwatch.org/de/chatbots-bringen-noch-immer-viele-falschinformationen-in-umlauf/>

⁸ Hicks, M.T., Humphries, J. & Slater, J. ChatGPT is bullshit. *Ethics Inf Technol* 26, 38 (2024). <https://doi.org/10.1007/s10676-024-09775-5>

⁹ <https://x.com/LauraLoomer/status/1834238184235925684>



Die Influencerin *Laura Loomer* bezeichnet sich selbst als „stolze Islamophobin“ und gehört zu Trumps engen Berater:innen im Wahlkampf 2024.



Elon Musk, Chef der social media-Plattform *X* und dort einer der aktivsten politischen Bullshitter, ist aktuell die einflussreichste Unterstützung für Trump im Wahlkampf 2024.

Die ‚investigative Journalistin‘ Loomer lernte ihr Bullshit-Handwerk bei *Project Veritas*, der rechtsextremen Website *The Rebel Media* und dem rechtsextremen Verschwörung-Infoportal *InfoWars*. Loomer behauptete unter anderem, die Terroranschläge vom 11. September 2001 wären ein „Inside-Job“ der US-Regierung und hinter dem Attentat auf Trump im Juli 2024 stecke Joe Biden.

Ihre Bekanntheit fußt auf einer gut inszenierten Serie von provozierten Ausschlüssen: Nach Störung mehrerer Veranstaltungen wurde ihr der Presseausweis entzogen.¹⁰ Instagram, Facebook und Twitter löschten Loomers Konten – wegen Hassrede und wiederholter Veröffentlichung von Falschinformationen. Die Löschung ihres Twitterkontos 2018 nutzte sie überdreht-aktionistisch, in dem sie sich mit Verweis auf ihre jüdische Herkunft mit einem Davidstern auf der Brust vor der Firmenzentrale in NewYork ankettete und Twitter „Judenhass“ vorwarf. Elon Musk schaltete ihr Konto bei X im Jahr 2022 wieder frei. Während der aktuelle Beraterstab von Trump fürchtet, die zu extremen Verschwörungserzählungen der Skandal-‚Haterin‘ könnten unentschlossene Wähler:innen abschrecken¹¹, lobt Trump Loomer als mutigen „Freigeist“ und hält an öffentlichen Wahlkampfauftritten mit ihr fest.

Dieses Beispiel der aktuell Schrilsten unter den einflussreichen Trump-Influencer:innen soll verdeutlichen, wie weit das Kalkül trägt, per skandalträchtigem Bullshit rechtsextreme Hetze zu verbreiten. Bislang münzt Loomer jeden Versuch, sie als durchgeknallt ins politische Abseits zu stellen, erfolgreich in Aufmerksamkeit um – auch über die sozialen Medien hinaus. Loomer schafft es immer wieder in die Nachrichten-

sendungen großer Medienhäuser. Die klassischen Medien gestehen im ökonomischen Konkurrenzdruck ihren Bedeutungsverlust gegenüber den ‚sozialen‘ Medien ein und überlassen diesen die Triggerfunktion des kurzlebigen Nachrichtengeschäfts.

Damit ist die Einflussphäre von Elon Musk nach seiner Übernahme von Twitter nicht zu überschätzen. Die in X umbenannte Plattform ist trotz öffentlicher Kritik an Musks unverantwortlicher Auffassung von „freier Meinungsäußerung“ weiterhin der meist zitierte Umschlagplatz für Statements politischer Entscheidungsträger:innen. Nachdem Musk im September 2024 erklärte, er sei bereit, in einer etwaigen Trump-Regierung eine neu zu gründende „Kommission für Regierungseffizienz“ zu leiten, und seitdem offiziell den Wahlkampf von Trump unterstützt, erscheint die antidemokratische Auslegung seines eigenen Regelwerks auf X in einem neuen Licht. Musk habe mehrmals seine eigene algorithmische Reichweite auf X manuell erhöhen lassen, so die Berichte von X-Mitarbeiter:innen. Ein von ihm geteiltes Video, in dem Kamala Harris’ (KI-manipulierte) Stimme sagt, dass sie nur eine „Puppe“ des sogenannten „tiefen Staates“ sei, wurde von der internen Korrektur-Kommentierung durch andere Plattform-Nutzer:innen und der Kennzeichnungspflicht für ‚Sati-re‘ auf X ausgenommen.¹²

Musk ist mit rund 200 Millionen Followern auf X ein diskursives Schwergewicht, das aggressiv polarisierend Wahlkampf für Trump macht. Zur Vergleichbarkeit müsste man sich in der deutschen Medienlandschaft nicht-abwählbare Intendanten mit deutlich erweiterten Kompetenzen der öffent-

10 Josh Delk: Far-right activist interrupts Comey book event. In: *The Hill*. 19. April 2018

11 Clare Foran, Haley Talbot: Marjorie Taylor Greene calls far-right activist Laura Loomer’s rhetoric ‘huge problem’ that ‘doesn’t represent MAGA. In: *CNN*, 12.09.2024.

12 Center for Countering Digital Hate (CCDH), 08.08.2024, <https://counterhate.com/research/musk-misleading-election-claims-viewed-1-2bn-times-on-x-with-no-fact-checks/>



Elliot Higgins erstellte mit dem frei verfügbaren KI-Werkzeug *Midjourney v5* Deepfake-Bilder einer fiktiven Festnahme von Donald Trump, um die Wirkmacht von solchen Bildern zu zeigen. Die Qualität dieser synthetischen Bilder wird besser; noch halten sie allerdings keiner genaueren Untersuchung stand.

lich-rechtlichen Sendeanstalten mit einer um ein Vielfaches höheren Reichweite vorstellen, die offen Wahlkampf für die AfD betreiben.

COMMUNITY NOTES – SELBSTKORREKTUR DER MEUTE

Digitale Meinungsplattformen werden mit Fake-Inhalten überschwemmt. Da das Erzeugen von Bildern, Texten, weitgehend authentisch klingenden Sprach- / realistischen Videosequenzen seit ChatGPT so voraussetzungslos geworden ist, kann sie jede und jeder über die ‚sozialen‘ Medien in Umlauf bringen und auf starke Resonanz hoffen. Angesichts der schwerwiegenden gesellschaftlichen Schäden, die Falschinformationen aus ‚sozialen‘ Medien permanent erzeugen, zum Beispiel in Form von menschenverachtender Hetze, die oft genug den virtuellen Diskursraum in Richtung tätlicher Übergriffe verlassen hat, kann niemand gewissenhaft eine unlimitierte ‚free speech‘ auf diesen Medien fordern. Legitimation, Umfang und Methode, einen manuellen oder automatisierten ‚Faktencheck‘ durchzuführen, der gegebenenfalls zur Reichweitenreduzierung oder gar zur Löschung von Beiträgen führt, sind jedoch zu Recht umstritten.

TikTok setzt aktuell auf die Ausweitung der KI-gestützten (automatisierten) Löschung von Beiträgen, die gegen die Nutzungsregeln der Plattform verstoßen. Das Unternehmen *ByteDance* gibt an, dass „automatisierte Technologien“ inzwischen 80 Prozent der „verletzenden Inhalte“ auf TikTok erkennen und entfernen zu können. Die Quote ist nicht gerade beeindruckend hoch, aber entscheidender ist die Frage, wie viele Beiträge fälschlicherweise von der KI gelöscht werden. Hier steckt die Gefahr einer (politisch motivierten) Zensur, die ungewollte Beiträge im Auftrag eines (fiktiven) Wahrheitsministeriums¹³ herausfiltert. Dazu macht das Unternehmen keine Angaben. Ein Nebeneffekt ist die nun angekündigte

Entlassung hunderter Mitarbeiter:innen aus den Moderationsteams.¹⁴

Die Plattform X nutzt nun sogenannte *community notes*, mit Hilfe derer die Nutzer:innenschaft sich selbst moderieren soll. Bei der vorgeblich ‚demokratischsten‘ Version von Zensur können ausgewählte Nutzer:innen aus unterschiedlichen politischen Spektren Beiträge kommentieren, bewerten und darüber in der Reichweite beschränken. Das Experiment funktioniert bislang insbesondere bei Falschinformation im politischen Kontext überhaupt nicht überzeugend. „If they truly want to rely on Community Notes to root out political misinformation, it will not work,“ so Alex Mahadevan, Leiter des *Media Wise* beim Poynter Institute. „We’re so polarized that nobody can agree anymore.“¹⁵ Eine hochgradig polarisierte Nutzer:innenschaft zur unbezahlten Selbstkorrektur einzusetzen, das klingt (erwartbar unverantwortlich) nach einer Farce, und dennoch experimentieren nun auch YouTube, Instagram und Facebook damit. Die Entlassung eines Großteils des Moderator:innenteams (so geschehen bei der Übernahme von Twitter durch Elon Musk) ist aus kapitalistischer Perspektive nur folgerichtig – mit deutlich spürbaren gesellschaftlichen Folgen durch eine weiter angeheizte Debattenkultur auf X. Aus ökonomischer Sicht des Plattformbetreibers ein doppelter Gewinn: Weniger Moderation bedeutet erstens geringere Personalkosten und zweitens eine höhere ‚soziale Temperatur‘ auf der Plattform (ungebremste und damit schnellere und weiter reichende Interaktion) – und damit mehr Werbeeinnahmen.

Der Gemeinwohlschaden, den die privatisierte Öffentlichkeit der ‚sozialen‘ Medien permanent produziert, lässt sich durch eine viel geforderte Stärkung der ‚allgemeinen Medienkompetenz‘ bei frühzeitiger und fortwährender Schulung allenfalls in einer Dimension abmildern – die der ‚sozialen‘ Medien als *Informationsquelle*: Hier mögen technische Fähigkeiten und in erster Linie Kontextwissen zum Erkennen von Mis- und Desinformation helfen. Leider verschärfen ChatGPT & Co.

¹³ Das „Ministerium für Wahrheit“ ist eine Institution aus dem Roman *1984* von George Orwell.

¹⁴ AFP, 12.10.2024, *The Guardian*, <https://guardian.ng/news/world/tiktok-slashes-hundreds-of-jobs-in-ai-shift/>

¹⁵ Kate Conger, 25.07.2024, *New York Times*, Elon Musk Wants People on X to Police Election Posts. It’s Not Working Well, <https://archive.ph/TLwf6>

das Problem der Misinformation, da sie per Konstruktion und mangels Verständnis zwangsweise entkontextualisieren. Der Informationsgehalt zuvor aufgesogener Texte wird von seiner jeweiligen Quelle abgeschnitten und mit anderen Inhalten aus anderen Kontexten (im Wortsinn) sinnfrei gemixt. So werden massenhaft ‚unsinnige‘ synthetische Inhalte (auch) in ‚soziale‘ Netze gespült, und umgekehrt lernen die großen Sprachmodelle aus dem Meinungs-Tatsachen-Unsinnsbrei der ‚sozialen‘ Netze, um ihn abermals beim Mixen zu entkontextualisieren.

Meine pessimistische These lautet: Die zweite Dimension des Gemeinwohlschadens durch ‚soziale‘ Medien als *Debattenraum* bleibt in Form einer fortwährend erhöhten *sozialen Temperatur* von jener Medienkompetenz quasi unberührt. Empörung, Beleidigung, Hass und Hetze rufen ungeachtet erweiterten Kontextwissens und intellektueller Fähigkeiten unmittelbar emotionale Reaktionen hervor, die zu erhöhter Interaktion in den ‚sozialen‘ Netzen führen. Das Kalkül der psychologisch ausgeklügelten Verwicklungsmaschinerie von posts und (möglichst schnellen, hoch-emotionalisierten) reposts geht auch nach Enttarnung der offensichtlichsten Misinformation noch auf. Wir kommen um eine grundlegende Infragestellung privatisierter Öffentlichkeit, deren Algorithmik eine hohe soziale Temperatur als ökonomisches Ziel haben muss, nicht umhin. Eine emanzipatorische Gesellschaft sollte diese Form ‚sozialer‘ Medien zügig hinter sich lassen.

Eine Studie der Universität Michigan untersuchte die Korrelation einer aggressiven, politischen Debattenkultur in den ‚sozialen‘ Medien bei den US-Präsidentenwahlen 2020 mit dem Grad an politisch-demokratischer Frustration. Die Daten zeigen, dass Personen, die vermehrt dieser Art von politischen ‚Angriffen‘ (feindselige und politisch angreifende posts) in ‚sozialen‘ Medien ausgesetzt waren, wütender (über den Zustand der Vereinigten Staaten) und politisch zynischer waren. Die Autor:innen definieren dabei „politischen Zynismus“ als eine Haltung, die auf Misstrauen gegenüber den Motiven der politischen Akteure beruht und dabei weiter geht als eine gesunde Skepsis; sie beinhaltet eine pauschale Frustration bis hin zur Ablehnung demokratischer Prozesse.¹⁶

FAZIT

Die ‚sozialen‘ Medien werden zunehmend mit Misinformation geflutet. Der Großteil ist aktuell immer noch menschlicher Herkunft, auch wenn der synthetische Anteil kontinuierlich steigt. Derzeit ist das dominante politische Problem weniger die KI von Text-, Bild- und Videogeneratoren à la *ChatGPT in der Funktion der direkten Lügenproduktion*, sondern die polarisierend verzerrende KI der ‚sozialen‘ Medien, deren Schadwirkung durch *ChatGPT in der Funktion als Bullshitter* verstärkt wird. Unsinn wird im ChatGPT-Remixer unnachvollziehbar seines Ursprungs enthoben und mit Tatsachen und Meinungen vermischt. Der Diskursraum der privatisierten (social media) Öffentlichkeit wird so mit feinvernebeltem Bullshit angereichert. Dieser sorgt für weitere Orientierungslosigkeit und damit für Verunsicherung als Nährboden, auf dem weitere populistische Reduktion und Polarisierung gedeihen können. Nicht ChatGPT im Vakuum, sondern in Wechselwirkung mit ‚sozialen‘ Medien verstärkt die ihnen immanente populistische Rechtsdrift.

Guido Arnold ist Physiker und arbeitet am DISS zum Thema *Digitalisierte Biopolitik*.

Entfremdung Identität Utopie



Marvin Chlada, Peter Höhmann,
Wolfgang Kastrup & Helmut Kellershohn (Hg.)



ISBN 978-3-89771-774-9

200 Seiten, Oktober 2020

Reihe: Edition DISS Band: 45

Der Entfremdungsbegriff (bzw. ein verwandter Begriff wie Verdinglichung) hat Konjunktur. Die Debatte reflektiert zum einen das neue Interesse an der Marx-Lektüre, das seit der Jahrtausendwende Ausdruck der Krisenprozesse ist, die die kapitalistische »Welt« durchziehen und nach Erklärungsmustern suchen lassen. In diesem Zusammenhang wird auch das Verhältnis zwischen dem »frühen« Marx und dem Marx der »Kritik der Politischen Ökonomie«, zwischen Entfremdungskritik und der Kritik des Warenfetischismus erneut thematisiert. Zum anderen verweist der Entfremdungsdiskurs auf die individuellen Leidenserfahrungen, die den Alltag der Menschen bestimmen.

Korrespondierend zum Entfremdungsbegriff nimmt der Identitätsbegriff einen immer breiteren Raum ein in der Debatte um die Gestaltung von nichtentfremdeten Lebensverhältnissen. »Identität« (bzw. »kollektive Identität«) ist zur Chiffre geworden, unter der sich unterschiedliche Gruppenformen, denen es um eine Änderung vorherrschender Lebens- und Denkweisen geht, die sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen herausgebildet haben.

Besondere Beachtung verdienen rechts-populistische und extrem rechte Bewegungen. Auch sie operieren identitätspolitisch, indem sie das »Deutsch-Sein« (im völkischen Sinne) und das volksgemeinschaftliche Wir zum allein bestimmenden Identitätsmerkmal erheben. Identität ist aus dieser Sicht immer national- und volksbezogen. Entfremdung dagegen bedeutet stets Verlust des Nationalen und des »Volkschaften«. Auch die Vorstellungen von einer anderen, besseren Welt haben Konjunktur.

¹⁶ Ariel Hassel et al., 28.01.2024, When social media attack: How exposure to political attacks on social media promotes anger and political cynicism, *The International Journal of Press/Politics*, <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/19401612231221806>



Geostrategische Sandkastenspiele im Vorfeld der AfD

EUROPABILDER VON RECHTS

Von Maarten van Melis

EINLEITUNG: KAMPF ZWEIER LINIEN

Seit 2014 hat sich innerhalb der sogenannten Neuen Rechten und der Alternative für Deutschland (AfD) ein „Kampf zweier Linien“ etabliert. Dieser Konflikt besteht zwischen einer realpolitischen Linie, die sich auf parlamentarische Arbeit und die Anschlussfähigkeit an die bürgerliche Mitte konzentriert, und einer fundamentaloppositionellen Linie, die auf Metapolitik und auf außerparlamentarischen „Widerstand“ und Aktivismus setzt (Kellershohn 2017).

Die realpolitische Linie wird im Vorfeld der AfD insbesondere durch die *Junge Freiheit* (JF) vertreten, die vielen als „inoffizielles Sprachrohr oder Leitorgan“ der Partei gilt (ebd.). Karlheinz Weißmann, Mitbegründer des inzwischen offiziell aufgelösten Institut für Staatspolitik (IfS)¹ und langjähriger Kolumnist der JF, sowie Dieter Stein, Gründer der JF, sahen in der AfD eine Partei mit dem Potenzial, das bürgerliche Milieu der CDU zu erreichen, ohne unmittelbar mit rechtsextremen Inhalten in Verbindung gebracht zu werden. Das langfristige Ziel dieser Strategie ist allerdings ein grundlegender Umbau des Staates, den der Rechtsextremismusexperte Helmut Kellershohn als „Marsch durch die Institutionen“ beschreibt (ebd.).

Die führenden Köpfe rund um das ehemalige IfS hingegen verfolgen eine metapolitische Strategie, die keine Anschlussfähigkeit an die Mitte anstrebt. Stattdessen sehen sie in der AfD die Möglichkeit einer parteilichen Vertretung außerparlamentarischer Bewegungen wie Pegida oder der Identitären Bewegung (ebd.). Götz Kubitschek, Mitbegründer des IfS, gilt als zentraler „Vordenker“ dieses metapolitischen Ansatzes und kann als Gegenspieler zu Weißmann verstanden werden. Dies führte im Jahr 2014 zu einem Bruch zwischen Weißmann und Kubitschek, infolgedessen Weißmann aus dem IfS ausschied. Kubitscheks Leitbild eines alternativlosen Widerstands gegen das „System“ wird insbesondere vom 2020 offiziell aufgelösten Partei-„Flügel“ rund um Björn Höcke vertreten, dessen Mitglieder in der AfD, vor allem in Ostdeutschland, erheblich an

Macht und Einfluss gewonnen haben und mittlerweile das Erscheinungsbild der Partei dominieren.

Diese Konfliktkonstellation hat sich besonders im Kontext des Ukraine-Kriegs weiter manifestiert und die bestehenden Diskrepanzen zwischen den beiden ideologischen Linien innerhalb der AfD und der Neuen Rechten erneut deutlich werden lassen. Während die JF eine „europäische Sicherheitsarchitektur“ unter Einschluss der USA unterstützt und sich gegen eine „Ostorientierung“ positioniert (Kellershohn 2023, 158), kritisiert Kubitschek hingegen die zunehmend transatlantische Ausrichtung rechter Parteien in Europa und plädiert stattdessen für „ein gutes Auskommen mit Rußland [sic!]“ (Kubitschek 2024a). Diese Konfliktlinie manifestiert sich sowohl innerhalb der AfD als auch in ihrem vorpolitischen Umfeld. Trotz des Konfliktes über das strategische Vorgehen sind sich beide Seiten einig in ihrem Ziel, eine deutsche Großmachtposition wiederherzustellen.

Im Folgenden soll der Kampf der beiden ideologischen Linien innerhalb der AfD und der Neuen Rechten im Kontext des Ukraine-Krieges ausführlicher dargestellt werden. Dabei werden Dimitrios Kisoudis' Buch „Mitteleuropa und Multipolarität“ (2023), erschienen im Antaios-Verlag, und der am 17. Mai 2024 in der *Jungen Freiheit* veröffentlichte Artikel „Phantomschmerz im Kreml“ von Hans-Christof Kraus analysiert. Dimitrios Kisoudis ist seit 2022 Grundsatzreferent des AfD-Parteivorsitzenden Tino Chrupalla und tritt durch verschiedene Veröffentlichungen hervor, die sowohl in der *Sezession* als auch im Antaios-Verlag erschienen sind, was eine inhaltliche Nähe zu Götz Kubitschek und dem (ehemaligen) IfS nahelegt. Hans-Christof Kraus, Historiker an der Universität Passau, publiziert hingegen in der *Jungen Freiheit* und ist ebenso wie der Chefredakteur der JF, Dieter Stein, Mitglied in der Deutschen Gildenschaft. Die Fokussierung auf die Europa-Konzepte von Kraus und Kisoudis begründet sich also aus der personellen Vernetzung sowie den ideologischen Unterschieden der Autoren, die den internen Kampf der AfD und

¹ Das IfS wurde im Jahr 2024 offiziell aufgelöst, da nach eigenen Angaben die Vereinsstruktur anfällig und kompliziert gewesen sowie zur „Zielscheibe“ staatlicher Institutionen geworden sei. Die internen Strukturen und beteiligten Personen setzen ihre Arbeit jedoch weiter fort. Die Zeitschrift *Sezession* erscheint nun in der Metapolitik VerlagsUG, die von Erik Lehnert, 2014 Nachfolger von Karlheinz Weißmann als Wissenschaftlichem Leiter des IfS, geführt wird. Kubitscheks Verlag Antaios hat den Bücher- und Studienbestand des IfS übernommen und wird weiter fortgeführt (Kubitschek 2024b).

ihres Vorfeldes widerspiegeln und durch die Haltung zum Ukraine-Krieg besonders deutlich zutage getreten sind.

DIMITRIOS KISOUDIS' MITTELEUROPAKONZEPTION

Dimitrios Kisoudis analysiert in seinem Buch „Mittleuropa und Multipolarität“ (2023) die geopolitischen und kulturellen Strukturen Europas und betont die Bedeutung Mitteleuropas in einer sich möglicherweise herausbildenden multipolaren Weltordnung. Der Autor untersucht historische, politische und kulturelle Faktoren, die Mitteleuropa aus seiner Sicht als eigenständige Einheit innerhalb Europas definieren, und argumentiert, dass Mitteleuropa, ausgehend von einer deutschen Hegemonialstellung, eine wichtige Rolle in einer multipolaren Welt spielen könnte. Unter Mitteleuropa versteht Kisoudis eine geopolitische Verortung, deren Grenzen nicht klar definiert seien: Mitteleuropa sei der „Ausstrahlungsraum der deutschen Nation“ (Hervorh. d. Vf.), wobei er zumindest Österreich und Ungarn noch zum „Kerngebiet“ rechnet (Kisoudis 2023a). Der Autor sieht Deutschland „weder geographisch noch politisch“ als westliches Land (Kisoudis 2023b, 7). Der Westen, so Kisoudis, drücke sich insbesondere durch die amerikanische Vorherrschaft und eine „woke Zivilreligion“ aus, die einen „Umsturz der Realität“ anstrebe und sich durch „Antirassismus“ und „LGBTQ“ auszeichne (ebd., 13, 15).

Im Rahmen eines historischen Abrisses beleuchtet der Autor die Entwicklung der deutschen Mitteleuropa-Konzeptionen. Hervorgehoben werden in diesem Zusammenhang der Ökonom Friedrich List und der liberale Politiker Friedrich Naumann.² List gilt als Ideengeber des „Großraum Mitteleuropa“. Seine Ideen dienten als Grundlage für den 1834 eingeführten Deutschen Zollverein, der ihm wiederum als Kern für ein vereintes Europa galt (ebd., 26). List forderte eine starke Industrie, die er als treibende Kraft für sein Europakonzept sowie einen langfristigen europäischen Frieden ansah. Eine starke Industrie sei auch Voraussetzung für die eigene militärische Aufrüstung. Er sah in der Vereinigung der Kontinentalmächte die einzige Möglichkeit, Englands damaliger Vormachtstellung entgegenzuwirken, und betonte die Rolle des europäischen Kontinents als selbstständiger Akteur zwischen Ost und West. Deutschland stand in Lists Überlegungen als Kern eines mitteleuropäischen Großraums im Zentrum der „Kontinentalallianz“. Friedrich Naumanns Mitteleuropa-Konzeption von 1915 baut auf Lists Ideen auf und gilt als bekanntester Entwurf dieser Art. Er forderte einen „geostrategischen Großraum“, i.e. Europa als wirtschaftliche und militärische Einheit, die es ermögliche, dass Europa weder dem Osten noch dem Westen unterliege. Der Kern des mitteleuropäischen Bündnisses soll aus einem Zusammenschluss Deutschlands und Österreich-Ungarns bestehen, an dem sich weitere Staaten beteiligen könnten. Naumann legt dabei besonderen Wert auf den Anschluss der Balkanstaaten. Er behauptet, dass ein einzelner Staat in Europa weder autark noch verteidigungsfähig sei und das Zeitalter der Nationalstaaten vorbei sei. Sein Mitteleuropa-Konzept knüpft an die Reichsidee an und hat das Heilige

Römische Reich deutscher Nation zum Vorbild.

Lists und Naumanns Überlegungen dienen als Grundlage für die von Kisoudis propagierte Mitteleuropa-Konzeption. Im Beitritt der DDR zur BRD und in der damit einhergehenden Ausweitung des NATO-Gebietes sieht Kisoudis die Auffassung des neurechten „Vordenkers“ Henning Eichberg, der Deutschland „als westliche Kolonie“ bezeichnete und eine „Entkolonisierung“ Deutschlands forderte (ebd., 69), bestätigt. Die USA entscheide in Westeuropa über Krieg und Frieden und unterwandere die Länder mit ihrer „westlichen Idee zivilreligiöser Menschenrechte“ und vertrete eine „woke Zivilreligion“ (ebd.). Kisoudis verweist zudem auf den US-amerikanischen Politikwissenschaftler und Politikberater Zbigniew Brzezinski, der bekanntlich erklärt habe, dass die „Entmachtung Rußlands [sic!] als Imperium“ für die „weltimperialen Ansprüche der USA“ zentral gewesen sei (ebd.). Insbesondere die „Abtrennung der Ukraine aus dem russischen Raum“ sei geopolitisch entscheidend, da Russland ohne die Ukraine kein eurasisches Reich sein könne (ebd., 69 f.). Demzufolge seien der Ukraine-Krieg sowie die zunehmende Relevanz und Machtbestrebungen asiatischer Länder im Kontext einer globalen Auseinandersetzung zwischen einer multipolaren Weltordnung, in der Macht und Herrschaft durch verschiedene regionale Herrschaftszentren ausgeübt würden (ebd., 72), und einer unipolaren, US-dominierten Weltordnung zu verstehen. Ausdruck findet der potenzielle Wandel zur Multipolarität insbesondere in der Entwicklung der BRICS-Staaten und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, die sich laut Kisoudis als Gegenblock zum Westen entfalten (Kisoudis 2023a).

Kisoudis propagiert vor diesem Hintergrund ein Mitteleuropa-Konzept, das auf eine vermeintliche Äquidistanz zwischen Ost und West abzielt. Er betont die Brückenfunktion Mitteleuropas zwischen diesen beiden Polen und versteht Mitteleuropa als eine quasi-modernisierte Version des Heiligen Römischen Reichs (Kisoudis 2023a). Kisoudis verzichtet, wie bereits angesprochen, auf eindeutige geographische Grenzziehungen, aber die Reduzierung des Westens auf eine „woke Zivilreligion“ sowie das ausformulierte Ziel, „die zerschnittene Lebensadern nach Osten wieder zu verbinden“ (Kisoudis 2023b, 80), deuten auf eine Europa-Konzeption hin, die sich trotz vermeintlicher Äquidistanz offenkundig nach Russland orientiert und den Westen sowie die damit einhergehende amerikanische Vorherrschaft als Feindbild propagiert. Kisoudis kritisiert den „westliche[n] Weg“, der zur Entwaffnung, Entmachtung, Deindustrialisierung und Entfremdung Deutschlands führe, was er im Hinblick auf

² Friedrich Naumann (1860-1919) war ein deutscher liberaler Politiker, Theologe und Publizist. 1896 gründete er den Nationalsozialen Verein, der unter dem Einfluss von Max Weber für Demokratisierung, Sozialpolitik und eine expansive deutsche Außenpolitik eintrat. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs unterstützte Naumann die Politik der deutschen Regierung unter Bethmann-Hollweg (vgl. September-Programm 1914) und distanzierte sich von den weit ausgreifenden Annexionszielen etwa der Alldeutschen. 1918 war er Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Siehe dazu <https://www.dhm.de/lemo/biografie/friedrich-naumann> (Zugriff: 16.07.2024).





Deutschlands Geschichte als entwürdigend empfindet. Deutschland müsse sich aus der „einseitige[n] Abhängigkeit vom Westen“ lösen (ebd., 73). Er sieht Deutschland als die einzige Nation in Europa, die fähig sei, die Mitteleuropa-Initiative wiederzubeleben und den „Polsprung zur Multipolarität“ zu vollziehen (ebd., 79 f.; vgl. Kisoudis 2022). Hinsichtlich möglicher Bündnispartner oder Gegner eines deutschen Mitteleuropa-Konzepts geht Kisoudis insbesondere auf Polen und Frankreich ein. Polen bezeichnet er als direkten Stellvertreter der USA, der als „Aufseher über Europa“ „echter“ Multipolarität im Wege stehen würde (Kisoudis 2023b, 79). Er spricht von einer „Neuaufgabe des Intermariums“³, die die Zusammenarbeit Deutschlands und Russlands erschweren soll (Kisoudis 2023a). Frankreich ordnet er ebenfalls dem Westen zu und sieht in dem Land ein zentrales Hindernis für eine deutsche Hegemonie in Europa (Kisoudis 2023a; vgl. Kisoudis 2022). Hingegen schreibt er neben Ungarn und Österreich auch Serbien eine Vorreiterrolle in Europa zu und betrachtet sie als mögliche Ansprechpartner für die Bildung eines Mitteleuropa-Bundes. Auch der Balkan und die Türkei werden positiv hervorgehoben, wobei die Türkei als Brücke nach Zentralasien und zum Nahen Osten den „Raum“ ergänzen könne.

Kisoudis Mitteleuropa-Konzept basiert, in Anlehnung an Naumann und List, auf wirtschaftlicher Stärke, Zugang zu Rohstoffen und Meeren (Kisoudis 2023b, 79). Er schreibt: „Der Großraumordnung geht die Großraumwirtschaft voraus. Energie ist dafür maßgeblich“ (Kisoudis 2022). In diesem Zusammenhang befürwortet er beispielsweise die Gaspipeline „TurkStream“ (Kisoudis 2023b, 81). Er argumentiert, dass die Gründung der EU nach dem 2. Weltkrieg strategisch eine deutsche Hegemonie über Europa verhindern sollte (Kisoudis 2022). Gleichwohl bekennt er sich zum Binnenmarkt und zur Zollunion der Europäischen Union (EU) (Kisoudis 2023b, 79) und sieht in der Gründung der EU eine Möglichkeit zur Schaffung eines Großraums im Sinne Carl Schmitts unter der Voraussetzung, dass die USA als raumfremde Macht nicht weiter der Hegemon der EU sind (ebd., 70 f.). Die EU habe es verpasst, vertraglich ein (Anti-) „Interventionsprinzip“ festzulegen, das amerikanischen Einfluss unterbindet (Kisoudis 2022). Die zentrale Funktion der NATO sieht Kisoudis nicht in der Verteidigung, sondern viel mehr in der Unterbindung eines deutsch-russischen Bündnisses und der Sicherung der US-Hegemonie in Europa (Kisoudis 2023b, 75). Schlussfolgernd fordert Kisoudis mit seiner Mitteleuropa-Konzeption ein neues Verteidigungsbündnis, das die „Mentalität der Multipolarität“ herstellen und den westlichen Einfluss überwinden soll, um die Völker in ihrer „Eigenart“ zu erhalten (ebd., 81). Um die „politische Integration“ Europas in einer multipolaren Welt zu gewährleisten, schlägt er eine Mitteleuropa-Initiative unter deutscher Hegemonie vor, die über die derzeitige Gestalt der EU und NATO hinausweist. Diese Initiative soll eine vermeintliche Äquidistanz verfolgen, jedoch Russland als Bündnispartner suchen.

HANS-CHRISTOF KRAUS' EUROPA-KONZEPTION

Der deutsche Historiker Hans-Christof Kraus skizziert in seinem Artikel „Phantomschmerz im Kreml“, veröffentlicht am 17. Mai 2024 in der *Jungen Freiheit* auf der *Forum*-Seite, seine Sichtweise auf die sich wandelnde Staatenordnung und propagiert eine neue „Großraumordnung“ (Kraus 2024). Er erläutert, „warum Deutschland Interesse an der ukrainischen Selbstbehauptung haben muß [sic!]“, wie im Untertitel des Zeitschriftenartikels betont wird, und nimmt somit eine Gegenposition zu Kisoudis ein.

Kraus vertritt die Ansicht, dass eine „Großraumordnung“, in der politische Großräume als „Einflußsphären [sic!] der Welt- oder Supermächte“ sowie ihrer Verbündeten dienen oder als „fester Zusammenschluß [sic!] von geopolitisch günstig positionierten und wirtschaftlich starken Staaten und Mächten mittlerer Ordnung agieren“, als Modell zur Sicherung des Weltfriedens beitragen könnte. Dieses Modell, so Kraus, könnte helfen, internationalen Konflikten oder gar einem Dritten Weltkrieg vorzubeugen.

18 | FORUM

JUNGE FREIHEIT
16. 11. 2024, 17. Mai 2024



Die Konzeption russischer Politik bis zu Wladimir Putin liegt im Schatten nach dem Sturz des Weltmacht-Lin (Lin) Deutschland geistlicher Hang

Warum Deutschland Interesse an der ukrainischen Selbstbehauptung haben muß

Phantomschmerz im Kreml

Von Hans-Christof Kraus

Wie diese Großraumordnung im Detail aussehen wird, welche Bündnisse geschlossen werden und welche Staaten sich wem unterordnen werden, ist laut Kraus derzeit noch nicht absehbar. Es bleibe beispielsweise abzuwarten, wie Indien und China miteinander agieren werden. Fest steht für Kraus jedoch, dass Deutschland einem „westlichen“ Großraum angehören wird. Zu Beginn des Artikels betont er unmissverständlich: „Zuerst: Deutschland ist ein Land des Westens.“ Kraus benennt folgend zwei Gestaltungsmöglichkeiten für den westlichen Großraum: entweder atlantisch-europäisch, unter Einbeziehung der USA und Kanada, oder als rein west- und mitteleuropäischer Bund.

Kraus begründet die Zugehörigkeit Deutschlands zum Westen historisch, unter Rückgriff auf Gelehrte wie Leopold Ranke, Friedrich Carl von Savigny und

3 Der historische Ursprung des Intermarium-Konzepts geht auf Józef Piłsudskis Idee eines osteuropäischen Völkerbundes zurück. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs sah Piłsudski die wiedererlangte Unabhängigkeit Polens durch Russland und Deutschland bedroht und setzte sich daher für einen Staatenbund mit Litauen, der Ukraine, Belarus, Ungarn, Rumänien, Lettland, Jugoslawien und Estland ein. Dieses Bündnis sollte unter polnischer Führung die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten zwischen Ostsee, Mittelmeer und Schwarzem Meer stärken und eine Bastion gegen Russland bilden. Heute fehlt diesem Konzept jedoch eine realpolitische Grundlage, es hat an Relevanz verloren.

Friedrich Ratzel, die Deutschland im Westen verordnet hätten. Er weist auch auf Bismarcks Warnungen vor Russland und macht Josef Stalin für den Verlust des „gesamten alten deutschen Osten“ verantwortlich. Den Zusammenbruch der Sowjetunion sowie die folgende Wiedervereinigung Deutschlands beschreibt Kraus als „uneingeschränkt positive Erfahrung der heute lebenden Generationen von Deutschen“. Für ihn steht außer Frage, dass durch die Wiedervereinigung der „politisch geteilten Nation“ und die gemachten Erfahrungen zwischen 1945 und 1990 eine uneingeschränkte Zugehörigkeit zum Westen entstanden ist.

Die Europa-Konzeptionen von Kraus und Kisoudis zielen beide auf die Wiederherstellung einer Führungsposition Deutschlands in Europa ab, dennoch stehen die beiden Konzeptionen im diametralen Widerspruch zueinander. Während auch Kisoudis an eine multipolare Weltordnung mit verschiedenen Großräumen glaubt, verortet er Deutschland weder geographisch noch politisch im Westen (Kisoudis 2023b, 7). Stattdessen sieht Kisoudis den Westen als Feindbild und setzt sich für ein gutes Verhältnis mit Russland ein.

Kraus dagegen wendet sich gegen die aggressive russische Außenpolitik und erklärt sie mit einem postsowjetischen „Phantommerz“, für den allerdings auch die westliche Welt aufgrund einer misslungenen europäisch-russischen Sicherheitspolitik mitverantwortlich sei (Kraus 2024). Im Kontext einer Großraumordnung, in der weder die USA noch China oder andere Akteure den Anspruch auf eine führende Weltmacht zukünftig verwirklichen können, sei Russlands Angriffskrieg als Versuch zur Expansion des russischen Großraums zu verstehen. Ob dieser in Partnerschaft mit China als eurasischer oder als ‚nur‘ russischer Großraum verwirklicht wird, bleibe abzuwarten. Eindeutig sei jedoch, dass Putin versuche, die Grenzen des Großraums so weit wie möglich Richtung Westen und an die Grenze zur NATO zu verschieben. Auch wenn die zukünftigen geographischen Grenzen der verschiedenen Großräume noch ungewiss seien, ergebe sich aus dem russischen Angriffskrieg eine klare Aufgabe für Deutschland. Mit Blick auf deutsche Interessen und die Rolle Deutschlands als europäischer Mittelmacht solle Deutschland aus einem historischen Bewusstsein heraus Russland entgegentreten und die Grenzen so weit wie möglich nach Osten verschieben helfen. Kraus versäumt es in seinem Artikel, konkret auf die Europäische Union und die NATO einzugehen und seine spezifischen Vorstellungen von Deutschlands Rolle innerhalb dieser Institutionen darzulegen. Seine feste Überzeugung, dass Deutschland zum Westen gehört, und sein Ziel, den russischen Einflussraum so weit wie möglich nach Osten zu verschieben, lassen jedoch eine alternativlose EU- und NATO-Mitgliedschaft Deutschlands vermuten.

KUBITSCHES RESÜMEE DER DEBATTE

Götz Kubitschek fasst in seinem Artikel „Krah, Europa und ein deutscher Standpunkt“, veröffentlicht am 26. Mai 2024 auf der Webseite der *Sezession* (Kubitschek 2024a), die zentralen Aspekte der Debatte um Deutschlands Rolle in Europa zusammen und leitet daraus Handlungsmöglichkeiten für die AfD ab. Den Ausgangspunkt von Kubitscheks Artikel bildet der Ausschluss der AfD aus der inzwischen offiziell aufgelösten Fraktion Identität und Demokratie (ID-Fraktion) im Europaparlament auf Betreiben von Le Pen. Dieser Ausschluss erfolgte, nachdem Maximilian Krah, zu dem Zeitpunkt Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl, in einem Interview mit der italienischen Zeitung *la Repubblica* die Rolle der SS relativiert hatte. Kubitschek sieht in dem offiziellen Grund dieses Fraktionsausschlusses jedoch nur einen Vorwand, den Le Pen für ihre eigenen Zwecke nutzte. Seiner Ansicht nach geht es eigentlich um den „Kampf um die geostrategische Ausrichtung Europas“. Der Ausschluss der AfD aus der ID-Fraktion im Europaparlament bestätigt seiner Meinung nach die französische Entscheidung für ein transatlantisches Europa-Konzept, welches er als „antideutsch“ bezeichnet. Diese Ausrichtung richte sich gegen „fundamentale deutsche Inter-

Autoritäre Zuspitzung

Rechtsruck in Europa



Isolde Aigner | Jobst Paul | Regina Wamper (Hg.)

EDITION
DISS

Isolde Aigner, Jobst Paul, Regina Wamper
Autoritäre Zuspitzung
Rechtsruck in Europa

ISBN 978-3-89771-769-5

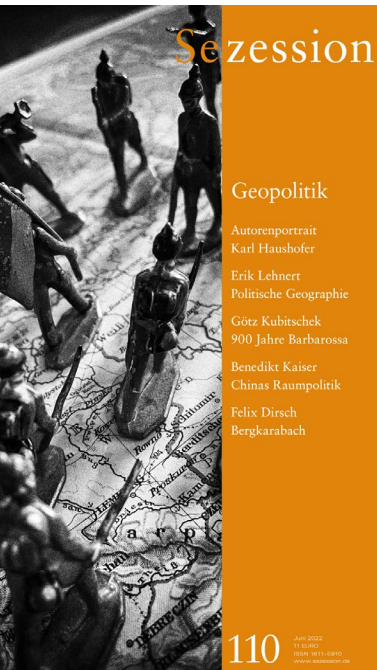
Unrast-Verlag, 2019

Seiten: 220

Reihe: Edition DISS Band: 40

Ausstattung: Softcover

Nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern Europas haben extrem rechte Parteien und Bewegungen in den letzten Jahren massiv an Zuspruch gewonnen – nicht nur auf der Straße, sondern auch bei Wahlen. Hintergrund dieses Rechtsrucks sind vor allem die verstärkten Fluchtbewegungen nach Europa, die damit zusammenhängende administrative Krise und die islamistischen Anschläge in mehreren europäischen Städten. Doch kenntnis- und aufschlussreich wie gewohnt zeigt das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) in dieser Publikation, dass es ist nicht zuletzt die global durchgesetzte Liberalisierung des Marktes ist, auf die der Rechtsruck aufsetzt und die ihn letztlich weitertreibt.



essen“. Frankreich unterstütze dieses Konzept, um sicherzustellen, dass es sich nicht zu einem „antifranzösischen Projekt“ ausweite. Die Entscheidung für ein transatlantisches Europa-Konzept stelle gleichzeitig eine Absage an ein mitteleuropäisches dar. Krah sei einer der wenigen Politiker, der bereits vor Jahren vor einem „konservativen Ableger der US-amerikanischen Rechten“ in Europa gewarnt hätte.

Genauso wie für Kraus und Kisoudis ist für Kubitschek der Wandel hin zu einer multipolaren Weltordnung durch die aufstrebenden Staaten Russland und China unumgänglich. Er

plädiert für die Bildung eines mitteleuropäischen Blocks, in dem Deutschland als Hegemon fungiert und eine enge Zusammenarbeit mit Russland pflegt. Das Interesse Deutschlands an Russland begründet Kubitschek genauso wie Kisoudis historisch, ökonomisch und geografisch. Besonders warnt er vor den Gefahren einer energetischen Abhängigkeit vom Westen und argumentiert, dass Deutschlands „Mittellage“ eine (energiepolitische) Zusammenarbeit mit Russland erfordere, um Deutschland einen „Spielraum“ zu ermöglichen, der „seinem Bedarf angemessen“ ist. Diese Kooperation soll zudem die Sicherheitsinteressen der „kleinen ehemaligen Ostblockstaaten“ berücksichtigen, die Kubitschek aktuell als „US-unterstützenden Keil zwischen Russland und Deutschland“ ansieht. Auffällig ist Kubitscheks Idee einer *langfristigen* deutsch-französischen Option, die sowohl der ursprünglichen Mitteleuropaidee von Friedrich Naumann als auch den Ansichten Kisoudis widerspricht, der Frankreich als Gegner eines deutschen Mitteleuropa-Konzepts und als Stellvertreter der USA sieht. Kubitschek führt keine konkreten Details zu dieser Vorstellung an.

Schlussendlich fasst Kubitschek die Debatte um den „Kampf um die geostrategische Ausrichtung Europas“ auf zwei zentrale Strömungen innerhalb der AfD und ihrem Vorfeld zusammen: Zum einen die „Vertreter der US-Interessen“, die sich aus Kubitscheks Sicht für ein transatlantisches Europa-Konzept entscheiden und gegen deutsche Interessen handeln. Dieser Ausrichtung sind offensichtlich Hans-Christof Kraus und die JF zuzuordnen. Zum anderen die Befürworter eines mitteleuropäischen Blocks, in dem Deutschland als Hegemon fungiert und seine vermeintliche Brückenfunktion zwischen Ost und West einnehmen kann. Sowohl Kubitschek und Krah als auch Kisoudis stehen für diese Strömung, die eine vermeintliche Äquidistanz propagiert, jedoch Russland als Bündnispartner sucht.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Die im Kontext des Ukraine-Krieges vorgestellten Konfliktlinien sind in den seit 2014/15 stattfindenden „Kampf zweier Linien“ innerhalb der AfD und ihres Vorfelds einzubetten und stellen eine Zuspitzung der internen Debatte um eine realpolitische oder fundamentaloppositionelle Parteiausrichtung dar. Betont werden muss, dass beide Ausrichtungen darin übereinstimmen, dass Deutschland wieder eine Führungsrolle innerhalb Europas einnehmen und dass sich die Staatenordnung hin zu einer multipolaren Weltordnung wandeln sollte. Die Konfliktlinie innerhalb der Neuen Rechten und der AfD verläuft entlang der Frage, anhand welcher ideologischen und geopolitischen Ausrichtung dies erreicht werden soll.

LITERATUR

- Kellershohn, Helmut 2017: Kampf zweier Linien in der Neuen Rechten und der AfD, in: Isolde Aigner/Jobst Paul/Regina Wamper (Hg.): *Autoritäre Zuspitzung. Rechtsruck in Europa*, Münster: Unrast, S. 121-136.
- Kellershohn, Helmut 2023: Im Widerstreit der Positionen. Die Haltung der AfD und neurechter „Vordenker“ zum Ukrainekrieg, in: Wolfgang Kastrop/Helmut Kellershohn (Hg.): *Der Krieg in der Ukraine. Weltordnungskrieg und „Zeitenwende“*, Münster: Unrast, S. 157-190.
- Kisoudis, Dimitrios 2022: Europa - der ungewollte Großraum, in: *Sezession* 110, S. 18–23.
- Kisoudis, Dimitrios 2023a: „Es wächst das Bedürfnis, einen Weg der Selbstbehauptung einzuschlagen“. <https://heimatkurier.at/rechte-akteure/dimitrios-kisoudis-es-waechst-das-beduerfnis-einen-weg-der-selbstbehauptung-einzuschlagen/> (Abruf: 11.07.2024).
- Kisoudis, Dimitrios 2023b: Mitteleuropa und Multipolarität, Schnellroda: Antaios.
- Kraus, Hans-Christof 2024: Phantomschmerz im Kreml, in: *Junge Freiheit* v. 17.05.2024.
- Kubitschek, Götz 2024a: Krah, Europa und ein deutscher Standpunkt, in: *sezession.de* v. 26.05.2024. <https://sezession.de/69254/krah-europa-und-ein-deutscher-standpunkt> (Abruf: 19.07.2024).
- Kubitschek, Götz 2024b: Das Institut für Staatspolitik ist Geschichte – warum? In: *sezession.de* v. 13.05.2024. <https://sezession.de/69226/das-institut-fuer-staatspolitik-ist-geschichte-warum> (Abruf: 19.07.2024).

Maarten van Melis ist Masterstudent der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Zuvor hatte er sein Bachelor-Studium in Politikwissenschaft und Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main abgeschlossen. Im Sommer 2024 absolvierte er ein Praktikum am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung.

Rechte Netzwerke in der hessischen Polizei

Von Nicole Gergar

1 EINLEITUNG

In jüngster Vergangenheit verging kaum eine Woche in Deutschland, in der nicht über eine rassistische Polizeikontrolle, einen Fall von Polizeigewalt oder eine rechte Chatgruppe innerhalb der Polizei berichtet wurde.

Eine Studie des Sachverständigenrats für Integration und Migration kommt in einer 2021/2022 durchgeführten Umfrage mit 15.005 Befragten mit und ohne Migrationshintergrund zu dem Ergebnis, dass „ausländisch wahrgenommene Befragte [...] etwa doppelt so häufig von der Polizei kontrolliert [werden] als solche, auf die das nicht zutrifft“ (Sachverständigenrat für Integration und Migration 2023: o.S.). Eine Untersuchung der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main kommt 2023 zu dem Ergebnis, „dass marginalisierte Personen in besonderer Weise von übermäßiger polizeilicher Gewalt betroffen sind“ (Abdul-Rahman et al. 2023: o.S.). Und der WDR schreibt am 12.09.2023: „Seit Jahren werden immer wieder Fälle bekannt, bei denen rechts-extremistisches Material in sogenannten privaten oder ‚geschlossenen Chatgruppen‘ in Messenger-Diensten geteilt wird. Regelmäßig waren Polizeibeamte, Justizvollzugsbedienstete oder Soldaten Mitglieder der Chatgruppen.“ (Teigeler 2023: o.S.) Die Polizei hat in der Gesellschaft eine Macht- und Autoritätsposition inne, die selten infrage gestellt wird. Formieren sich in ihren Reihen rechtsextreme Netzwerke, stellen diese eine erhebliche Gefahr für die Demokratie eines Staates und dessen Sicherheit dar.

Der vorliegende Beitrag¹ beschäftigt sich mit der Berichterstattung im hegemonialen Diskurs über das Thema rechtsextreme Netzwerke im ersten Polizeirevier in Frankfurt am Main im Zusammenhang mit den „NSU 2.0“-Drohschreiben an Seda Başay-Yıldız. Als Anwältin der Nebenklage im NSU-Prozess war sie von 2013 bis 2018 für die Familie von Enver Şimşek²

tätig. Seit dem 2. August 2018³ erhielt sie eine Reihe von Morddrohungen, die mit „NSU 2.0“ unterzeichnet waren und zudem nicht öffentliche personenbezogene Daten, z.B. ihre auskunftsgesperrte Privatadresse und den Namen ihrer Tochter, enthielten.⁴ Ermittlungen ergaben, dass Polizeibeamt*innen kurz zuvor Başay-Yıldız' Daten am Polizeicomputer abgefragt hatten. Im Laufe der weiteren Ermittlungen wurde in dieser Polizeieinheit eine Chatgruppe mit rechtsextremen Inhalten bekannt, die daher als Urheber*innen oder Beihelfer*innen der Drohschreiben vermutet werden (vgl. Laabs 2021: 367 ff).

Mithilfe der Kritischen Diskursanalyse nach dem Duisburger Ansatz wurden 46 in den ca. vier Wochen nach öffentlich werden der Drohschreiben⁵ veröffentlichte Artikel aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und ihrem Online-Ableger FAZ.NET ausgewertet, um Veränderungen des Sagbarkeitsfelds im Diskurs um rechtsextreme Chatgruppen innerhalb der Polizei und die darin verflochtenen Diskursstränge darzustellen.

POLIZEI UND RECHTSEXTREMISMUS

Rechtsextremismus in der Polizei ist kein neues Phänomen, wenngleich es in gesellschaftlichen Debatten in den vergangenen Jahren an Präsenz gewonnen hat. In Deutschland wurden bisher keine empirischen Untersuchungen zum Phänomen rechter Netzwerke in der Institution Polizei durchgeführt und auch in der breiten Öffentlichkeit wurden diese bis vor Kurzem selten thematisiert bzw. konkret als solche benannt. Auf politischer Ebene fehlte lange Zeit die Bereitschaft, diese Problematik offenzulegen (vgl. Kopke 2020: o.S.). Die Schlagzeilen, die im Zuge der Verstrickungen der hessischen Polizei in die NSU-2.0-Drohbriefaffäre entstanden sind, sorgten dafür, dass das hessische Innenministerium 2019 eine Studie im Auftrag gab, in der rund 17.000 Polizist*innen, Verwaltungsbeamt*innen und Tarifbeschäftigte u.a. zur politischen Selbst-

1 Dieser Beitrag beruht auf meiner Masterarbeit: „Rechte Netzwerke in der hessischen Polizei: Eine kritische Diskursanalyse am Beispiel des NSU 2.0-Drohschreibens“.

2 Enver Şimşek war das erste Mordopfer des NSU.

3 Erste Berichterstattung durch die Frankfurter Neue Presse am 15. Dezember 2018 (vgl. Frankfurter Neue Presse 2018: 1).

4 In dem Schreiben steht zum Beispiel: „Miese Türkensau“, [...]. „Du machst Deutschland nicht fertig.“ [...] In dem Schreiben wurde ihre Tochter mit dem Tode bedroht, es war die Rede von „schlachten.“ (Iskandar und Hemicker, FAZ, 16.12.2018).

5 Das Drohschreiben wurde am 2. August 2018 an Seda Başay-Yıldız gesendet, die Öffentlichkeit erhielt aber erst am 15. Dezember 2018, nachdem erste Zeitungen über den Fall berichtet hatten, Kenntnis darüber (vgl. von Bebenburg und Voigts 2019: 133).



Ordnen und Regieren

Das Konzept ›Zivilgesellschaft‹ in der deutschen Entwicklungspolitik.
Eine postkoloniale Diskursanalyse



Sara Madjlessi-Roudi



Sara Madjlessi-Roudi
Ordnen und Regieren
Eine postkoloniale Diskursanalyse des Konzepts ›Zivilgesellschaft‹ in der deutschen Entwicklungspolitik

ISBN 978-3-89771-777-0

Seiten: 476

Reihe: Edition DISS Band: 48

Sara Madjlessi-Roudi wirft einen kritischen Blick auf das Konzept der ›zivilgesellschaftlichen Beteiligung‹, das seit den 1990er Jahren den entwicklungspolitischen Diskurs im Globalen Norden bestimmt.

Unter spezifischer Bezugnahme auf Afrika und unter Rückgriff auf die Kritische Diskursanalyse (KDA) und auf postkoloniale Theorie arbeitet sie anhand von Strategiepapieren zur Entwicklungspolitik des BMZ sowie der Bundesregierung heraus, wie sich die Idee der ›Einbindung von Zivilgesellschaft‹ innerhalb von fünfzehn Jahren zu einer Regierungstechnologie entwickelt hat. Darin wird Afrika als tendenziell defizitäres Umfeld für zivilgesellschaftliche Teilhabe konstruiert und werden Differenzlinien insbesondere zu sogenannten ›Gewaltakteuren‹ und zur Bevölkerung hervorgehoben.

Sara Madjlessi-Roudi zeichnet nach, wie die deutsche Entwicklungspolitik über Jahre hinweg am Konzept ›Zivilgesellschaft‹ festhält, das auf eigenverantwortliche Subjekte verweist, von denen bestimmte Handlungen eingefordert werden können. Im Ergebnis werden so nicht nur politische und ökonomische Machtverhältnisse ausgeblendet, sondern auch koloniale Differenzsetzungen reproduziert, in denen sich das BMZ als handelnder Akteur begreift. Die diskursiven Effekte, die die Autorin ausmacht, zeigen sich entweder in Bezug auf die Legitimation des deutschen entwicklungspolitischen Handelns in Afrika oder in der Zurückweisung von Kritik an entwicklungspolitischem Paternalismus.

verortung befragt wurden (vgl. Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus 2020). Trotz mehrheitlicher Bekennung zur parlamentarischen Demokratieform „äußerte jede*r Vierte der Befragten die Befürchtung, Deutschland könne ein ‚islamisches Land‘ werden, was sich als rechts-alternatives Narrativ einordnen lässt“ (Hunold und Wegner 2020: 29). Das Bedrohungsszenarium einer islamischen Übernahme des christlich geprägten Deutschlands ist eine häufig bei rechten Akteur*innen zu findende Argumentationsfigur (Baldauf et al. 2017: 12), die die Gefahr birgt, die Objektivität der Polizei v.a. bei der Bearbeitung rechtsextremer Straftaten zu beeinträchtigen.

ERGEBNISSE DER STRUKTURANALYSE

Das Sagbarkeitsfeld hinsichtlich des Themas rechtsextreme Chatgruppen in der Polizei bestand insgesamt aus Äußerungen zu 15 Aussagen, deren Verkopplungen die Grafik veranschaulicht.

KRITIK AN DER LANDESREGIERUNG

Zu Beginn des Dossiers wird die rechte Chatgruppe in stark denormalisierender Weise als skandalöses Ereignis mit Auswirkungen noch unbekannten Ausmaßes bewertet – allerdings nicht als Gefahr für die Gesamtgesellschaft, sondern als Auslöser dafür, dass politische Probleme sichtbar werden, die schon vorher existierten. Hierbei wird v.a. der damalige Innenministers Peter Beuth (CDU) als untätig und die Fakten verschleiern kritisiert.

KRITIK AN DER POLIZEI

Dieser Kritik unterliegt auch die Polizei, die zunächst die Ermittlungen eigenständig führt und erst nach öffentlich werden der rechten Chatgruppe in den eigenen Reihen den Fall an das LKA übergibt, jedoch weiterhin jeglicher Kritik mit der Aussage *Notwendigkeit des Schutzes laufender Ermittlungen* ausweicht.

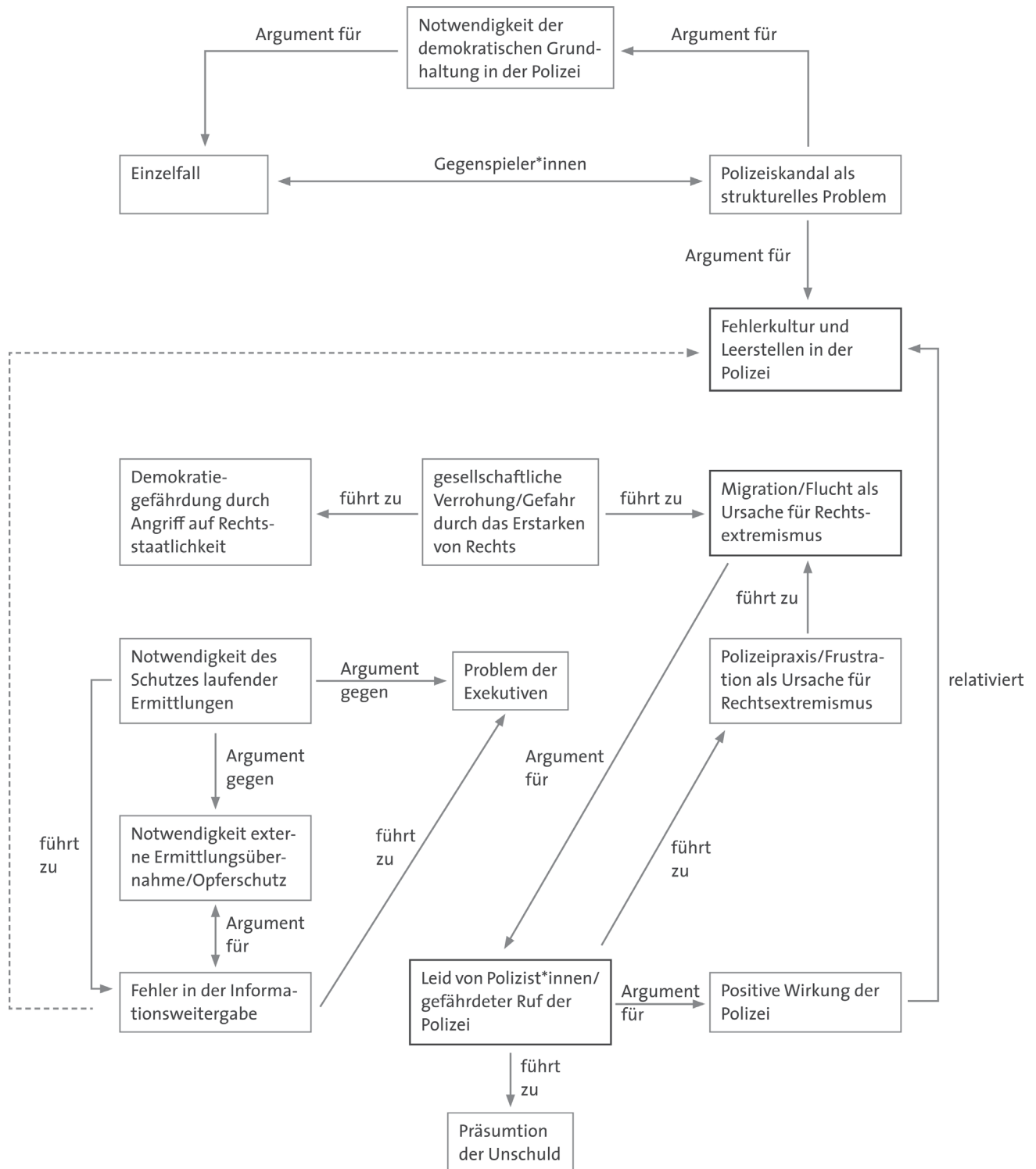
Bezogen auf den exekutiven Bereich wird in denormalisierender Weise eine Bedrohung für das Image der Polizei konstruiert. Durch diese starke Denormalisierung und die häufige und detaillierte Beschreibung, wie sich die alltäglichen Berufsbelastungen auf Polizeibeamt*innen auswirken, wird von Seiten der Polizei, ihrer Gewerkschaften und dem Innenminister versucht, den Fall möglichst klein zu halten.

GRÜNDE ALS URSACHE FÜR RECHTSEXTREMISMUS

Mehrfach wird auch der Zustand der Gesellschaft kritisiert; insbesondere das Erstarken rechter Gesinnungen wird hierbei als eine Ursache dafür beschrieben, dass es auch innerhalb der Polizei Rechtsextremismus gibt.

Als weitere Ursache wird das Zusammentreffen von Migrant*innen und Polizei genannt, was kontinuierlich in einem negativen Licht dargestellt wird und ausschließlich mit Kriminalität verknüpft wird, die die Polizei (über)belastet. Ebenso entsteht eine Wir-Die-Dichotomie. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die Thematisierung von Rechtsextremismus in der Polizei zumeist aus Perspektive der Mehrheitsgesellschaft geschieht. Die Perspektive der Betroffenen geriet in der FAZ im Untersuchungszeitraum ein einziges Mal in den Blick, als die Betroffene selbst die mangelnde Informationsweitergabe kritisiert.

Gelegentlich finden zwar Stimmen aus der Wissenschaft Gehör, die auf die mangelnde Fehlerkultur und Leerstellen in der Polizei verweisen und konkrete Verbesserungsvorschläge einbringen, auf diese wird aber entweder nicht weiter eingegangen oder ihre Notwendigkeit wird – wenn auch eher selten – schlicht negiert.



Die Aussage *Leid der Polizist*innen/gefährdeter Ruf der Polizei* erwies sich als eine der zentralen Aussagen des Diskurses, da diese am häufigsten mit anderen Aussagen verkoppelt wurde, gefolgt von den Aussagen *Notwendigkeit der Schutzes laufender Ermittlungen* und *Migration/Flucht/Kriminalität als Ursache für Rechtsextremismus*. Diese Aussagen werden einerseits genutzt, um auf die Arbeitsbelastungen im Berufsalltag von Polizist*innen hinzuweisen, die sich u.a. in Frustration äußern kann, und um andererseits damit die Aussage *Positive Wirkung der Polizei* zu bespielen, da der „weitest überwiegende Anteil aller Polizisten gute Arbeit [leistete]“ (Iskandar, FAZ, 21.12.2018b).

Von einigen befragten Wissenschaftler*innen wie Rafael Behr und Jan Schedler wird dies auch kontextualisiert: „Nicht durch gestiegene Geflüchtetenzahlen, sondern durch die Art und Weise, wie diese öffentlich diskutiert worden sind, sind rassistische Positionen legitimiert worden“ (Geyer, FAZ, 19.12.2018). Auch habe sich „die Wahrnehmung insgesamt so gewandelt, dass fast nur noch über die Schattenseiten der Migration berichtet werde“ (Haneke/Staib, FAZ, 20.12.2018a), was mit einer Verschiebung der Problematik von den Geflüchteten zur Aussage *Gesellschaftliche Verrohung/Gefahr durch das Erstarken von Rechts* einhergeht. So zeigt die Analyse, dass die Probleme der Polizei entweder auf die gesellschaftliche Schiefelage zurückgeführt werden oder die Mehrheit der FAZ-Au-



tor*innen sich dem Narrativ der Ethnisierung von Kriminalität insbesondere durch Geflüchtete anschließen.

EINZELFALL ODER STRUKTURELLES PROBLEM

Rechtsextremismus wird also überwiegend als ein Problem verhandelt, das durch äußere Faktoren in die Polizei gelangt, weniger durch die Struktur der Polizei selbst. Dies zeigt sich auch in den Deutungskämpfen zwischen den Aussagen *Einzelfall* und *Polizeiskandal als strukturelles Problem*. So wird von der Polizeigewerkschaft (GdP) zwar eingeräumt, „dass es in den Reihen der Polizei Rechtsextreme gibt“ (dpa, FAZ, 19.12.2018), im gleichen Atemzug werden diese jedoch als „einige Verwirrte“ (ebd.) angesehen und es wird weiter konstatiert, „dass es in der deutschen Polizei keine strukturellen Bedingungen gebe, die rechtsextremes Gedankengut oder die Bildung rechtsextremer Gruppierungen in irgendeiner Weise fördern würden“ (ebd.).

Eine weitere Verharmlosungsstrategie lässt sich in der Verwendung der Hufeisen-Metapher des Bundespolizeigewerkschaftlers (DPolG) Ernst Walter identifizieren, wenn dieser fordert: „Grundsätzlich müssten nachweislich Rechtsextreme oder Linksextreme aus der Polizei sofort entlassen werden“ (Hemicker, FAZ, 15.12.2018). Durch die Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus werden die Ursprünge und die Ideologie des Rechtsextremismus nicht ausreichend berücksichtigt (vgl. Biskamp 2017: 156).

MANGELHAFTES VERSTÄNDNIS VON RECHTSEXTREMISMUS

Allgemein kann das unzureichende Verständnis von Rechtsextremismus in der Berichterstattung der FAZ kritisiert werden. Denn häufig ist von Fremdenhass oder Ausländerhass anstelle von Rassismus die Rede. Ebenso bleiben Einordnungen aus oder werden verkürzt dargestellt. So wird z.B. nicht darauf eingegangen, warum ausgerechnet Seda Başay-Yıldız ein Fax unterzeichnet mit „NSU 2.0“ erhalten haben könnte, bedient sie doch als Frau, deren Familie über Migrationserfahrung verfügt, und die Selbstbewusstsein und Mut im Kampf gegen Diskriminierungsmechanismen zeigt und damit berufliche Erfolge verbucht, die Feindbildkonstruktion der extremen Rechten. Dass sie auch sogenannte islamistische Gefährder vertritt, könnte ein weiterer Baustein dieses Feindbildes gewesen sein. Ebenso wird sie u.a. als „türkeistämmige Frankfurter Anwältin“ beschrieben (Iskandar, FAZ, 15.12.2018a), dabei ist Seda Başay-Yıldız in Marburg geboren und aufgewachsen. Hierbei wird deutlich, wer in Deutschland als deutsche Bürger*in gesehen wird und wer eben nicht, trotz des Besitzes einer deutschen Staatsbürgerschaft.

FAZIT

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Verlauf der Aussagen und ihre Beziehungen zueinander einen Aufklärungswillen seitens der Politik und Polizei zwar aufzeigen, konkrete Vorschläge zu Maßnahmen gegen das Aufkommen von Rechtsextremismus in der Polizei jedoch weitestgehend aus-

bleiben. Werden diese geäußert, wird von Teilen der Politik, der Gewerkschaften und auch Polizeiangehörigen deren Notwendigkeit infrage gestellt, wenn nicht sogar abgelehnt. Eine Perspektive der Opfer wird nur ein einziges Mal eingenommen, und auch die Betroffene Seda Başay-Yıldız kommt nur einmal zu Wort, was in Anbetracht des nötigen Vertrauens, auf das die Polizei in ihrer täglichen Arbeit so dringend angewiesen ist, als mangelhaft bezeichnet werden kann. So scheint sich die Annahme vieler Migrant*innen, dass die Polizei für sie kein Sicherheitsempfinden fördert, zu bestätigen (vgl. Sachverständigenrat für Integration und Migration 2023: o.S.; Abdul-Rahman et al. 2023: o.S.)

Das Sagbarkeitsfeld zeigt sich als insgesamt eher homogen, lediglich durch das Benennen von möglichen Leerstellen und Verbesserungsvorschlägen innerhalb der Polizei ist eine leichte Öffnung hin zur Kritik an der Institution zu erkennen. Zwar wird mit Empörung und Entsetzen auf den Skandal reagiert und dadurch verdeutlicht, dass Rechtsextremismus in Gänze abzulehnen ist, die Institution Polizei bleibt jedoch weiterhin unantastbar und behält die Deutungsmacht, wenn es um die Frage der strukturellen Aufarbeitung geht.

In der Berichterstattung der FAZ wurden die vergangenen und aktuellen Fluchtbewegungen als eine manifeste Belastung verhandelt, wodurch die aktuellen Forderungen nach Begrenzung von Migration zur Geltung kommen.

AUSBLICK

Die Analyse verdeutlicht die Deutungsmacht der Polizei, das allgemein einseitige Verständnis von Rechtsextremismus sowie den mangelhaften Umgang mit von rechter Gewalt Betroffenen und deren unzureichende Anerkennung. Das fehlende Wissen über die Auswirkungen von Rechtsextremismus auf die migrantische Community, die Leerstellen in der Fehlerkultur der Polizei wie auch die Verwobenheit rechter Akteur*innen in hegemoniale Diskurse spielen eine entscheidende Rolle dabei, dass Polizeibeamt*innen mit rechtsextremem Gedankengut nicht gemeldet werden. Auf dieser Grundlage ist sowohl eine Studie zu Rechtsextremismus in den Sicherheitsbehörden dringend zu empfehlen als auch eine unabhängige Beschwerdestelle für von rechtswidrigem Polizeihandeln Betroffene. Demokratiegefährdende Einstellungen bei Polizist*innen sowie Strukturen, die diskriminierende Handlungspraktiken ermöglichen, müssen daher dringend weiter erforscht werden.

LITERATURVERZEICHNIS

- Abdul-Rahman, Laila et al. (2023): Übermäßige polizeiliche Gewaltanwendung und ihre Aufarbeitung. Kernbefunde des DFG-Forschungsprojekts „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen“ (KviAPol), online: <https://kviapol.uni-frankfurt.de/images/pdf/Zusammenfassung%20Gewalt%20im%20Amt.pdf>, Zugriff: 22.09.2024
- Baldauf, Johannes et al. (2017): Toxische Narrative. Monitoring rechts-alternativer Akteure. Monitoringbericht

der Amadeu Antonio Stiftung, online: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/monitoring-2017.pdf>, Zugriff: 22.09.2024

- Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) (2020): Polizeiliche Alltagserfahrungen – Herausforderungen und Erfordernisse einer lernenden Organisation. Forschungsbericht 2020. Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport, online: https://hke.hessen.de/sites/hke.hessen.de/files/2023-05/2020_bericht_polizeistudie_hessen.pdf, Zugriff: 22.09.2024
- Hunold, Daniela; Wegner, Maren (2020): Rassismus und Polizei: Zum Stand der Forschung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 70. Jahrgang, Heft 42-44, S. 27-32, online: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/antirassismus-2020/316766/rassismus-und-polizei-zum-stand-der-forschung/#footnote-target-21>, Zugriff: 22.09.2024
- Laabs, Dirk (2021): Staatsfeinde in Uniform. Wie militante Rechte unsere Institutionen unterwandern. Berlin: Econ
- Kopke, Christoph (2020): Wie wichtig sind Studien zu Rassismus in der Polizei? Online: https://www.radioeins.de/programm/sendungen/der_schoene_morgen/_/wie-wichtig-sind-studien-zu-rassismus-bei-der-polizei-.html, Zugriff: 21.03.2024
- Teigeler, Martin (2023): Wegen Polizei-Chatgruppen: Land will Gesetzesverschärfung, WDR, online: <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/volksverhetzung-bundesratsinitiative-100.html>; zuletzt abgerufen am 22.9.2024

ZITIERTER ARTIKEL AUS DEM DOSSIER FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

- Hemicker, Lorenz 15.12.2018: Schwerwiegender Verdacht gegen Frankfurter Polizisten. FAZ.NET.
- Iskandar, Katharina 15.12.2018a: Bedrohten Polizisten Anwältin? FAZ.NET.
- Geyer, Gloria 19.12.2018: Wieso Bundeswehr und Polizei für Rechtsextreme attraktiv sind. FAZ.NET.
- dpa 19.12.2018: Gewerkschaft: Heimliche Radikalisierung bei hessischer Polizei. FAZ.NET.
- Haneke, Alexander; Staib, Julian 20.12.2018a: Im Verteidigungsmodus. FAZ, S. 2.
- Iskandar, Katharina 21.12.2018b: Es gibt keinen Rechtsruck in der Polizei. FAZ/Rhein-Main Zeitung, S. 33.

Nicole Gergar arbeitet in der Diskurswerkstatt mit. Ihr Studium der „Praxisforschung in Sozialer Arbeit und Pädagogik“ an der Alice Salomon Hochschule Berlin schloss sie mit der KDA über rechte Netzwerke in der hessischen Polizei ab, auf der dieser Artikel beruht. Sie war Teil der Prozessbeobachtungsgruppen Justizwatch, die zwischen 2014 und 2021 Prozesse beobachtete und Rassismus in der Justiz dokumentierte.

Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹

Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten



Andrea Becker
Simon Eberhardt
Helmut Kellershohn (Hg.)



Andrea Becker,
Simon Eberhardt,
Helmut Kellershohn (Hg.)

Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹ – Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD

ISBN 978-3-89771-772-5, Unrast-Verlag, 2019,
Seiten: 272, Reihe: Edition DISS Band: 43, Ausstattung: Softcover

Das Buch ist eine Bestandsaufnahme der sozial- und wirtschaftspolitischen Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten und unterzieht diese einer kritischen Analyse. Die Beiträge berücksichtigen dabei drei Dimensionen: erstens die Ebene der Akteure, also der Kräfte, die die Debatte bestimmen; zweitens geht es um konkrete Themenfelder, in die mit Konzepten, -Thesenpapieren etc. interveniert wird; und drittens geht es um die jeweiligen ideologiepolitischen Perspektiven und deren Verortung im Spannungsfeld zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹, sowohl unter dem Blickwinkel der innerparteilichen Auseinandersetzungen als auch unter dem der Relevanz für die von der AfD angesprochene Wählerkoalition. Darüber hinaus spannt das Buch einen ideengeschichtlichen Bogen zurück zur sogenannten ›Konservativen Revolution‹, die der Neuen Rechten als eine Art Steinbruch von Ideen und Argumenten dient, die je nach Lage und Intention aktualisiert und angepasst werden.



Kein Phänomen von Saufnazis, sondern der reichen Oberschicht

ERGEBNISSE EINER STRUKTURANALYSE DER TAZ ZU DEM RASSISTISCHEN PARTYVIDEO AUF SYLT

Von Selin Köroglu

Als Ende Mai 2024 ein Video in den sozialen Medien veröffentlicht wurde, in dem junge Erwachsene auf einer Party auf Sylt ausländerfeindliche Parolen sangen, hat dies in den Medien für viel Aufsehen gesorgt. Dazu wurde eine Strukturanalyse aller Artikel in der TAZ im Zeitraum vom 27.05.2024 bis 12.06.2024 verfasst.¹

Die Fragestellung lautet, wie mit rassistischen Aussagen der oberen Gesellschaftsschicht umgegangen wird. In diesem Artikel werden die zentralen Ergebnisse zusammengefasst.

AUTOR*INNEN:

Bei den insgesamt 18 Artikeln lässt sich feststellen, dass drei von Menschen mit Migrationshintergrund verfasst wurden, die alle Frauen sind und in ihren Texten besonders die Wichtigkeit betonen, sich gegen Rassismus einzusetzen und ihn nicht zu ignorieren.

THEMEN:

Am häufigsten wird in der TAZ über weitere Fälle von Rechtsextremismus geschrieben, die zeigen, dass das Singen solcher Parolen auch schon vor der Veröffentlichung des Videos von Sylt stattfand.

Das Verhalten der anderen anwesenden Menschen, die das Rufen dieser Parolen mitgehört haben, wie beispielsweise andere Partygäste, das Clubpersonal oder der Clubbesitzer, wird nur selten in den Artikeln thematisiert, wobei hier von der TAZ kritisiert wird, dass das Handeln, von den im Video zu sehenden Menschen, Konsequenzen haben müsse, wie beispielsweise die Identifizierung der Partygäste, Kündigung oder aber auch eine Anzeige.

WELCHE AKTEURE ZU WORT KOMMEN:

In den Artikeln werden neben der Erwähnung der anwesenden Partygäste und des Clubpersonals diverse Einzelakteure genannt, die sich zu dem Vorfall äußern oder aber auch extrem rechte Täter in anderen als Beispiele angeführten Fällen sind.

Auffällig ist hierbei, dass Menschen mit Migrationshintergrund kaum zu Wort kommen, obwohl sie mit diesem Video angesprochen werden.

Darüber hinaus handelt es sich bei den zahlreich genannten Einzelakteur*innen kaum um Expert*innen, sondern meist um Menschen, die sich aktiv gegen Rechtsextremismus einsetzen wollen.

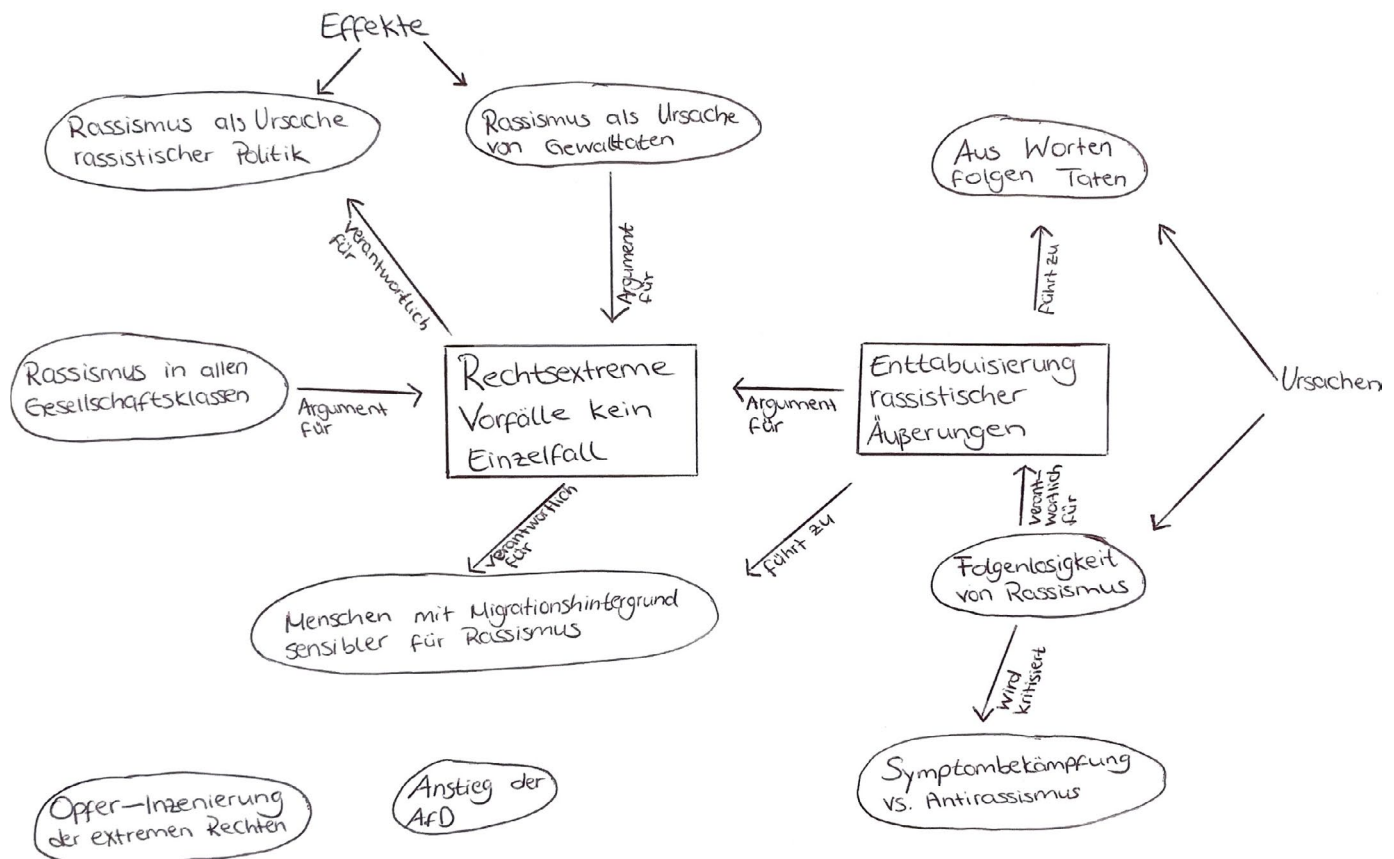
AUSSAGEN:

Die Abbildung zeigt die herausgearbeiteten Aussagen und stellt deren Zusammenhänge dar.

Besonders auffällig ist dabei, dass die Aussagen *Rechtsextreme Vorfälle sind kein Einzelfall* und die *Enttabuisierung rassistischer Äußerungen* als Kernaussagen auftreten. So gut wie alle Aussagen lassen sich auf eine dieser zwei Aussagen zurückführen. Die beiden Kernaussagen stehen aber auch untereinander in Verbindung: Dadurch, dass sich Menschen immer wohler damit fühlen, ihre rassistischen Gedanken laut auszurufen (*Enttabuisierung*), treten rechtsextreme Vorfälle häufiger auf (*keine Einzelfälle*).

Dass rechtsextreme Vorfälle keine Einzelfälle sind, sondern gehäuft vorkommen, führt nach der TAZ wiederum dazu,

¹ Die vollständige Strukturanalyse kann per Mail bei info@diss-duisburg.de angefragt werden.



dass Menschen mit Migrationshintergrund sensibler für Rassismus sind als solche ohne.

Für die im Video angesprochenen Menschen, also diejenigen mit Migrationshintergrund, sind solche rassistischen Ausschreitungen nichts Neues. Im Gegenteil, denn in der TAZ wird damit argumentiert, dass solche rassistischen Aussagen nicht überraschend sein sollten, da es für unwahrscheinlich gehalten wird, dass man vom „rassistischem Klima“ in diesem Land unwissend ist (Ayivi, TAZ, 31.05.2024).

Migrant*innen werden in den Artikel der TAZ als „Opfer“ dargestellt, die geschützt werden müssen. Dabei wird besonders hervorgehoben, bei Rassismus zu handeln und sich dazu zu äußern.

In den Artikeln wird besonders betont, dass *Rassismus in allen Gesellschaftsschichten* vorhanden ist. Häufig besteht die Annahme, dass dies ein Phänomen der unteren Gesellschaftsschicht ist. Der Vorfall auf Sylt zeigt allerdings das Gegenteil, da es sich hierbei nicht um ein „Phänomen allein von Saufnazis oder Dorfprolls“ handelt, sondern die im Video gezeigten Menschen „zum Klischee einer reichen Oberschicht passen“ (Baack & Fromm, TAZ, 27.05.2024). Diese Aussage lässt sich als ein Argument dafür sehen, dass *extrem rechte Vorfälle kein Einzelfall* sind.

Die Aussagen *Folgenlosigkeit von Rassismus* und *Aus Worten folgen Taten* bilden die Ursachen für die Kernaussage *Entta-*

buisierung rassistischer Äußerungen. Von den Autor*innen der Artikel wird des Öfteren kritisiert, dass die Äußerung von rassistischen Parolen kaum Folgen nach sich zieht und dies dazu führt, dass Menschen öfter ihr rassistisches Gedankengut deutlich machen. Die Folgen, die dadurch resultieren können, sind, dass es nicht nur bei den Worten bleibt, sondern auch Taten folgen.

In den Artikeln werden des Weiteren Maßnahmen kritisiert, wie beispielsweise das Verbot des Liedes auf dem Oktoberfest. Dies würde laut TAZ die Menschen nicht davon abhalten, rassistische Äußerungen von sich zu geben, da das Problem nicht das Lied sei, sondern das Gedankengut von rassistischen Menschen. Stattdessen könnten sie zu einem anderen Lied Parolen dieser Art singen. Als Vorschlag werden in der TAZ Überlegungen angestellt, wie man gegen solches Verhalten vorgehen oder es gar verhindern kann. Gedacht wird an eher oberflächliche Mittel der Symptombekämpfung, wie das Einstellen von mehr Sicherheitspersonal oder aber auch das Erteilen von Hausverbot. An anderer Stelle wird in der TAZ aber auch ausdrücklich kritisiert, dass Symptombekämpfung kein richtiger Antirassismus sei.

Selin Köroglu studiert an der Universität Duisburg-Essen und war Praktikantin im DISS.



Kapitalistische Weltmacht China

WIRTSCHAFTLICHER KONKURRENT UND GEOSTRATEGISCHER RIVALE

Von Wolfgang Kastrup

Mit der Modernisierungspolitik von Deng Xiaoping 1978 sind in China nicht nur marktwirtschaftliche Reformen in Kraft getreten, sondern es ist ein neues kapitalistisches System entstanden, um dem Ziel näherzukommen, wieder Großmacht, wenn nicht gar Weltmacht zu werden. Für Renate Dillmann ist die Wende zur kapitalistischen Entwicklung in China genau datierbar. Entscheidend sei hier der Beschluss der Kommunistischen Partei unter Deng Xiaoping von 1978 gewesen „ihre bisherige sozialistische Planwirtschaft zu ‚reformieren‘ bzw. ‚transformieren‘, weil sie sich von der Einführung ‚kapitalistischer Methoden‘ eine schnellere Entwicklung des Landes und den Wiederaufstieg der chinesischen Nation erhoffte“. (Renate Dillmann: Kapitalistisch auf Chinesisch, in: *analyse & kritik* v. 21. März 2023) Auch für Uwe Hoering gelang es der Volksrepublik seit dem Ende der 1970er Jahren mit ihren besonderen Merkmalen wie dem Primat der Politik, hier Staat und Kommunistische Partei, „eine Agrar- und Industrieentwicklung anzuschieben, von der die meisten anderen Länder des Globalen Südens nur träumen konnten“. Deren Elemente waren, so Hoering, eine „staatlich regulierte Marktwirtschaft, Infrastrukturentwicklung, Subventionierung und protektionistische Steuerung von Handel und privatwirtschaftliche[n] Investitionen“. (Hoering 2023, S. 95) Der 1978 eingeleitete Reform- bzw. Systemwechsel entwickelte ein rasantes Tempo und war notwendigerweise mit einer Öffnungspolitik verbunden, denn China wollte auch international Geld verdienen, d.h., es musste auch international seine Interessen in zunehmender Weise durchsetzen, hier u.a. die *Belt and Road Initiative* (BRI), auch als Neue Seidenstraße bekannt, und eine führende Rolle bei den BRICS-Staaten. Ein gigantischer stetig wachsender Markt zeichnete sich ab, sodass von einem „Turbokapitalismus“ die Rede war, „der allerdings – trotz der fortschreitenden Öffnung für ausländische Unternehmen – weitgehend unter staatlicher Kontrolle blieb“. (Kempe 2023, S. 105) Hauptgegner – politisch, ökonomisch und militärstrategisch – ist im Wesentlichen die USA, die seit dem Ende des *Kalten Kriegs* bisher alleinige Welt- und Hegemoniemacht war, und das, obwohl beide Länder ökonomisch stark miteinander verbunden sind. Die gewaltsame Interessensabsicherung der USA, die ihr den berechtigten Vorwurf Chinas einbrachte, imperialistisch

zu handeln, dieser Vorwurf ist heute gegen China ebenso berechtigt zu erheben.

„DIE ZUKUNFT MIT CHINA DENKEN“

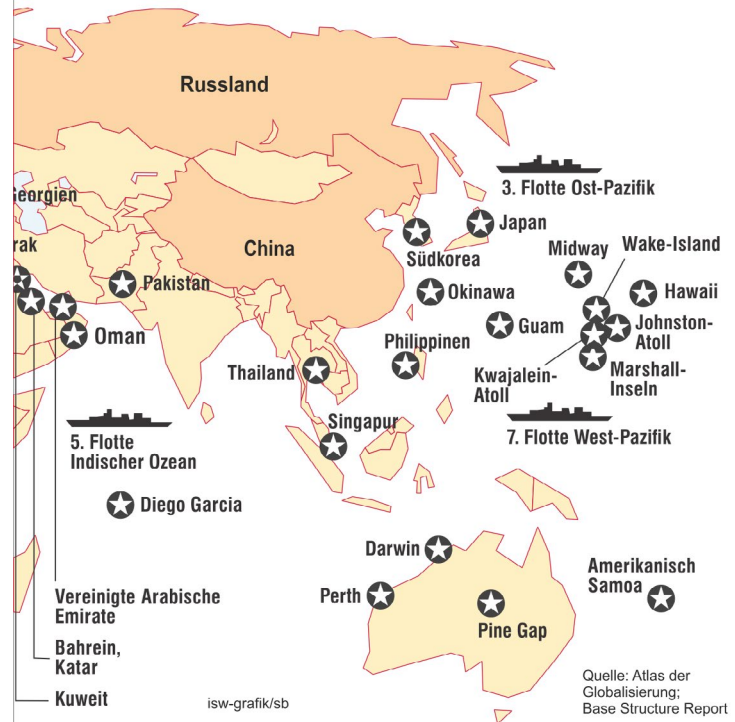
Es ist Felix Wemheuer und Daniel Fuchs zuzustimmen, wenn sie die Bedeutung Chinas folgendermaßen herausstellen: „Wir können die Zukunft unserer Gesellschaften und des Planeten nicht mehr ohne China denken. Nach ‚hundert Jahren nationaler Schande‘ durch koloniale Demütigungen (1840-1945), Phasen der Selbstisolation und desaströsen Rückschlägen bei eigenen Modernisierungsbestrebungen ist das ‚Reich der Mitte‘ heute wieder in einer zentralen globalen Position.“ (Wemheuer / Fuchs 2023, S. 9) Waren, Technologie und Kapital aus China sind mittlerweile in allen Teilen des Globus präsent, sodass sich auch in der westlichen Welt das Bild Chinas auch in politischer Hinsicht stark verändert hat. Weltweit als größte Exportnation und zweitgrößte Volkswirtschaft muss China einbezogen werden, um hegemoniale Kriege zu beenden bzw. zu vermeiden, um der Klimakatastrophe entgegenzuwirken, um die Aufrüstung und die weltweite Armut zu reduzieren. „Ohne ein Verstehen, Mitdenken und einen gewissen Grad an Kooperation ist nichts davon denkbar.“ (Daniel Fuchs im Interview mit *analyse & kritik* v. 12.12.2023) Dem steht allerdings das Narrativ „China ist für die westliche Welt eine Bedrohung“ entgegen mit der zunehmenden Rivalität der USA und ihren Verbündeten der EU, Australien, Japan und Südkorea gegenüber der Volksrepublik China. So kann die obige Aussage „Die Zukunft mit China denken“ erweitert werden als Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale, so wie es die deutsche Bundesregierung in ihrer nationalen Sicherheitsstrategie zum Ausdruck bringt: „China ist Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale. Dabei sehen wir, dass die Elemente der Rivalität und des Wettbewerbs in den vergangenen Jahren zugenommen haben. China versucht auf verschiedenen Wegen, die regelbasierte internationale Ordnung umzugestalten, beansprucht immer offensiver eine regionale Vormachtstellung und handelt dabei immer wieder im Widerspruch zu unseren Interessen und Werten.“ (Auswärtiges Amt 2023, S. 23) Ob China allerdings ein systemischer Rivale ist, darf je-

doch in Frage gestellt werden, denn dort besteht, trotz der Einparteiherrschaft durch die allgegenwärtige kommunistische Partei, ein kapitalistisches System, verbunden mit einer gezielten staatlichen Förderung und Lenkung, ein Staatskapitalismus. Entscheidend ist aber, dass hier eine Rivalität um die „regelbasierte internationale Ordnung“ entstanden ist, deren Inhalte bisher von den USA und den anderen westlichen Staaten bestimmt wurden. Die Bundesregierung betont aber auch zu China eine Partnerschaft, um globale Krisen zu lösen: „China bleibt zugleich ein Partner, ohne den sich viele globale Herausforderungen und Krisen nicht lösen lassen.“ (Ebd.) Beispiele für diese Trias sind die wirtschaftlichen Erfolge des chinesischen Staatskapitalismus und damit verbunden die ernsthafte Konkurrenz der chinesischen Unternehmen für US- und europäische Konzerne, die Milliarden Investitionen deutscher und amerikanischer Großkonzerne in China, der Krieg in der Ukraine und die militärstrategische Rivalität im Indopazifik, verbunden mit einer immensen Aufrüstung auf allen Seiten. Hinzu kommt der grundsätzliche Konflikt um Taiwan, obwohl die UNO völkerrechtlich in der Resolution 2758 vom 25.10.1971 festgelegt hat, dass die Volksrepublik China der einzige rechtmäßige Vertreter Chinas ist, dass es also nur ein China gibt, zu dem auch Taiwan gehört (Ein-China-Prinzip). Trotzdem haben die USA Taiwan seit vielen Jahren, schon unter Präsident Obama, fortgeführt durch die Präsidenten Trump und Biden, als Bollwerk gegen die Volksrepublik militärisch aufgerüstet.

CHINA EINKREISEN – GEOSTRATEGISCHER MACHTKAMPF IM PAZIFIK

Die USA haben seit einigen Jahren begonnen, Bündnisse im asiatisch-pazifischen Region zu festigen bzw. neu zu gründen, die Japan, Südkorea, Taiwan, Australien, Neuseeland und die Philippinen umfassen, die sich gegen China als neuer Weltmacht, als neuer Hegemon, richten. Zu den Neugründungen zählt der am 12. September 2021 gebildete Militärpakt AUKUS (Australia, United Kingdom, United States), der vor allem das Ziel hat, Chinas Aktivitäten im Südchinesischen Meer, das von der Volksrepublik beansprucht wird, entgegenzuwirken. Es hat große militärische Bedeutung, wer dort die Kontrolle hat, da es nicht nur um wichtige Inselgruppen geht, die von China, von Taiwan, von Vietnam, von den Philippinen, aber auch z.T. von Malaysia und Brunei beansprucht werden (vgl. Kronauer 2022, S. 141ff.), sondern auch um die weltweit wichtigste Schifffahrts- bzw. Handelsroute. Die USA werden für ihre 55.000 Soldaten, die in Japan stationiert sind, ein eigenes operatives Hauptquartier bilden, um sich mit dem japanischen Hauptquartier besser militärisch abstimmen zu können. Zudem sollen in Zukunft auf den südwestlichen Inseln von Japan die Streitkräfte beider Länder stärkere Aktivitäten durchführen. Dies bezieht sich auf die Inseln Ishigaki und Yonaguni, die fast bis Taiwan reichen, und die südlich von Taiwan gelegenen Inseln, die zu den Philippinen gehören, wo sich ebenfalls US-Streitkräfte befinden. Ziel ist es, China systematisch einzukreisen. (Vgl. *junge Welt* v. 30.07.2024) Hintergrund ist natürlich auch, dass in diesem transpazifischen Machtkampf Chinas Einfluss auf die pazifische Inselwelt zunimmt, sodass bis auf Tuvalu und die beiden Ex-US-Kolonien Palau und die

Wichtige US-Militärstützpunkte und Länder mit US-Army-Präsenz im Indo-Pazifik



Marshallinseln alle Pazifikstaaten ihre Beziehungen zu Taiwan abgebrochen haben und stattdessen mit der Volksrepublik kooperieren. In diesem geostrategischen Machtkampf wollen die USA, Australien und Neuseeland seit einigen Jahren den Einflussbereich Chinas zurückdrängen. (Vgl. *junge Welt* v. 24.07.2024) Die Aufrüstung der USA in dieser Region, weit entfernt vom eigenen Territorium, ist dafür das Mittel, notfalls gegen China einen Krieg zu führen.

Der Begriff „Indopazifik“ als Großregion wurde von dem japanischen Premierminister Shinzo Abe erstmals 2007 in einer Rede vor dem indischen Parlament verwendet. Seitdem haben die USA, Australien, Indonesien und auch Frankreich (für seine Überseegebiete in dieser Region) diesen Begriff in ihre nationalen Verteidigungspläne aufgenommen. Diese Großregion hat zunehmend an Bedeutung gewonnen, da zahlreiche Staaten ihren geopolitischen Einfluss ausweiten wollen. „Das zeigen etwa die Aktivitäten Washingtons allein im Jahr 2023: Die US-Regierung kündigte die Einrichtung eines Sicherheitsdialogs mit Tokio und Seoul an, eine Verstärkung der US-Militärstützpunkte auf den Philippinen und die Unterzeichnung eines Sicherheitsabkommens mit Papua-Neuguinea – in Reaktion auf ein Abkommen zwischen China und den Salomonen im Jahr zuvor. Außerdem eröffneten die USA eine neue Botschaft in Tonga, reaktivierten ihren Posten auf den Salomonen und stellten diplomatische Vertretungen für Kiribati und Vanuatu in Aussicht.“ (Géraldine Giraudeau: Südpazifik unter Einfluss, in: *Le Monde diplomatique*, August 2024) Es ist davon auszugehen, dass die indopazifischen Inselstaaten, in ihrer Existenz vor allem durch die Klimakrise bedroht, kein Interesse haben, in eine mögliche kriegerische Auseinandersetzung zwischen China und dem Westen hineingezogen zu werden.



Trotz der Spannungen, der ökonomischen Konkurrenz, der deutlichen Aufrüstung und der Zunahme von Militärmanövern auf beiden Seiten, haben Joe Biden und Xi Jinping in einer vorsichtigen Annäherung im November 2023 bei einem Treffen in San Francisco beschlossen, besser und häufiger miteinander zu reden, um die wiedergewonnene fragile Stabilität nicht zu gefährden. So ist auch der Empfang des nationalen Sicherheitsberaters Jake Sullivan der USA durch Präsident Xi in Peking Ende August 2024 zu bewerten. Dabei betonte Xi in einer offiziellen Verlautbarung, dass es die wichtigste Aufgabe sei, „die Entwicklung einer richtigen strategischen Wahrnehmung“. Dazu gehöre für ihn, dass die USA China nicht als Herausforderung betrachteten. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 30.08.2024) Doch trotz des Offenhaltens dieser wichtigen Kommunikationswege hat sich für die USA Entscheidendes nicht verändert, da sie China als Bedrohung der eigenen Vormachtstellung im Indopazifik sehen und als sehr ernst zunehmende Konkurrenz der eigenen Industrie und des weltweiten Handels.

In der NATO-Gipfelerklärung im 75. Jahr ihres Bestehens im Juli 2024 in Washington ist nicht nur die gemeinsame Front gegen Russland das Thema, sondern auch die deutliche Kritik gegenüber China als Unterstützer, als „Ermöglicher“ und „entscheidende[r] Beihelfer“ im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Russland und China werden in der Erklärung beschuldigt, die regelbasierte internationale Ordnung nicht nur in Frage zu stellen, sondern zu untergraben. Negative Auswirkungen für China seien die Konsequenz.¹ Dass die bisherige sog. regelbasierte internationale Ordnung im Besonderen von den USA gestaltet wurde und auf dessen Interessen aufbaute, wird als selbstverständlich gesehen, da sie eine Führungsrolle in der Gestaltung einer sog. Weltfriedensordnung beanspruchen. Die restlichen NATO-Staaten wie die EU-Staaten teilen diesen Anspruch, da sie davon ebenfalls bisher profitierten.

CHINAS INTERNATIONALER EINFLUSS WIRD GRÖßER, VOR ALLEM IN AFRIKA

Aus Sicht der US-Regierung wird eine multipolare Weltordnung dem eigenen Führungsanspruch nicht gerecht, während China eine solche Ordnung mit anderen BRICS-Staaten anstrebt. So soll die Multipolarität den Schwellenländern- und Entwicklungsländern mehr Einfluss geben und westliche Werte und Normen nicht mehr als allgemeingültig akzeptiert werden. Es soll also ein Gegengewicht zur Dominanz des Westens und zu deren Foren wie dem G7 gebildet werden. Der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar drückte die Kritik gegenüber der westlichen Hegemonie auf einer Konferenz der BRICS-Staaten in Kapstadt am 1. Juni 2023 folgendermaßen aus: „Der ‚Kern des Problems‘ liege in einer ‚wirtschaftlichen Konzentration, die ‚allzu viele Länder von der Gnade allzu weniger abhängig‘ mache. Zudem höre man seit zwei Jahrzehnten immer wieder von einer ‚Reform der multinationalen Institutionen, nur ‚um kontinuierlich enttäuscht zu werden‘: Nichts tue sich bei der Reform des UN-Sicherheitsrats, viel zu wenig bei Weltbank und IWF. Es sei daher notwendig, dass das Brics-Bündnis sich daran mache, ‚die globale Entschei-

dungsfindung zu reformieren“. Die „starke Botschaft“ sei, dass die „Welt multipolar“ sei, und das Brics-Bündnis für „ein Symbol des Wandels“ stehe. (Zit. nach Kronauer 2024 a, S. 155) Zu den BRICS-Staaten gehören Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika und seit dem 1. Januar 2024 weitere Mitglieder wie Saudi-Arabien, der Iran, die Vereinigten Arabischen Emirate, Argentinien, Ägypten und Äthiopien. In dieser Vereinigung leben 42 Prozent der Weltbevölkerung und sie kommen auf ein Viertel der gesamten Wirtschaftsleistung. Nun will auch das NATO-Mitglied Türkei in diese Gruppe aufgenommen werden. „Die Türkei würde der von China und Russland angeführten BRICS-Vereinigung nicht nur wegen ihrer geographischen Lage als Produktionsstandort und Exportdrehscheibe zusätzliches Gewicht geben. [...] Mit der Türkei auf Platz 17 der größten Volkswirtschaften und einem Bruttoinlandsprodukt von 1 Billion Dollar würde ihr Anteil weiter zulegen.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 05.09.2024) Ziel ist es ebenfalls, die Abhängigkeit vom US-Dollar als globale Leitwährung zu reduzieren, um andere Zahlungsmittel, wie z.B. die chinesische Währung Renminbi (RMB), zu nutzen. Bisher ist allerdings diesbezüglich noch kein nennenswerter Erfolg zu sehen, da der weltweite Kapitalismus noch immer auf dem US-Dollar als Weltleitwährung aufbaut und Staaten, Unternehmen und Investoren sich mit dem Dollar als Vermögenswert und Zahlungsmittel sicher fühlen. Dies verweist auf den Dollar als „ökonomisches Ordnungsmittel“. (Gegenstandspunkt 2022, S. 39) Mit dem US-Dollar verdienen und vermehren nicht nur die USA, sondern auch Staaten, Unternehmen und Investoren ihren Reichtum, da durch seine weltweiten realen Umtauschmöglichkeiten jede andere nationale Währung nur im Verhältnis zum Dollar die Möglichkeit zur Geldvermehrung hat. Fast alle Rohstoffe, Transportdienstleistungen und sehr viele Handelstransaktionen werden immer noch in Dollar gehandelt.

Auch wenn ein ernst zu nehmendes Gegengewicht zum US-Dollar bisher nicht erreicht wurde, muss man konstatieren, dass China einen wachsenden internationalen Einfluss hat, der sich auch darin u.a. zeigt, dass die politische Annäherung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, bisher verfeindete Staaten, durch die Vermittlung der Volksrepublik zustande kam. Es muss aber auch betont werden, dass die Staaten in diesem Bündnis durchaus auch eigene politische und geostrategische Wege gehen, wie dies am Beispiel Indien (Rüstungspolitik und militärische Manöver mit westlichen Staaten) oder auch an dem nicht immer konfliktfreien Verhältnis zwischen China und Indien (u.a. Grenzverlauf) zu sehen ist. Auch in einer multipolaren Welt werden Konflikte und geostrategische Spannungen nicht aufhören, was u.a. die Rivalität zwischen China und Indien anbetrifft oder auch die Spannungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien, trotz der positiven Signale beider Länder durch die Vermittlung durch China. Entscheidend ist und bleibt, auch in einer Multipolarität, die Eingebundenheit in das kapitalistische System mit nationaler wie internationaler Standortkonkurrenz, Kapitalakkumulation, Profitmaximierung und den Konsequenzen wie Arbeitslosigkeit, prekären Lebensverhältnissen und Armut für einen nicht geringen Teil der Bevölkerung, ohne die ein kapitalistisches System nun mal nicht zu haben ist. Aber trotzdem könn-

1 www.tagesschau.de/ausland/amerika/nato-gipfel-ukraine-beschluesse-100.html



te es für viele Länder des Globalen Südens ein Ausbrechen aus hegemonialen Strukturen sein, die von westlichen Ländern, allen voran die Vereinigten Staaten, über Jahrzehnte vor allem wirtschafts- und finanzpolitisch geschaffen wurden. Eine Neuorientierung für viele Länder des Globalen Südens, für unterschiedliche nationale wie internationale Vorhaben unterschiedliche Kooperationspartner aussuchen zu können, könnte eine multipolare Weltordnung bieten. Auch eine bipolare zwischen der westlichen Welt und der chinesisch dominierten wäre für diese Länder nicht wünschenswert. „Denn die der Blockbildung inhärente Wiedererrichtung einer binären Weltordnung birgt das höchste Potenzial für den Ausbruch eines Weltkrieges in sich.“ (Weigelin-Schwiedrzik 2023, S. 27)

Ein großer Erfolg für Präsident Xi war der diesjährige China-Afrika-Gipfel (FOCAD) in Peking, denn nahezu alle afrikanischen Regierungschefs waren präsent. „Peking umwirbt den Kontinent seit Jahrzehnten. Südafrika, Nigeria und Simbabwe genießen dabei besondere Aufmerksamkeit. Fortan gelten die Beziehungen zu diesen Ländern als ‚umfassende strategische Partnerschaft‘.“ (Michael Krätke in: *der Freitag* v. 12.09.2024) Mittlerweile ist China mit Abstand wichtigster Handelspartner der meisten afrikanischen Staaten. Wenn der chinesische Präsident auf dem Gipfel das „unermessliche Leid“ ansprach, das westliche Staaten mit ihren Modernisierungsstrategien gegenüber dem Globalen Süden verursacht hätten, dann konnte er wissen, dass solche Äußerungen bei afrikanischen Regierungen positiv aufgenommen werden. Während der Covid-Pandemie seien, so Krätke, die Finanzhilfen Chinas allerdings deutlich zurückgegangen; erst 2023 lagen sie wieder bei fünf Milliarden Dollar. „Zugleich kam es bei den großen Infrastrukturprojekten zu Zahlungsausfällen, weil hoch verschuldete Staaten ihre Kredite nicht mehr bedienen konnten. Einen Schuldenerlass für die wenig solventen Partner hat die chinesische Regierung indes bisher nicht in Aussicht gestellt. Dafür wurde nun beim Treffen in Peking ein neues Finanzpaket mit einem Volumen von umgerechnet 46 Milliarden Dollar vorgestellt. Davon werden 30 Milliarden als Kredite vergeben und elf als direkte Finanzhilfe, während zehn Milliarden als Investitionen chinesischer Firmen in diverse Länder Afrikas fließen.“ (Ebd.) Ein Strategiewandel sei außerdem zu erkennen: Weg von den riesigen Projekten wie Bahntrassen, Häfen und Kraftwerken, stattdessen sollen nun die Projekte kleiner und wirtschaftlich effizienter ausfallen. Afrikanische Länder sollen die auf Überkapazitäten zurückgehenden Warenüberschuss aufnehmen (hier z. B. Solar- und Windkraftanlagen), während der chinesische Präsident versprach, Chinas Märkte für Agrarimporte aus Afrika vorsichtig zu öffnen. (Ebd.) Der antichinesische Vorwurf westlicher Politik und Medien, China treibe die Länder des Globalen Südens, und hier vor allem afrikanische, in eine Schuldenfalle, ist sicherlich auch vor dem Hintergrund zu verstehen, dass der westliche Einfluss in Afrika politisch, wirtschaftlich und militärisch zurückgegangen ist. Außerdem widersprechen Kronauer zufolge Fakten diesem Vorwurf: „Im Dezember 2022 bilanzierte der Londoner Think-Tank Chatham House, die Schulden der afrikanischen Staaten hätten sich von 2000 bis 2020 auf gut 696 Milliarden US-Dollar mehr als verfünffacht. Von der Kreditsumme stammten ganze zwölf Prozent aus China; das Land habe zudem ‚die Schuldenprobleme in den meisten Fällen nicht verursacht.‘“ (Kronauer 2024 b, S. 34) Dass China seine politischen und wirtschaftlichen Einflusszonen weiter ausdehnen will und so zu einer imperialen Ordnungsmacht wird, kann allerdings m.E. nicht bestritten werden.

DAS CHINESISCHE ENTWICKLUNGSMODELL

Das chinesische Entwicklungsmodell mit dem Ziel, die westlichen Industrieländer einzuholen bzw. zu überholen, hat sich, Wemheuer zufolge, von der „sowjetischen Planwirtschaft zum heutigen Staatskapitalismus, der in den Weltmarkt integriert ist, grundlegend verändert“. Dabei habe sich allerdings eine „erstaunliche Kontinuität“ bei den Parteiführungen der KPCH von Mao bis Xi bezüglich der Pläne des Ein- und Überholens des Westens gezeigt. (Wemheuer 2023, S. 137) Ab Mitte der 1980er Jahre galt für die chinesische Parteiführung die USA als die führende ökonomische Weltmacht; sie wurde zum Maßstab für das erhoffte Einholen. Die nationale Entscheidung Ende der 1970er Jahre, in China ein kapitalistisches System einzuführen, war die Voraussetzung dafür, eine Weltmacht zu werden. Dafür wurden auch harte Konsequenzen für die Bevölkerung in Kauf genommen wie Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Entwurzelung der Landbevölkerung und die Entstehung einer Klassengesellschaft. Chinesen*innen waren jetzt als private Eigentümer der Konkurrenz ausgesetzt, mussten und müssen auch heute noch um ihren Lebensunter-

Hier möglich Literatur Plakate Wissenschaft

Bücher, Musik, Postkarten,
Filme, Überraschungen.

Greifen Sie hinein!

Wir besorgen jedes
lieferbare Buch, wir
liefern jedes Buch an
jeden Ort.

Buchhandlung Weltbühne, eine gute Angewohnheit

Buchladen,
Antiquariat,
Versandbuchhandlung,
antiquarischer
Suchdienst.

Buchhandlung Weltbühne

47057 Duisburg
Gneisenaustraße 226
Tel. 0203-375121

bestellungen@
buchhandlung-
weltbuehne.de

www.buchhandlung-weltbuehne.de

geht doch!



**Wer Bücher
woanders kauft ist
nicht gescheit.**



halt kämpfen. Die andere Seite des Kapitalismus, die Entwicklung von Reichtum einer kleinen Gruppe von Millionären und sogar Milliardären wurde akzeptiert. „Auch massive Umweltzerstörungen wie Verseuchung von Gewässern, Versandung von Böden oder schlimme Luftverschmutzung in den Städten sah die politische Führung lange nur als ‚Kollateralschaden‘ der Modernisierung.“ (Ebd., S. 138) Private wie staatseigene Unternehmen unterliegen dem Maßstab der Rentabilität; sie sind folglich der nationalen wie internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Hinzu kommen politische wie ökonomische Repressionen nach innen. All dies sind notwendige, wenngleich ungeliebte Konsequenzen einer kapitalistischen Wirtschaftsweise in China.

China ist aufgrund seiner schnellen Industrialisierung in den letzten Jahrzehnten zum weltgrößten Emittenten von klimaschädlichen Gasen geworden; die Verwendung von fossilen Energieträgern wächst sogar noch weiter. Auf der anderen Seite ist China allerdings auch weltweit führend bei der Produktion und der Anwendung von erneuerbaren Energien und Technologien für die Dekarbonisierung der Ökonomie. Das Land entwickelt allerdings seit einigen Jahren eine ökonomisch-ökologische Transformation. Die Volksrepublik genehmigt mittlerweile viel weniger Kohlekraftwerke und baut die erneuerbaren Energien im Rekordtempo aus. Ein CO₂-Wendepunkt scheint erreicht. „Langfristig setzt die Volksrepublik in ihrer Energieversorgung [...] auf einen Mix, in dem Sonne, Wind und Atomkraft eine große Rolle spielen. Bis Mitte des Jahrhunderts soll sich der Anteil der Nuklearenergie auf rund 15 Prozent verdreifachen. Aktuell genehmigt die Volksrepublik jedes Jahr knapp ein Dutzend neue Atomkraftwerke mit einer Kapazität von 12 bis 13 Gigawatt.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 24.08.2024) China forciert die Energiewende als wichtigsten Hebel gegen den Klimawandel.

Daniel Fuchs zufolge hat seit Mitte der 2010er Jahre eine „neue Phase der Arbeitskämpfe begonnen“, die sich von den Küstenregionen ins Landesinnere verschoben haben. Hintergrund sei, dass viele Wanderarbeiter*innen nicht mehr bereit gewesen seien, weit entfernt von ihren Herkunftsgebieten zu arbeiten. „Ermöglicht wurde dies durch die Verlagerung von Produktionsstandorten ins Landesinnere, begleitet von massiven staatlichen Investitionen.“ (Daniel Fuchs im Interview mit *analyse & kritik* v. 12.12.2023) Die Arbeitskämpfe, vor allem wegen Lohnrückständen, richteten sich weniger gegen die Partei- und Staatsführung, sondern gegen lokale Missstände, die von der zentralen Staatsführung, so die Forderung, behoben werden sollten. „In der Vergangenheit waren es vor allem NGOs, in denen sich Arbeiter*innen verständigen und Erfahrungen geteilt werden konnten, doch auch diese Orte des Austauschs und der Beratung sind seit Mitte der 2010er Jahre massiv von Repression betroffen. Seit der Machtübernahme von Xi Jinping agiert die Partei- und Staatsführung deutlich restriktiver gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen, so dass ein großer Teil der früheren Organisationen nicht mehr existiert; es gab auch viele Verhaftungswellen.“ (Ebd.) Zu der autoritären Herrschaft gehört auch die Zentralisierung der Macht auf den chinesischen Präsidenten Xi, die Aufhebung der Beschränkung seiner Amtszeit, die umfassende digitale Überwachung der chinesischen Bevölkerung und die deutlichen Einschränkungen von Wissenschaftlern*innen,

Medien- und Kulturschaffenden. Neben diesen Negativercheinungen der chinesischen Entwicklung, verbunden mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit (offizielle Zahlen sprechen von rund einem Sechstel, inoffiziell wird mit mehr gerechnet; vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 14.09.2024) und einer Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen, gehört es zu den Zielen des Staates, innerchinesisch für die breite Masse ein höheres Wohlstandsniveau zu erreichen, verbunden mit dem Anspruch, eine technologische und militärische Großmacht zu werden, wozu auch die enorme Aufrüstung zu zählen ist. Umstritten scheint in der Bevölkerung zu sein, dass nach Jahrzehnten das Rentenalter zum 1. Januar 2025 angehoben wird. „Peking reagiert mit dem ungeliebten Schritt auf die schnelle Alterung der Bevölkerung. Bisher konnten die Chinesen so früh in Rente gehen wie fast nirgendwo auf der Welt: Frauen je nach Beruf mit 50 oder 55, Männer mit 60 Jahren. Nun wird die Schwelle bis Ende des Jahres 2039 schrittweise angehoben. Für Frauen liegt sie dann bei 55 oder 58 Jahren, für Männer bei 63.“ (Ebd.) Die Lebenserwartung ist von 45 Jahren in den 1960er Jahren auf knapp 78 Jahre heute gewachsen. „Das ist zwei Jahre weniger als in Deutschland und ein Jahr mehr als in den Vereinigten Staaten. An Chinas Ostküste ist die Lebenserwartung höher als in Deutschland und auf dem Niveau der reichsten Länder der Welt.“ (Ebd.) Mit der Erhöhung der Lebenserwartung ist allerdings auch die Zahl der Menschen im werktätigen Alter seit 2016 um fünf Prozentpunkte auf 61 Prozent gesunken. Die Ein-Kind-Politik vom Ende der 1970er Jahren ist vor allem die Ursache der Alterung; die Maßnahme dieser Politik wurde 2016 beendet. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters musste auch deshalb beschlossen werden, da „China eine der am schnellsten alternden Bevölkerungen der Welt hat.“ (Ebd.)

Die aktuelle Ankündigung und Umsetzung einer Reihe von Impulsen zur Konjunktursteuerung durch die chinesische Staatsführung lässt deutlich werden, dass sie sich der Wirtschaftskrise im eigenen Land bewusst ist. „Notwendige fiskalische Ausgaben“ sollen helfen, das Wachstumsziel von fünf Prozent zu erreichen und die Deflation zu bekämpfen. Die „treibende Rolle staatlicher Investitionen“ sollen durch die Emittierung spezieller Staatsanleihen besser umgesetzt werden. (Zit. nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 27.09.2024) Zudem sollen durch die strenge Einschränkung neuer Wohnprojekte, um das Überangebot an Wohnraum zu verringern, der Immobilienmarkt stabilisiert werden. Das Finanzministerium zahlt kurzfristig außerdem an Menschen in extremer Armut einmalige Bargeldzahlungen. Zu den Maßnahmen zählen auch die Finanzentscheidungen der chinesischen Zentralbank, den Leitzins um 0,2 Prozentpunkte zu senken und ebenfalls eine Reduzierung der „Zinssätze für laufende Immobilien-Hypotheken im Schnitt um einen halben Prozentpunkt, was die Zinsausgaben der chinesischen Haushalte mit Immobilienkrediten um umgerechnet 20 Milliarden Euro pro Jahr verringere.“ (Ebd.) Die Börsen in China reagierten mit Kurssprüngen und das Land feierte die „beste Aktienwoche“ seit zehn Jahren. Sehr positive Auswirkungen dieser Konjunkturstimulierung zeigten sich u.a. am Frankfurter Aktienmarkt und auch die Aktien von Unternehmen, die in dem Land wichtige Geschäfte tätigen, so z.B. die BASF, gehörten zu den Gewinnern. (Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 28.09.2024) Dass China eng mit dem globalen Finanzsystem



vernetzt ist, erweist sich auch in der Tatsache, dass US-Sanktionsdrohungen gegenüber chinesischen Banken, die mit Russland Geschäfte machen, Wirkung zeigen, da sich etliche dieser Finanzinstitute aus solchen Geschäften zurückziehen; sehr zum Ärger der russischen Staatsführung. (Ebd.)

CHINAS ÜBERKAPAZITÄTEN UND DER SUBVENTIONS-WETTLAUF ZWISCHEN CHINA, DEN USA UND DER EU

China war über mehrere Jahrzehnte für internationale Unternehmen, vor allem für deutsche, ein lohnendes Objekt für billige Arbeitskräfte und ein wichtiges Investitionsziel hinsichtlich des riesigen Binnenmarktes. Der deutsche Anlagen- und Maschinenbau und vor allem die deutsche Automobilindustrie profitierte mit hohen Wachstumszahlen. Der immense Investitionsboom früherer Zeiten stößt allerdings seit einiger Zeit an Grenzen. Überkapazitäten, z.B. bei Elektroautos, Solarpaneelen und Windrädern, sind entstanden, mit denen die internationalen Märkte bedient werden sollen, die sich jedoch mit Zöllen und ihrerseits Subventionen wehren. „Das Akkumulationsregime in China dürfte sich [...] von einer eher extensiven Akkumulation [hiermit sind Erweiterungsinvestitionen gemeint, W.K.] hin zu einer eher intensiven Akkumulation [hiermit sind Rationalisierungsinvestitionen gemeint, W.K.] verschieben. Dieser Übergang erweist sich jedoch als krisenhaft. Die schleichende Immobilienkrise und die hohe Verschuldung vieler Akteure weisen auf die Überakkumulation von Kapital hin. Aktuell befindet sich China in einer Situation der Deflation.“ (Sablowski 2023, S. 16) Der Rückgang der Wachstumszahlen und die starke chinesische Konkurrenz auf dem dortigen Automobilmarkt erweisen sich im Besonderen für die deutschen Hersteller von VW (fast 40

Prozent des Umsatzes in China), BMW und Mercedes (jeweils ca. 30 Prozent) zum gravierenden Problem. Allerdings dürfen Exporte nicht zu Überkapazitäten, wie es gelegentlich scheint, aufgebauscht werden. „Deutschland beispielsweise exportierte im vergangenen Jahr Güter im Wert von knapp 1,6 Billionen Euro in die Welt, immerhin fast 40 Prozent des gesamten deutschen Inlandsproduktes. Eine Menge „Überkapazitäten“ für die Importländer! Dabei sind sie Ausdruck unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit [...].“ (Horst Löchel: Das Gespenst der chinesischen „Überkapazitäten“, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 28.05.2024) Wie das Zitat zeigt, plädiert der Autor zur Vorsicht mit dem Vorwurf der Überkapazitäten. China erzielt im Handel mit der EU einen deutlichen Handelsüberschuss, mit Deutschland einen Überschuss von knapp 60 Milliarden Euro. Deutschland wiederum hat einen Exportüberschuss im Handel mit den USA von mehr als 64 Milliarden Euro. Löchel verleitet das zu der rhetorischen Fragestellung: „Sind chinesische Exportüberschüsse mit Deutschland und deutsche gegenüber den USA verwerflich?“ (Ebd.) Aufgrund seiner marktwirtschaftlichen Position verneint er natürlich diese Frage. Die Abnehmer ausländischer Produkte, Unternehmen wie Konsumenten, seien ja nicht gezwungen zu kaufen; ökonomische Rationalität würde das Kaufverhalten steuern. Dass China seine Industrie subventioniere sei bekannt, sie sei „gewissermaßen die DNA des Staatskapitalismus“. Es würde allerdings gerne übersehen, dass auch die USA und die EU ihre Subventionen seit Jahren stark ausgeweitet hätten, so beispielsweise das amerikanische „Inflation Reduction Act“ und das europäische „Net Zero Industry Act“. Von den immensen Subventionen für den europäischen Agrarmarkt ganz zu schweigen. Neuansiedelungen von großen Unternehmen in Deutschland, der EU oder in den USA, speziell im Technologiebereich, erfolgen fast immer mit



Der Krieg in der Ukraine

Weltordnungskrieg und „Zeitenwende“



Wolfgang Kastrup & Helmut Kellershohn (Hg.)



Der Krieg in der Ukraine
Weltordnungskrieg und »Zeitenwende«
ISBN: 978-3-89771-780-0
Edition DISS 52

Helmut Kellershohn, Wolfgang Kastrup (Hg.)

Erscheinungsdatum November 2023
196 Seiten | 19,80 €

Der Krieg in der Ukraine evoziert binäre Deutungsstrategien, die in Schwarz/Weiß- bzw. Gut/Schlecht-Zuweisungen münden. Vor allem die »westlich« orientierten Länder betrachten ihr Wertesystem als angegriffen. Auch wenn sie offiziell nicht Kriegspartei sein wollen, de facto sind sie es: Sie haben den Krieg zu ihrer Sache gemacht. Die Ziele der ehemals betriebenen Entspannungs- und Friedenspolitik lösen sich in einer weitreichenden »Zeitenwende« auf. Doch kritische Analysen zu diesem Krieg und dem diesbezüglich herrschenden Diskurs sind bisher wenig präsent und vielfach unerwünscht.

Mit dieser Problematik setzt sich der jüngste Band des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) kritisch auseinander: Die Beiträge unterschiedlicher Provenienz analysieren den Einmarsch Russlands in die Ukraine vor dem Hintergrund hegemonialer Weltordnungspositionen und untersuchen, inwieweit er tatsächlich als weltpolitische Zäsur gesehen werden muss. Neben der Rolle und Verantwortlichkeit der drei Kriegsparteien wird nicht zuletzt vor dem Hintergrund des eskalierenden Konkurrenzkampfes zwischen den USA und China darüber hinaus untersucht, welche Rolle China im Ukraine-Krieg einnimmt und wie sie von westlicher Politik und westlichen Medien gedeutet wird.

Hilfe staatlicher Subventionen, oftmals auch mit sehr hohen Beträgen. Die europäische Wettbewerbsschwäche werde mit der Klage über chinesische „Überkapazitäten“ übertüncht. (Ebd.) Diese eindeutige marktwirtschaftliche Position des Autors, Professor für Volkswirtschaft an der Frankfurt School of Finance & Management und Ko-Vorsitzender des dort ansässigen Sino-German Center e.V., der sich gegen Protektionismus und Handelskrieg ausspricht und für Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft europäischer Unternehmen plädiert, also für marktwirtschaftliche Lösungen, unterstreicht m.E., dass das Argument der chinesischen Überkapazitäten auch eine ideologische Komponente hat, um China Unfairness im Wettbewerb, ökonomische Aggressivität und „Schummerei“ (US-Präsident Joe Biden) durch staatliche Subventionspolitik vorzuwerfen.

Um zu den USA und zu der EU aufzuschließen, will die Volksrepublik mit einem großen Investitionsfonds seine Halbleiterindustrie ankurbeln. Dafür werden 344 Milliarden RMB, umgerechnet knapp 44 Milliarden Euro, der Chipindustrie zur Verfügung gestellt. „Mit dem Fonds will sich China auch gegen Versuche der USA wehren, die Volksrepublik von neuesten Computerchips abzuschneiden. Gerade für die Entwicklung von modernen Systemen in der Künstlichen Intelligenz fehlt chinesischen Unternehmen aktuell die nötige Rechenleistung.“ Chinas ehrgeiziges Ziel ist es, bis 2025 bei der Chipherstellung zu 70 Prozent autark zu werden. Sie setzt dabei vor allem auf die Tech-Hoffnungsträger Huawei und SMIC. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 24.05.2024) Mit diesen staatlichen Subventionen ist China keineswegs allein. Regierungen weltweit investieren große Summen in die Halbleiterindustrie. So die USA mit ihrem Programm „Chips and Science Act“ mit 36 Milliarden Dollar als Zuschüsse und 75 Milliarden als Darlehen und Garantien. Die EU fördert mit ähnlich hohen Summen, so das „Chips Act“ mit 43 Milliarden Euro. Hinzu kommen noch nationale Subventionen, die durch die EU genehmigt wurden. (Ebd.)

HANDELSKRIEG DER USA GEGEN CHINA?

Die protektionistischen Maßnahmen der USA erstrecken sich u.a. auf einen Einfuhrzoll gegen chinesische Elektroautos von 100 Prozent, bei Solarzellen und Halbleitern sind es 50 Prozent, für Kräne, Batterien, Stahl und eine Reihe medizinischer Produkte (u.a. Spritzen und Nadeln) 25 Prozent. (Vgl. Berger 2024, S. 30) Solche Maßnahmen haben durchaus Tradition bei amerikanischen Regierungen, da unter den Präsidenten Barack Obama und Donald Trump eine vergleichbare protektionistische Sanktionspolitik stattfand. „Im September 2019 [...] waren praktisch sämtliche Importe aus der Volksrepublik mit Zöllen belegt. Die rechtliche Grundlage fand die Regierung in Washington im Handelsgesetz von 1974, nach dem das Streben nach Freihandel, zu dem sich die USA und auf ihren Druck hin auch die Welthandelsorganisation (WTO) einst verpflichtet hatten, bei Vorliegen nicht näher bestimmter ‚unfairer Handelspraktiken‘ einseitig durch die USA eingeschränkt werden konnte.“ (Ebd.) Wobei die Rolle der USA gegenüber dem Schiedsgericht der WTO eine besondere ist, da die US-Regierung sich bis heute weigert, der notwendigen Neubesetzung von Richterstellen ihre Zustimmung zu geben. Folglich ist das Schiedsgericht seit 2019 handlungsunfähig. Im Zusammenhang mit der „America first“-Doktrin war diese „Aushebelung der WTO“ gewollt. (Vgl. ebd., S. 31) Folglich kann China wegen angeblich unzulässiger Subventionen vor der WTO-Schiedsgericht gar nicht angeklagt werden. Doch allen protektionistischen Maßnahmen zum Trotz überstieg die Einfuhr von Gütern aus China in die USA mit einem Volumen von ca. 427 Milliarden US-Dollar die Ausfuhr von US-Waren nach China um das Dreifache (vgl. ebd., S. 32), weshalb der Begriff Krieg im Handel mit China zumindest nur auf einige Produkte zutreffen kann. Der Vorsprung chinesischer Unternehmen, insbesondere bei Zukunftstechnologien wie Batterien, Elektrofahrzeugen, Solarzellen und auch bei der Künstlichen Intelligenz, ist kaum noch zu leugnen.

Die Maßnahmen der US-Regierung, das industrielle Aufholen bei Halbleitern und anderen strategisch wichtigen Waren Chinas zu verhindern, trifft auch die europäische Exportwirtschaft, so den niederländischen Hightech-Konzern ASML, der als zentraler Akteur in der Halbleiterindustrie aktiv ist, weil er praktisch alle wesentlichen Anbieter mit seinen Geräten zur Chipherstellung beliefert. „Mit der modernsten Maschinen-generation auf Basis des sogenannten extremen UV-Lichts (EUV) hat das Unternehmen ein Technikmonopol. Seine neuesten Maschinen konnte ASML von vornherein nicht nach China liefern; die Regierung in Den Haag verweigerte auf Druck der Amerikaner die entsprechende Ausfuhrlizenz. [...] ASML muss Exportgenehmigungen in den USA beantragen. Grundlage sind dortige Exportkontrollvorschriften, mit denen sich amerikanische Behörden als global zuständig für bestimmte Erzeugnisse sehen.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 12.09.2024) Mit diesem extraterritorialen Anspruch der US-Regierung für ihre Sanktionen auch politisch Verbündete in Haftung zu nehmen und so auf ihre wirtschaftspolitische Linie zu bringen, offenbart sie ihren klaren *hegemonialen Führungsanspruch*. Die EU-Kommission und auch Deutschland haben sich bisher diesem Kurs der USA angeschlossen; sie haben es nicht geschafft, bzw. wollten es wohl auch nicht, eine eigenständige China-Strategie zu entwickeln. Das ist deshalb erstaunlich, da eine Eskalation von Wirtschaftssanktionen gegen China nicht im Interesse deutscher Unternehmen, hier im Wesentlichen der Automobil- und Maschinenbau, liegen kann, denn China ist einer der wichtigsten Handelspartner Deutschlands und auch ein wichtiger für die EU. Mit 6000 deutschen Unternehmen in China, 2000 chinesischen Unternehmen in Deutschland, 70 Dialogformaten und mehr als 100 Städtepartnerschaften (vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 21.06.2023) wird die intensive Kooperation beider Länder deutlich. Eine umfassende „Entkopplung“ ist nicht im beiderseitigen Interesse, da Lohnkosten erheblich steigen würden und Kapitalinteressen negativ betroffen wären. Mit dem Begriff „De-Risking“ soll keine Abkehr von der Globalisierung erfolgen, sondern eine Reduzierung von Abhängigkeit auf einige Warenbereiche. Allerdings ist zu sehen, dass außen-, sicherheitspolitische und militärstrategische Erwägungen nicht nur in Deutschland, sondern vor allem in den USA, den anderen NATO-Staaten und in der EU deutlich an Gewicht zunehmen.

FAZIT

Mit ihrem Konfrontationskurs will die USA China mit allen wirtschaftlichen und politischen Mitteln, bis hin zu der militärischen Einkreisung, zwingen, sich der regelbasierten Weltordnung ein- und unterzuordnen, die von ihr und auch ihren westlichen Partnern dominiert wird. Dem steht der Anspruch Chinas gegenüber, als global player in einer multipolaren Welt akzeptiert und respektiert zu werden. Der berechtigte Vorwurf Chinas gegenüber den USA und dem Westen, imperialistisch zu agieren, wird heute von der Volksrepublik als Ordnungsmacht selbst praktiziert. Dies zeigt u.a. ihr Seidenstraßenprojekt, ihren Machtzuwachs bei den BRICS-Staaten und auch ihre Afrika-Politik. Die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltmächten USA und China ist real, dennoch wird ein Krieg hoffentlich nicht

stattfinden; einen Gewinner wird es nach Lage der Dinge nicht geben können.

Wolfgang Kastrup ist Mitglied der Redaktion des DISS-Journals und im AK Kritische Gesellschaftstheorie

LITERATUR

- Auswärtiges Amt (Hg.) 2023: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, Berlin.
- Berger, Axel 2024: Das strauchelnde Imperium, in: Konkret, Heft 7, Hamburg, S. 30-32.
- Gegenstandspunkt 2022: Politische Vierteljahresschrift, München.
- Hoering, Uwe 2023: Der Aufstieg des Globalen Südens in die erste Liga, in: Wolfgang Kastrup / Helmut Kellershohn: Der Krieg in der Ukraine. Weltordnungskrieg und „Zeitenwende“, Münster, S. 91-104.
- Kempe Lene 2023: Jein zu China. Die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen angesichts des Ukraine-krieges und drohender Blockkonfrontation, in: Wolfgang Kastrup / Helmut Kellershohn: Der Krieg in der Ukraine. Weltordnungskrieg und „Zeitenwende“, Münster, S. 105-114.
- Kronauer, Jörg 2022: Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg, Köln.
- Kronauer, Jörg 2024 a: „Eine Welt ohne Hegemon“. China, der Globale Süden und das Ende der westlichen Vorherrschaft, Hamburg.
- Kronauer, Jörg 2024 b.: Vom Partner zum Rivalen, in: Konkret, Heft 10, Hamburg, S. 32-35.
- Sablowski, Thomas 2023: Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus und die Strategien der Herrschenden in Deutschland, in: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Hg.): Die Krisen in der kapitalistischen Welt, isw Report Nr. 136, S. 11-21.
- Weigelin-Schwiedrzik, Susanne 2023: Die sino-europäischen Beziehungen und ihre verdeckten Akteure: Versuch über eine weltpolitische Verortung der Europäischen Union, in: Daniel Fuchs / Sascha Klotzbücher / Andrea Riemenschnitter / Lena Springer / Felix Wemheuer (Hg.): Die Zukunft mit China denken, Berlin, S. 25- 55.
- Wemheuer, Felix / Fuchs, Daniel 2023: Einleitung: Die Zukunft mit China denken, in: Daniel Fuchs / Sascha Klotzbücher / Andrea Riemenschnitter / Lena Springer / Felix Wemheuer (Hg.): Die Zukunft mit China denken, Berlin, S. 9-23.



Friedliche Koexistenz

EIN ALTERNATIVES KONZEPT FÜR FRIEDENSPOLITIK?

Von Wilfried Schollenberger¹

PROBLEM EINER WIRKSAMEN FRIEDENSBEWEGUNG

Der russische Einmarsch in die Ukraine hat die Friedensbewegung gespalten: Aus überzeugten Pazifisten wurden überzeugte „Waffenspezialisten“, die nur noch eine Möglichkeit sehen, „unsere Freiheit zu verteidigen“: kräftig aufrüsten. Auf der anderen Seite bleiben überzeugte Pazifisten, die wissen, dass Waffen immer irgendwann benutzt werden und ein Krieg die schlechteste aller Optionen ist. Wenn dann noch aus der Imperialismuskritik das Narrativ hinzukommt, dass kapitalistische Staaten notwendig zum Imperialismus und damit zum Angriffskrieg tendieren, wird die Debatte vollends hilflos. Denn die Konsequenz daraus wäre, dass nur eine sozialistische Welt-Revolution ein Leben in Frieden und Freiheit ermöglicht.

Das größte Problem in den aktuellen Debatten ist m.E., dass die aktuell formulierten Positionen der Friedensbewegung über die Forderung nach Waffenstillstand und Friedensverhandlungen hinaus nicht anschlussfähig sind. Gefangen in den Narrativen von Völkerrecht und „regelbasierter Ordnung“ ist der Verzicht auf militärische Stärke und Verteidigungsfähigkeit gleichzusetzen mit dem Verzicht, Recht durchzusetzen. Jeder Bezug auf Recht (Völkerrecht) setzt eine Recht sprechende Instanz und eine dieses Recht durchsetzende Macht voraus. Mit welcher Begründung sollte man Unrecht hinnehmen? Ist es nicht die Pflicht jeder liberalen Demokratie, ihren Beitrag zur Durchsetzung von Menschen- und Völkerrecht zu leisten? Muss das nicht die Option beinhalten, gegen Verstöße auch militärisch vorzugehen? An dieser Stelle wird gerne der Völkermord in Ruanda angeführt und aus dieser Erfahrung unter dem Stichwort „responsibility to protect“ die Verpflichtung zum militärischen Eingreifen abgeleitet. Und wenn es diese Verpflichtung gibt, wo endet sie? Beim Veto im UN-Sicherheitsrat?

Gleichzeitig entstehen neue Blockkonfrontationen zwischen der NATO und Russland, zwischen den USA und China und

zwischen Israel und dem Iran. Dabei droht die außen- und sicherheitspolitische Souveränität der anderen Staaten zu verschwinden. Und auch eine weltweite Friedensbewegung wird irrelevant, wenn sie keine eigene politisch wirksame Position im internationalen Diskurs entwickelt. Die größtmögliche Enttäuschung, dass die Drohung mit harten Sanktionen Russland nicht vom Angriff auf die Ukraine abgehalten hat, wurde m.E. in der Friedensbewegung noch nicht konstruktiv aufgearbeitet.

In diesem Aufsatz will ich zeigen, dass sich im „kalten Krieg“ eine andere Praxis in den internationalen Beziehungen entwickelte, die in und nach der Kuba-Krise eine militärische Eskalation zwischen den Blöcken verhinderte und letztendlich die deutsch-deutsche Vereinigung ermöglichte.

VOM KALTEN KRIEG LERNEN

Wer den „Kalten Krieg“ vor allem als Wettrüsten und große Kriegsgefahr wahrnimmt, übersieht, dass damals verfeindete Mächte große Anstrengungen unternahmen, um das Ausbrechen eines Atomkriegs zu verhindern.

Nikita Chruschtschow besuchte im September 1959 auf Einladung Dwight Eisenhowers als erster sowjetischer Regierungschef die USA und veröffentlichte in der US-amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ im Oktober 1959 einen Aufsatz „On Peacefull Coexistence“. Der US-amerikanische Russlandexperte und Fellow des Institute for Advanced Study in Princeton George F. Kennan antwortete darauf im Januar 1960 mit einem Beitrag unter dem Titel „Peaceful Coexistence - A Western View“ in derselben Zeitschrift. Der Jurist und Dozent an der Schule der Bundeswehr für Innere Führung, Karl Heinz Kunzmann, sieht in einem 1964 in der deutschen Zeitschrift „Vereinte Nationen“ veröffentlichten Aufsatz in dieser Doktrin der KPdSU eine „Hinwendung zur Normalisierung der Beziehungen mit dem Westen“, die propagandistisch „geeig-

¹ Dies ist die Kurzfassung für das DISS-Journal. Alle Zitate aus dem Englischen wurden mit Unterstützung von deepL.com übersetzt. Die Langfassung mit weiteren Erläuterungen, englischen Originalzitaten und einem zusätzlichen Kapitel zur Ukraine ist auf <https://magentacloud.de/s/gtdYQHfTZb39zRc> veröffentlicht. Kommentare, Anmerkungen und Kritik bitte an ws.spd@web.de

net erscheint, die Öffentlichkeit in Sicherheit zu wiegen, ihre Wachsamkeit und ihren Verteidigungswillen zu lähmen“². Der Leiter der Berliner Abteilung des Max-Planck-Institutes für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Fritz Münch, argumentiert in derselben Zeitschrift, dass „in den vielen Entwürfen zur Kodifikation der Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ aus seiner Sicht „ein verbindliches System der Entscheidung von Staatenstreitigkeiten“ fehle, so dass in der Folge „kein einziges Verfahren, welches eine Erledigung des Streits herbeiführt, verbindlich gemacht“ würde³.

Trotz der Propagandaschlacht, die im Kalten Krieg um den Nachweis der Aggressivität des Gegners tobte, führten die Debatten zu diesem Thema zu einem politischen Pragmatismus, den z.B. Helmut Schmidt 1969 in seinem Buch „Die Strategie des Gleichgewichts“ beschreibt und der im Rahmen der Strategic Arms Limitation Talks (SALT) 1972 die ersten Verträge zur Rüstungsbegrenzung, ABM und SALT I, ermöglichte.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass diese Zeit alles andere als friedlich war: Der Vietnam-Krieg, der sowjetische Einmarsch in die CSSR und Prag 1968, der von der CIA unterstützte Putsch Pinochets gegen die demokratisch gewählte Regierung in Chile 1973 und nicht zuletzt die „Hilfe“ der UdSSR für die afghanische Regierung gegen islamistische Rebellen (1979 – 1989) sind nur einige Beispiele von vielen.

Wenn wir heute mit dem russischen Überfall auf die Ukraine und der sich abzeichnenden Konfrontation zwischen China und den USA mit dem Zankapfel Taiwan in geopolitische Konfrontationen und Gefahren geraten, die mit dem Kalten Krieg durchaus vergleichbar sind, lohnt es sich m.E., die damaligen Debatten um das Konzept der „friedlichen Koexistenz“ genauer zu betrachten und zu bewerten.

Dabei muss betont werden, dass die Debatten in den 1960er Jahren immer einen Doppelcharakter hatten: Einerseits ging es insbesondere der UdSSR um Entspannung, Anerkennung und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Blöcken NATO und Warschauer Vertrag. Darüber hinaus waren insbesondere die Debatten in der UN-Generalversammlung ein wesentlicher Baustein in der jeweiligen Propaganda – vor allem gegenüber den neu gegründeten Staaten nach der Entkolonialisierung.

NIKITA CHRUSCHTSCHOW: FRIEDLICHE KOEXISTENZ

„Friedliche Koexistenz“ war ein von der UdSSR geprägtes Stichwort zur Beschreibung des angestrebten Verhältnisses mit den kapitalistischen Staaten. In seinem Aufsatz in der US-amerikanischen Zeitschrift erklärt Chruschtschow dazu: „In seiner einfachsten Ausprägung bedeutet sie [die „friedliche Koexistenz“, W.S.] die Ablehnung des Krieges als Mittel zur Lösung strittiger Fragen. Dies umfasst jedoch nicht das gesamte Konzept der friedlichen Koexistenz. Neben der Ver-

pflichtung zur Aggressionsfreiheit erfordert es auch die Verpflichtung aller Staaten, die gegenseitige territoriale Integrität und Souveränität in keiner Form und unter keinem Vorwand zu verletzen. Der Grundsatz der friedlichen Koexistenz bedeutet den Verzicht auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder mit dem Ziel, ihr Regierungssystem oder ihre Lebensweise zu ändern oder aus anderen Motiven. Die Doktrin der friedlichen Koexistenz setzt auch voraus, dass die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern auf der völligen Gleichheit der Beteiligten und auf gegenseitigem Nutzen beruhen“⁴.

Chruschtschow sieht in der „friedlichen Koexistenz“ die notwendige Alternative zum Krieg im Zeitalter der Raketen und Wasserstoffbomben. Darüber hinaus behauptet er, dass Kriege zwischen Staaten bei gutem Willen aller Beteiligten grundsätzlich zu vermeiden sind: „Wir sind also praktisch schon nahe an jenem Stadium im Leben der Menschheit, in dem nichts mehr die Menschen daran hindern wird, sich ganz der friedlichen Arbeit zu widmen, in dem der Krieg aus dem Leben der Gesellschaft völlig ausgeschlossen sein wird“. Im Übrigen verweist er auf die großen Ressourcen, die bei einer Abrüstung für andere Zwecke frei würden.

Konkret fordert er in seinem Aufsatz

- den Stopp von Atomwaffen-Tests und allgemeine Abrüstung,
- einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten und die Anerkennung der polnischen Ostgrenze,
- Vereinbarungen zum freien Handel.

Das Thema Nichteinmischung in innere Angelegenheiten wird wenige Jahre später zum Gegenstand einer intensiven Debatte um eine Resolution der UN-Vollversammlung.

WESTLICHER WIDERSPRUCH

In der westlichen Welt stieß Chruschtschow zunächst auf scharfen Widerspruch.

George F. Kennan verteidigte die US-amerikanische Eindämmungspolitik (containment) und kritisierte das Ergebnis des zweiten Weltkriegs als „praktisch permanente Verschiebung der effektiven Grenzen der politischen und militärischen Autorität Moskaus bis ins Herz Europas“⁵. Und weiter: „Tatsache ist, dass das Vordringen der politischen und militärischen Macht Russlands ins Herz Europas eine grundlegende Änderung des strategischen und politischen Gleichgewichts der Welt darstellt und niemals mit westlichen Staatsmännern besprochen, geschweige denn von ihnen abgesegnet worden ist.“

Mit Verweisen auf die Berlin-Blockade (1948/49), den Koreakrieg und der Niederschlagung des Aufstands in Ungarn 1956 verteidigt er die eigene Rüstungspolitik als Reaktion auf

2 Kunzmann, S. 203

3 Münch, S. 208

4 Chruschtschow (1959), S. 3. Übersetzung W.S.

5 Kennan (1960), S. 6



sowjetische Aggressionen: „Chruschtschow hat Recht, wenn er den Rüstungswettlauf unserer Tage als unvereinbar mit jeglicher Form der Koexistenz betrachtet. Doch solange Moskau darauf beharrt, die von der westlichen Koalition in den letzten Jahren verfolgte Militärpolitik sei einzig und allein das Ergebnis einer Laune westlicher Bankiers und Waffenschmiede, die in der Hoffnung auf mehr Profit einen neuen Krieg herbeisehen, und solange es auch weiterhin nicht einsehen will, dass diese Politik, so unausgewogen oder überzogen sie auch sein mag, zu einem Großteil auf die natürliche und vorhersehbare Reaktionen umsichtiger Menschen auf eine Situation zurückzuführen ist, zu der Moskau selbst einen beachtlichen Teil beigetragen hat, sind die Aussichten auf eine Verbesserung der Lage nicht sehr viel versprechend.“

In der BRD wird die Debatte mit einem starken Bezug auf Rechtsbegriffe und „Rechtssicherheit“ geführt. So argumentiert Heinz Kunzmann: „Friede im wahren Sinne bedeutet ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Staaten.“⁶ Dagegen beschränke sich der Begriff friedliche Koexistenz auf den „Verzicht auf Kriege als Mittel zur Entscheidung von Streitfragen zwischen den Staaten“. Aus den Verhandlungen auf UN-Ebene berichtet Kunzmann: „Während die westlichen Staaten [die USA sind hier vermutlich nicht gemeint, W.S.] alle Streit-erledigungsverfahren, einschließlich bindenden Gerichtsentscheidungen, als geeignet ansahen und darauf hinwiesen, dass sich mehr Staaten der Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofs unterwerfen müssten, hielten die Ostblockländer nur diplomatische Verhandlungen zwischen den Staaten als mit der staatlichen Souveränität vereinbar.“

DEBATTEN IN DER UNO

Gerade im Kalten Krieg waren völkerrechtliche Institutionen, wie die UN-Vollversammlung und der UN-Sicherheitsrat vor allem Räume für Debatten ohne wirksame Entscheidungen. Den Großmächten, USA und UdSSR, ging es vor allem um ihre Reputation. Zahlreiche Debatten und Resolutionen wurden mit dem Ziel geführt, die Konfrontation der Großmächte zu entschärfen und die Souveränität der nach der Entkolonialisierung neu entstandenen Staaten zu stärken.

Zwei Beispiele aus 1965:

Rumänien bringt unter dem Titel „Actions on the regional level with a view to improving good neighbourly relations among European States having different social and political systems“ eine allgemein gehaltene Erklärung ein, in der die Entwicklung gut nachbarschaftlicher Beziehungen in Europa begrüßt und weiter gefördert wird⁷. In der grundsätzlich positiven Debatte wird dann vor allem die BRD wegen ihrer Aufrüstung und dem aus westlicher Sicht ungeklärten Status der deutschen Gebiete kritisiert.

Auf derselben Versammlung versucht die UdSSR mit einem Entwurf zur Unzulässigkeit von Eingriffen in die inneren Angelegenheiten von Staaten und zum Schutz ihrer Unabhängigkeit und Souveränität⁸ eine Erklärung gegen die Interventionen „westlicher Mächte“, u.a. im Kongo, in Vietnam, in der Dominikanischen Republik und in Kuba, und gegen die Unterstützung von Rassisten in Süd-Rhodesien und Südafrika⁹ durchzusetzen. Dabei zeigen sich in der Debatte grundsätzliche Unterschiede beim Verständnis von „Einmischung in innere Angelegenheiten“. Der Vertreter der UdSSR verweist auf den amerikanischen Botschafter Harriman, der am 6. Mai 1965 auf einer Pressekonferenz in Montevideo erklärt hatte, dass der Grundsatz der Nichteinmischung, der im neunzehnten und zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts gegolten hatte, nun überholt sei¹⁰.

Neben direkten Interventionen werden von sowjetischer Seite die Bedingungen westlicher Entwicklungshilfe kritisiert: „Einige Westmächte verfolgten eine andere Methode der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, nämlich die Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer. In mehreren offiziellen Dokumenten der Vereinigten Staaten sowie in Gesetzen und Beschlüssen des Kongresses wurde die Gewährung von Beihilfen davon abhängig gemacht, dass die Empfängerstaaten Maßnahmen zur Förderung ausländischer Privatinvestitionen ergreifen, und die betreffenden Länder verpflichteten sich, auf das Recht zu verzichten, ausländisches Eigentum zu verstaatlichen oder andere Maßnahmen zu ergreifen, die ausschließlich in der Zuständigkeit ihrer Regierungen liegen. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Keating-Änderung, die zu Abschnitt 112 von Titel 1 des Foreign Assistance and Related Agencies Appropriation Act, 1962, geworden ist.“

Dagegen beklagt der Vertreter der USA die Ausbildung und Unterstützung „subversiver Kräfte“: „Die größte Gefahr für die Souveränität und Unabhängigkeit der neuen unabhängigen Länder liege in der Einmischung von außen aus ideologischen Gründen. Es sei zum Beispiel bekannt, dass junge Menschen aus vielen unabhängigen afrikanischen Staaten im kommunistischen China ausgebildet würden, um subversive Bewegungen gegen ihre eigenen Regierungen aufzubauen, und dass junge Lateinamerikaner in Kuba zu demselben Zweck ausgebildet würden.“¹¹

Vor dem Hintergrund der 1964 gegründeten Guerrilla-Organisationen FARC und ELN beklagt der kolumbianische Vertreter: „Die Absicht, subversive Aktivitäten zu ermutigen und zu unterstützen, wurde oft ganz offen in offiziellen und öffentlichen Erklärungen zum Ausdruck gebracht, und es gab speziell subventionierte Agenturen – in ihrer Art im Wesentlichen militärische Stützpunkte – für die Durchführung tatsächlicher Operationen praktisch in der ganzen Welt, obwohl die betreffenden Länder gleichzeitig ihre aufrichtige Verbundenheit mit dem Grundsatz der Nichteinmischung in die Angelegenheiten

6 Kunzmann, S.203

7 Siehe UN (1965a)

8 „The inadmissibility of intervention in the domestic affairs of States and the protection of their independence and sovereignty“, UN (1965b)

9 Vgl. UN (1965b) SR 1395, S. 243f

10 ebd. S. 245

11 UN (1965b) SR 1396

Linker Feminismus im Abo

anderer Staaten verkündeten und auf der strikten Einhaltung dieses Grundsatzes bestanden.¹²

Im Ergebnis wird in der verabschiedeten Resolution auf die Erwähnung von konkreten Anlässen vollständig verzichtet. Dafür wird ein sehr weit gefasster Begriff von „Nichteinmischung“ beschlossen, der u.a. beinhaltet:

- „Kein Staat darf wirtschaftliche, politische oder sonstige Maßnahmen ergreifen oder fördern, um einen anderen Staat zu zwingen, seine Souveränitätsrechte zu unterdrücken oder sich Vorteile jeglicher Art zu verschaffen. Kein Staat darf außerdem subversive, terroristische oder bewaffnete Aktivitäten, die auf den gewaltsamen Sturz des Regimes eines anderen Staates abzielen, organisieren, unterstützen, schüren, finanzieren, dazu aufrufen oder tolerieren oder sich in Bürgerkriege in einem anderen Staat einmischen.“
- „Jeder Staat hat das unveräußerliche Recht, sein politisches, wirtschaftliches, soziales und kulturelles System ohne jegliche Einmischung eines anderen Staates zu wählen.“

Praktisch ist die Resolution weitgehend folgenlos, wie die UN-Generalversammlung in ihrer Resolution 1966 selbst feststellt. Die Debatte ging aber weiter und die Grundsätze zur Nichteinmischung in innere Angelegenheiten wurden immer

wieder präzisiert und um die permanente Souveränität von Staaten über ihre natürlichen Ressourcen erweitert. (Beispiel: Res. 36/103 von 1981)

WANDEL DURCH ANNÄHERUNG

Gleichzeitig verändern sich die westlichen Positionen im Bezug auf Europa in zwei bedeutsamen Aspekten:

1. Werner Link betont in seinem Aufsatz zur Entstehungsgeschichte des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970 (Gewaltverzicht zwischen BRD und UdSSR) die Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses: „Grundlegend für das Verständnis der neuen Weichenstellung ist aber – diese These lässt sich nunmehr erhärten –, dass die internationalen Machtstrukturen und Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik Mitte/Ende der sechziger Jahre entscheidend waren; genauer gesagt, dass sie sich in dieser Zeit fundamental änderten bzw. bereits geändert hatten: Die Sowjetunion erlangte die nukleare Zweitschlagfähigkeit (die sie während der Kuba-Raketenkrise noch nicht gehabt hatte). Aus der beiderseitigen gesicherten Zerstörungsfähigkeit (MAD) resultierte das gemeinsame Interesse, eine atomare Eskalation zu vermeiden und durch Verhandlungen auf der Basis des Status quo eine Entspannung (Detente) zu erreichen.“¹³

12 Ebd. S. 248

13 Link, S. 296



2. Egon Bahr formulierte 1963 in einem Vortrag ein spezifisch deutsches Interesse: „Ich habe eben zu entwickeln versucht, dass es keinen praktikablen Weg über den Sturz des [DDR-] Regimes gibt. Ich sehe nur den schmalen Weg der Erleichterung für die Menschen in so homöopathischen Dosen, dass sich daraus nicht die Gefahr eines revolutionären Umschlags ergibt, die das sowjetische Eingreifen aus sowjetischem Interesse zwangsläufig auslösen würde.“¹⁴ Dabei sieht er sich im Einklang mit der Politik der USA: „Der amerikanische Präsident hat die Formel geprägt, dass so viel Handel mit den Ländern des Ostblocks entwickelt werden sollte, wie es möglich ist, ohne unsere Sicherheit zu gefährden.“¹⁵

ENTSPANNUNG IN EUROPA

Rückblickend haben die UdSSR und ihre Verbündeten in Europa in den 1970er Jahren viele Ziele erreicht – auch weil es letztendlich gemeinsame Interessen und akzeptable Kompromisse waren:

- Faktische Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die BRD
- Rüstungsbegrenzung (SALT) und Verzicht auf eine ganze Waffengattung im ABM-Vertrag (Abwehr atomar bestückter Raketen)
- Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSFE) mit dem Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten in der Helsinki-Schluss-Akte

So verzichtete nicht nur die Regierungspartei SPD bei aller offensichtlichen Sympathie auf eine sichtbare Unterstützung der polnischen Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc – um nur ein Beispiel zu nennen.

Trotzdem blieb ein Wettrüsten, z.B. die Entwicklung und Stationierung atomar bestückter Mittelstreckenraketen (SS-20, Cruise Missile, Pershing II).

Außerhalb Europas kam es zu zahlreichen Interventionen, von der CIA-Unterstützung des Putsches in Chile gegen die demokratisch gewählte Regierung über den Überfall der USA auf Grenada bis zur Unterstützung genau der Islamisten im Kampf gegen sowjetische Truppen in Afghanistan, gegen die die USA zwei Jahrzehnte später erfolglos kämpfen wird. Umgekehrt wäre die Existenz Kubas und Nicaraguas ohne sowjetische Unterstützung viel schwieriger gewesen. Dazu kommen die Kriege in Afrika: u.a. Namibia und Angola.

Aus deutscher Sicht führte diese Entspannungspolitik zu einem Erfolg, den wenige Jahre vorher niemand für möglich

gehalten hätte: die deutsche Vereinigung. Niemand hätte die Staaten des Warschauer Vertrags davon abgehalten einen Aufstand in der DDR gewaltsam niederzuschlagen. Vielmehr gab es auf westlicher Seite anfangs Vorbehalte gegen diese Vereinigung¹⁶.

LIBERALE HEGEMONIE

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstand im Westen ein neues Leitbild: Eine hegemonial durch die USA und NATO abgesicherte Weltordnung auf der Grundlage des Menschen- und Völkerrechts. Dabei wurde „Menschenrecht“ mit liberaler Demokratie gleichgesetzt und jede Rebellion in Staaten, die diesen Standards nicht entsprachen, verdeckt und offen unterstützt.

In der Folge kam es neben wenigen Grenzstreitigkeiten, z.B. dem irakischen Überfall auf Kuwait wegen eines Streits um die Ausbeutung der Ölvorkommen, vor allem zu nationalistisch und ethnisch motivierten Bürgerkriegen, wie in Jugoslawien, und zu direkten militärischen Interventionen bei Aufständen, wie in Libyen und in Syrien. Dazu kamen „präventive Kriege“ in Afghanistan¹⁷ und im Irak. Zu keinem Zeitpunkt war ein NATO-Mitglied in der Gefahr, angegriffen zu werden. Und die Bedrohung durch Terroristen wurde durch diese Kriege nicht reduziert.

Ähnliches gilt für das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion: Alle Konflikte haben einen ethnischen bzw. nationalistischen Hintergrund, wobei hier ein weiteres Element hinzukommt: die Ausdehnung der NATO. Clemens Ronefeldt argumentiert, dass die völkerrechtswidrige Anerkennung von Südossetien und Abchasien durch Russland auch der Verhinderung eines NATO-Beitritts Georgiens gedient habe, weil die NATO keine Länder mit offenen Territorialkonflikten aufnehmen kann¹⁸. Ähnliches gelte für die Krim und die Ukraine.

Dieses Leitbild, „liberale Hegemonie“, ist auf der ganzen Linie gescheitert: In keinem Fall konnte ein stabiler friedlicher Status erreicht werden¹⁹. In seinem Buch „The Great Delusion – Liberal Dreams and International Realities“ hat John J. Mearsheimer m.E. überzeugend erklärt, warum die Vorstellung, man könne liberale Demokratie und Menschenrechte überall in der Welt erfolgreich verteidigen bzw. durchsetzen, in der Regel zu großen Tragödien und nur in sehr seltenen Ausnahmefällen zum Erfolg führt: Liberale Gesellschaften sind alles andere als einfach und voraussetzungslos, weil sich der Liberalismus als Ideologie auf das autonome Individuum und seine Rechte fokussiert.

14 Bahr (1963), S. 4

15 Ebd., S.3

16 Vgl. Grötemaker: „Nach der Vorlage des Zehn-Punkte-Plans von Bundeskanzler Kohl am 28. November teilte Mitterrand einer Gruppe französischer Journalisten mit, er halte eine deutsche Wiedervereinigung für eine „rechtliche und politische Unmöglichkeit“. Gegenüber Bundesaußenminister Genscher äußerte er, ein wiedervereinigtes Deutschland „als eine eigenständige Macht, unkontrolliert“, sei unerträglich für Europa; es dürfe niemals wieder eine Situation eintreten wie 1913, vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

17 Die Lager der Terrororganisation Al Quaida hätten auch ohne eine vollständige Besetzung Afghanistans durch NATO-Truppen zerstört werden können. Das weitergehende Ziel dieses Krieges war zu verhindern, dass sich eine neue terroristische Bedrohung dort entwickeln könnte.

18 Die Aufnahme von Georgien und der Ukraine in die NATO wurde vor allem von George W. Bush in den 2000er-Jahren gefordert.

Link auf den Vortrag von Clemens Ronefeldt: <https://youtu.be/A2wgWwPmjGY?t=5741>

19 Auch im Fall Jugoslawien bleiben das Kosovo und Bosnien-Herzegowina als Krisenregionen.

Der Streit um das Wollen hat sich mit der Erkenntnis des Erreichbaren bzw. Nicht-Erreichbaren m.E. erledigt.

VERTEIDIGUNG, ABSCHRECKUNG, RÜSTUNG UND BERECHENBARKEIT

Aus aktuellem Anlass, der Ankündigung zur Stationierung konventionell bestückter US-amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Deutschland: Auch wer Wettrüsten grundsätzlich ablehnt und grundsätzlich Verträge zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung fordert, kommt m.E. nicht um eine differenzierte Argumentation herum.

Im Nachhinein kann man vermuten, dass Helmut Schmidt US-amerikanische Atomwaffen in der BRD wollte, weil sonst (zu Recht) Zweifel an einem atomaren Erstschatz im Falle eines konventionellen Überfalls auf die BRD aufkommen konnten. Zur westlichen Abschreckung gehörte der Ersteinsatz für den Fall, dass sich die westlichen Truppen als unterlegen erweisen sollten²⁰.

Derselbe Helmut Schmidt betont 1969 in seinem Buch „Die Strategie des Gleichgewichts“ aber auch die Bedeutung von außenpolitischer Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit und den erkennbar defensiven Charakter der eigenen Sicherheitspolitik²¹.

Waffen eignen sich immer zur Verteidigung bzw. Vergeltung und zum Angriff. Deshalb kann eine konkrete Rüstungsmaßnahme nur dann beanspruchen, defensiv zu sein, wenn ihre Bedeutung für die eigene Verteidigung offen kommuniziert wird. Konkret muss gezeigt werden, in welcher konkreten Situation eine Verteidigung ohne diese Waffen nicht oder nur mit sehr hohen Verlusten möglich wäre. Bei der jetzt angekündigten Stationierung von weit reichenden, konventionell bestückten Mittelstreckenwaffen fehlt diese Begründung²².

FAZIT

Wenn Großmächte beteiligt sind, ist Völkerrecht nicht mehr als gelebte Praxis. Kleine Staaten können versuchen, ihr Machtdefizit durch die Autorität und Akzeptanz von Gerichten auszugleichen. Großmächte tun das nicht.

Was bleibt, um bewaffnete Auseinandersetzungen (und Wirtschaftskriege) zu vermeiden, ist die Einsicht, dass Kompromisse auch jenseits von Vorstellungen über Recht und Gerechtigkeit ausgehandelt werden müssen. Inter- und übernationale Formate, wie die KSZE/OSZE und die UN-Vollversammlung, können dabei helfen, Verständigung zu fördern

und politischen Druck auf die Beteiligten unabhängig von der realen wirtschaftlichen und militärischen Macht aufzubauen. Entscheidend ist aber die *ständig wiederholte Praxis*, bei gegensätzlichen Interessen in Verhandlungen „auf Augenhöhe“, mit einer grundsätzlichen Akzeptanz des Anderen und seiner Interessen einen für beide Seiten erträglichen Kompromiss zu suchen.

Der klar formulierte Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten hilft bei der Verständigung und bei der Suche nach Kompromissen in Streitigkeiten zwischen Staaten. Er ist ein klares Signal an die jeweils andere Regierung, dass sie nicht von außen bekämpft wird. Und er ist ein Signal an oppositionelle Bewegungen, nicht auf ausländische Hilfe bei Aufständen zu spekulieren.

Für Vertreter universaler Werte, liberaler Menschenrechte, Demokratie oder sozialistischer internationaler Solidarität, führen diese Grundsätze zu einer doppelten Herausforderung:

1. Der Verzicht, Recht durchzusetzen und stattdessen in Verhandlungen einen Interessenausgleich, einen tragfähigen Kompromiss zu suchen, steht im fundamentalen Widerspruch zur Praxis liberaler Demokratien, die gerade bei zwischenstaatlichen Streitigkeiten auf Gerichte und ähnliche Verfahren setzen²³.
2. Der Grundsatz der Nichteinmischung in die „inneren Angelegenheiten“ anderer Staaten erscheint als Freibrief für Unterdrücker und Despoten. Er widerspricht u.a. dem Grundsatz internationaler Solidarität von Sozialisten.

Vom Ergebnis her betrachtet sollen potentiell Kriegführende bzw. Interventionskräfte zu Verhandlungen gebracht werden. Das ist nicht selbstverständlich. Aber formulierte Grundsätze und internationale Debatten, z.B. in der UN-Vollversammlung, können dazu beitragen, Spannungen, die potenziell zu kriegerischen Auseinandersetzungen oder Interventionen führen, abzubauen.

Und um es mit den Worten von Nikita Chruschtschow zu formulieren: „Es gibt keine Revolution auf Bestellung.“

Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass es praktisch unmöglich ist, die Grundsätze liberaler Demokratien in andere Länder zu „exportieren“²⁴. Gerade liberale Demokratien funktionieren nur unter sehr speziellen Voraussetzungen, was den inneren Zusammenhalt der jeweiligen Gesellschaft angeht. Und der ist selbst in etablierten Demokratien immer wieder gefährdet. Das zeigen auch die aktuellen Ereignisse in der EU, von Problemen mit Pressefreiheit und Gewaltenteilung bis hin

20 Umstritten war diese Stationierung m.E. trotzdem zu Recht, weil ein russischer Überfall auf die BRD mangels Streitigkeiten unwahrscheinlich und die damit verbundene Option auf einen atomaren Erstschatz mit extrem kurzer Vorwarnzeit für das militärische Gleichgewicht unverhältnismäßig war.

21 Schmidt, S. 231f

22 Vgl. Graef / Thies / Mengelkamp

23 Dabei tendieren demokratische Regierungen auch aus innenpolitischen Gründen zu Gerichts- und Schiedsverfahren: Während Zugeständnisse, die sie selbst in eigener Souveränität eingehen, von einer demokratischen Opposition immer als „Verrat“ angeprangert werden können, erzeugen Gerichts- und Schiedsverfahren eine zusätzliche Legitimation für das Ergebnis.

24 An dieser Stelle muss man auch mit der immer wieder aufflammenden Legende aufräumen, die westlichen Siegermächte des 2. Weltkriegs hätten Deutschland die Demokratie gebracht: Alle drei Besatzungsmächte in der BRD haben ein Mehrheitswahlrecht. Deutschland hat dagegen in seiner eigenen Geschichte auf allen Ebenen ein grundsätzlich anderes Verhältniswahlrecht (mit personalen Elementen) entwickelt.



zu den Wahlerfolgen rechtsextremistischer Parteien. Deshalb ist es auf den zweiten oder dritten Blick nicht abwegig, jedem Land und jeder Gesellschaft ihren eigenen Entwicklungsweg „zuzugestehen“ und sich in der internationalen Politik auf die friedliche und konstruktive Kooperation von Staaten mit verschiedenen, zum Teil auch gegensätzlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen, zu konzentrieren.

Natürlich gibt es immer wieder Grenzfälle, wo abzuwägen ist, ob das Verhalten eines Staates noch akzeptabel ist: Israels Besatzungspolitik, der Umgang Chinas mit den Uiguren und eben Ruanda, um nur drei Beispiele zu nennen. Aber auch da können m.E. internationale Debatten helfen.

Auch aus einem anderen Grund ist eine grundsätzliche Revision der außenpolitischen Praxis wünschenswert: Wenn die Erderwärmung gebremst werden soll, geht das nur mit gemeinsamen weltweiten Anstrengungen. Eine solche Kooperation ist immer gefährdet, wenn sich Staaten gegenseitig die Legitimität ihrer Regierungen absprechen.

LITERATUR

- Bahr, Egon (1963): Wandel durch Annäherung, Rede am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing https://web.archive.org/web/20110727071904/http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/stichwort/tutzing_rede.pdf
- Chruschtschow, Nikita (1959): On peaceful coexistence, in: Foreign Affairs (October 1959) https://www.cvce.eu/en/obj/on_peaceful_coexistence_from_foreign_affairs_october_1959-en-a231db94-ad9e-430c-8b61-12354f373ffc.html
- Graef, Alexander / Thies, Tim / Mengelkamp, Lukas: Alles nur Routine? Die USA stationieren wieder Mittelstreckenraketen in Deutschland, IPG-Journal 16.07.2024 <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/alles-nur-routine-7655/>
- Grötemaker, Manfred (2009): Deutsche Teilung - Deutsche Einheit, Verhandlungen mit den Vier Mächten, Bundeszentrale für politische Bildung <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43771/verhandlungen-mit-den-vier-maechten>
- Kennan, George F. (1960): Friedliche Koexistenz - Ein westlicher Standpunkt. in: Foreign Affairs, Januar 1960 https://www.cvce.eu/obj/friedliche_koexistenz_in_foreign_affairs_januar_1960-de-797ff4e3-c789-46d9-9736-345e678b3783.html
- KSFE (1975): Schlussakte von Helsinki, veröffentlicht von Organization for Security and Co-operation in Europe, Datum 1 August 1975 <https://www.osce.org/de/mc/39503>
- Kunzmann, Karl Heinz (1964): Friedliche Koexistenz oder freundschaftliche Beziehungen? In: Vereinte Nationen, Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., Heft 6/1964 <https://zeitschrift-vereinte-nationen.de/suche/zvn/artikel/friedliche-koexistenz-oder-freundschaftliche-beziehungen>
- Link, Werner (2001): Die Entstehung des Moskauer Vertrages im Lichte neuer Archivalien. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 2001, Heft 2 www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2001_2.pdf
- Mearsheimer, John J.: The Great Delusion – Liberal Dreams and International Realities, Yale University Press 2018
- Münch, Fritz (1964): Die Koexistenz im Völkerrecht. In: Vereinte Nationen, Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., Heft 6/1964 <https://zeitschrift-vereinte-nationen.de/suche/zvn/artikel/die-koexistenz-im-voelkerrecht>
- Schmidt, Helmut (1969): Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart.
- UN (1965a): Actions on the regional level with a view to improving good neighbourly relations among European States having different social and political systems, A/RES/2129(XX), Quelle: United Nations Digital Library-Text der Erklärung: <https://digitallibrary.un.org/record/203471?v=pdf> Debatte dazu im First Committee auf: https://digitallibrary.un.org/record/800506/files/A_C-1_SR-1420-EN.pdf
- UN (1965b): Declaration on the Inadmissibility of Intervention in the Domestic Affairs of States and the Protection of Their Independence and Sovereignty, General Assembly resolution 2131 (XX), New York, 21 December 1965, A/RES/2131(XX), Quelle: United Nations Digital Library-Text der Erklärung: <https://digitallibrary.un.org/record/203886?v=pdf> Debatte dazu im First Committee auf: <https://digitallibrary.un.org/search?ln=en&p=A%2FC.1%2FL.343>

Wilfried Schollenberger, Diplom-Soziologe, lebt in Heidelberg und ist dort im „überparteilichen Gesprächskreis Frieden Heidelberg“ und seit 24 Jahren in der SPD aktiv. Von Anfang an ist er Fördermitglied im DISS.

Neue Publikationen aus dem DISS

ISRAEL IM KRIEG (DISS-JOURNAL SONDERAUSGABE #8)

Von Jobst Paul

VORWORT

Im Moment, da dieses Sonderheft zum Nahostkrieg mit dem Titel *Israel im Krieg* erscheint, ist das Gefälle zwischen Hoffnungen und Befürchtungen weiter angewachsen. Nach nahezu elf Monaten ohne Perspektive auf ein Kriegsende und auf eine tragfähige Friedensordnung scheint einerseits die Chance auf Frieden – in Form von Pendeldiplomatie und Waffenstillstandsverhandlungen – greifbar geworden zu sein. Auf der anderen Seite nähren bedrohliche Zuspitzungen die Furcht vor einem *all out war* mit dem Iran und seinen Stellvertretern, während das Westjordanland zum weiteren Kriegsschauplatz zu werden droht.

Im Innern Israels ist es noch nicht zur politischen Aufarbeitung der Frage gekommen, wie der Überfall vom 7. Oktober 2023 möglich war, während nahezu einhundert der in Hamas-Gefangenschaft überlebenden Geiseln unter kaum vorstellbaren Bedingungen noch immer auf ihre Freilassung hoffen und ihre Angehörigen – oft entmutigt und erschöpft – nicht aufgehört haben und auch jetzt nicht aufhören, für sie auf die Straße zu gehen. Gaza ist zerstört, über 40.000 seiner Einwohner:innen sind getötet, doppelt so viele verletzt. Tausende liegen begraben unter Trümmern. Hunger und Krankheiten grassieren.

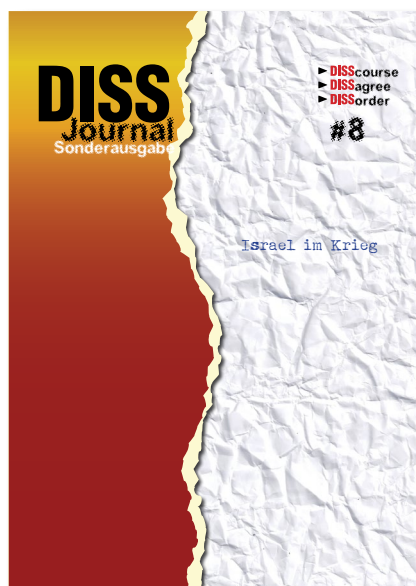
Unser *Journal* kann gegenüber diesem existenziellen Hintergrund nur Bericht, Beobachtung und Kommentierung sein und dies selbstverständlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit.¹ Aber das Heft trägt eigene Spuren dieser vergangenen Monate. Zwar diente das Dokumentieren der Nachrichtenlage als sachliches Gerüst, aber es wurde auch zur ständigen Quelle von offenen, unerwarteten Fragen, von tiefen Unsicherheiten

und oft von großer Betroffenheit. All dies dennoch zu ordnen, zu bearbeiten, aufzuarbeiten und in Richtung einer Orientierung zu formen, wurde schließlich zur Aufgabe des vorliegenden Sonderhefts, die danach auch über seinen Inhalt und seinen Aufbau bestimmte.

Mit Blick auf die Nachrichtenlage war allerdings bereits eine wichtige Weichenstellung verbunden. Denn wie sich zeigte, wäre über die Israel-Berichterstattung deutschsprachiger Medien allein eine nur fragmentarische und überwiegend unzusammenhängende Sicht der Dinge entstanden, mit schwer einzuordnenden Informationen, Quellen und Perspektiven. Eine festere Grundlage bot bereits die Berichterstattung internationaler Medien wie der *New York Times*, der *Washington Post*, von CNN, der BBC und des englischen *Guardian*.

Ein noch vollständigeres Bild aber, im Hinblick auf kritische Analyse, engagierten Journalismus und auf Informationen aus erster Hand, ergab sich unter Einbezug der kritischen Presse aus Israel selbst, vor allem der englischsprachigen Ausgabe von *Haaretz*, teilweise der *Times of Israel*, des israelischen Recherchenetzwerks *+972 Magazine*, darüber hinaus aber auch des traditionsreichen, in den USA erscheinenden, jüdischen *Forward* und auch der renommierten Monatsschrift *Atlantic*. Hinzu kamen Dokumentationen und Recherchen vieler, in beispielloser Bandbreite wirkender israelischer NGOs in den Bereichen des Sozialen, der Gesundheit und der Friedens- und Menschenrechtspolitik.

Allerdings weisen kritische israelische Medien immer wieder selbst darauf hin, dass sie mit ihren Perspektiven und Appellen derzeit Minderheitenpositionen artikulieren und eher internationalen als nationalen Zuspruch erhalten. Dass sich das



¹ Aufgrund des Redaktionsschlusses vom 31. 7.2024 konnten die Entwicklungen der letzten Wochen nicht mehr dokumentiert werden. Einige wesentliche Informationen wurden u.a. in Form von Anmerkungen bis zum 15.8.2024 nachgetragen.



(Post-)Pandemische Normalitäten

Zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise



Guido Arnold | Margret Jäger
Helmut Kellershohn (Hg.)



(Post-)Pandemische Normalitäten
Zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise

Guido Arnold | Margret Jäger | Helmut
Kellershohn (Hg.): Unrast-Verlag
Edition DISS Band 50 | ISBN 978-3-89771-7
Dezember 2022 | 160 Seiten | 19,80 €

Das Buch versammelt Beiträge, die unter der leitenden Fragestellung stehen, welche »neuen Normalitäten« durch die Corona-Krise generiert werden. Worin besteht ihre bestimmte Qualität und in welcher Relation stehen sie zu den vorpandemischen gesellschaftlichen Verhältnissen?

Die Autorinnen und Autoren sind nicht einem gemeinsamen theoretischen Konzept verpflichtet, sondern bearbeiten die von ihnen gewählte Thematik aus dem ihnen eigenen theoretischen und politischen Blickwinkel. Sie gehen rassistischen und nationalistischen Entsolidarisierungsprozessen nach oder analysieren, wie ein technokratisch geleiteter »Solutionismus« im automatisierten Bevölkerungsmanagement eine Ungleichbehandlung festschreibt – ja sogar zur neuen Gerechtigkeitsvorstellung sich vertiefen könnte.

Sie fragen: Welchen Einfluss hat die Corona-Krise auf die weitere Entwicklung der Geschlechterverhältnisse? Wie verändert die durch Corona induzierte bzw. maßgeblich beschleunigte Digitalisierung den Bildungs- und Arbeitsbereich? Wie lässt sich die vertiefte Entwicklung von sozialen Ungleichheitsverhältnissen beschreiben? Wie erklärt sich die zunehmende Bedeutung von Verschwörungsmythen? Wie reagiert die politische Rechte auf die veränderten Konstellationen?

vorliegende Heft dennoch auf sie stützt, hat vor allem zwei Gründe. So ist zum einem absehbar, dass eine künftige Friedensordnung im Nahen Osten auf israelischer Seite wohl nur mit auf Ausgleich und Frieden gerichteten Positionen denkbar sein wird, wie sie in der kritischen israelischen Opposition diskutiert werden.

Hinzu kommt andererseits, dass diese Debatte seit langem auch von einer großen Anzahl sehr erfahrener und renommierter Personen des öffentlichen Lebens geführt und unterstützt wird, wie die Fülle der Buchveröffentlichungen zeigt, auf die im Heft verwiesen wird, darunter in Titeln von Saul Friedländer, Moshe Zuckermann, Moshe Zimmermann, Robbie Sabel, Avi Primor, Kenneth S. Stern, Richard C. Schneider, Luis Moreno Ocampo, Dahlia Scheindlin und anderen.

Ein dritter, diskursstrategischer Grund kommt freilich hinzu: Das Heft versucht – zumindest im Ansatz – einzulösen, was einige dieser Autor:innen seit langem vom deutschen Diskurs über Israel einfordern: politologisch adäquate Analysen zu erarbeiten und zu diskutieren und sich nicht auf unerbetene Vereinnahmungen und falsche Alternativen einzulassen. Erkennbar ist dabei die Erwartung an Deutschland, in seinem besonderen Verhältnis zu Israel ein kompetenter und konsistenter, zugleich empathischer wie kritischer Partner zu sein, gerade wenn langfristig tragfähige Perspektiven für die Zukunft Israels erarbeitet und realisiert werden sollen.

Nicht weniger aber geht es darum, dem Antisemitismus, insbesondere dem auf Israel bezogenen Antisemitismus Resonanzraum zu entziehen, der Netanjahus Regierungspolitik mit Judentum gleichsetzt. Denn im Gegenteil: Stellungnahmen wichtiger jüdischer Sprecher², ebenso wie der Blick in kritische israelische Medien lehren, wie weit sich beide voneinander entfernt haben.

Im Heft schlagen sich diese Überlegungen in thematischen Schwerpunkten nieder, von denen der Überfall vom 7. Oktober ganz im Zentrum steht (S. 30ff). Dass sich die unbeschreibliche Brutalität der Hamas-Terrorkommandos (und vermutlich von Männergruppen, die sich ihnen anschlossen) ausgerechnet gegen die – traditionell der Verständigung verpflichtete – Bevölkerung der Kibbuzim richtete, kommt hinzu zur unbegreiflichen wie tragischen Tatsache, dass die Überfallpläne der Hamas der israelischen Armee offenbar bekannt (S. 23 und 37) waren.

Danach (S. 39ff) kommen Geiseln zu Wort, die im November 2023 freigelassen wurden, ebenso wie Angehörige von Geiseln, die in diesem Moment noch immer in Hamas-Gefangenschaft sind. Vorgestellt werden darüber hinaus künstlerische wie publizistische Aktionen, mit dem Ziel, für sie alle und ihre zutiefst persönlichen Berichte öffentliche Foren zu schaffen. Inzwischen haben sich viele der Angehörigen zu Initiativen zusammengeschlossen, die ihrerseits der gegen die Regierung Netanjahu gerichteten Protestbewegung eine neue, politische Dynamik verleihen.

Dem am meisten erschütternden Aspekt der Hamas-Gräuel, der sexualisierten Gewalt (S. 50ff), als Mittel der Kriegführung, ist ein eigener Schwerpunkt gewidmet, nicht zuletzt wegen der Tatsache, dass aufgrund weltweiter antisemitischer Propaganda diese Gewalt anfangs selbst in weltweiten Frauenorganisationen – als ‚Erfindung‘ gehandelt wurde.

Wie aus der Berichterstattung immer wieder hervorgeht: Der Hamas-Überfall traf die israelische Gesellschaft in einer ohnehin bereits krisenhaften Situation, in einem schon Monate währenden Aufruhr gegen immer autokratischere Maßnahmen der Regierung Netanjahu. Während sich viele der Protestierenden von einem zum anderen Moment als Reservist:innen zur Armee meldeten, verband sich die tiefe Erschütterung über den Angriff – und eine Verhärtung – mit dem Bewusstsein, dass die politischen und militärischen Führungen ihre Sicherheits-

2 Chuck Schumer, vgl. S. 142

versprechen, auch aufgrund ihrer Fixierungen auf rechte und autokratische Projekte, gebrochen hatten.

Das Heft beginnt daher mit Texten, die die Stimmungslage in Israel nach dem 7. Oktober (S. 9ff) widerspiegeln, insbesondere dort, wo vor dem Überfall die Hoffnung auf Ausgleich und Frieden bestimmend gewesen war. In dem nachfolgenden Kapitel ‚Diagnosen‘ (S. 20ff) wird der Blick geweitet: Einige wichtige Autor:innen und Publizist:innen arbeiten Bruchlinien in der israelischen Politik und Effekte dieser Bruchlinien heraus, die durch die Ereignisse des 7. Oktober dramatisch verstärkt wurden und bei den Autor:innen für tiefen Pessimismus sorgen. Ein seit jeher eingleisiges, von Machtkalkülen dominiertes Politikkonzept der politisch zentralen Figur Netanjahu steht dabei im Mittelpunkt, eines Politikers, dem es gelingt, trotz seines Versagens und trotz ziviler Proteste aktuell noch immer die Politik Israels zu beherrschen.

In bedrückender Weise geht aus der Berichterstattung hervor, wie weit das autokratische Projekt in der Tat bereits fortgeschritten ist (S. 57ff). Dafür steht nicht nur der Kampf des rechten Lagers in Israel gegen die Unabhängigkeit der Justiz, sondern auch insbesondere der – offenbar erfolgreiche – Versuch, die israelischen Mainstream-Medien auf eine unkritisch-patriotische, vor allem dem Militär verpflichtete Perspektive festzulegen. Nicht zuletzt wird von kritischen Medien darauf hingewiesen, wie wenig Berichte über das Geschehen in Gaza die israelische Bevölkerung erreichen.

Das vorliegende Heft kann nur begrenzt dem Ausmaß des Leids und den Dimensionen der humanitären Katastrophe in Gaza gerecht werden (S. 78ff), die sich hinter Zahlen von Toten und Verletzten verbergen. Wie schwerwiegend das Thema ist, kommt aber vielleicht dennoch zum Ausdruck, indem es über den Schwerpunkt hinaus im gesamten Heft immer wieder zur Sprache kommt. Ein weiterer Fokus richtet sich zusätzlich auf den am Schicksal der eigenen Bevölkerung nicht interessierten Zynismus und die totalitär-oligarchischen Strukturen der Hamas-Führungselite (S. 88ff).

Ein weiterer Schwerpunkt ist nicht denkbar ohne das bereits erwähnte autokratische Projekt der Regierung Netanjahu: Unter Federführung ihrer rechtsextrem-messianistischen Minister hat das Projekt der illegalen Landnahme und der gewaltsamen Vertreibung von Palästinenser:innen von ihren Farmen und Weidegründen im Westjordanland eine beispiellose Dynamik angenommen (S. 93ff).

An ihr liegt es zweifellos auch, dass der Nahost-Krieg mit Verfahren vor dem *Internationalen Gerichtshof* (ICJ) und dem *Internationalen Strafgerichtshof* (ICC) in Den Haag inzwischen in eine erweiterte Perspektive geraten ist. Zwar richten sich die Anklagen auch gegen die Hamas und ihre Anführer. Im Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit stehen dennoch gegen Israel gerichtete Verfahren: Während der Internationale Gerichtshof eine Völkermord-Anklage gegen Israel durch Südafrika (S. 64ff) verhandelt, inzwischen aber bereits die Siedlungspolitik Israels im Westjordanland für illegal erklärt hat (S. 100), steht, ausgehend vom Internationalen Straf-

gerichtshof, der Antrag auf Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Netanjahu und seinen Verteidigungsminister (S. 69) im Raum, in denen es um Verfahren wegen möglicher israelischer Kriegsverbrechen (S. 93ff) geht.

Mit (journalistisch aufgedeckten) israelischen Geheimdienst- und Abhöraktionen gegen die Chefankläger des Gerichts (S. 70f) und der immer noch zögerlichen Haltung der israelischen Justiz, Vergehen von Angehörigen der *Israel Defence Forces* (IDF) zu ahnden (S. 73), hat die Regierung Netanjahu allerdings so stark an Glaubwürdigkeit eingebüßt, dass führende Militärs vor weiteren Haftbefehlen aus Den Haag gewarnt haben (S. 99).

Mit diesen Verfahren ist freilich über die aktuellen Anlässe hinaus die israelische Kriegführung als solche, d.h. in ihren ethischen Legitimationen, in den Blick gekommen, die seit fast zwanzig Jahren auch für frühere militärische Interventionen (in Gaza oder dem Libanon) in Anspruch genommen und schon früher von heftiger nationaler wie internationaler Kritik begleitet wurden.

Die Analyse zum Schluss des Heftes (S. 117ff) verfolgt daher die argumentativen Spuren des Ethik-Codes der israelischen Armee zurück zum US-*War on Terror*, bzw. zum Beitrag philosophischer Akteure bei der Legitimation ziviler Opfer und des *targeted killing* im Kampf gegen Terroristen. Erörtert wird eine Ideologie der ‚moralischen Mehrdeutigkeit‘, die einige Experten durchaus in der israelischen Armee institutionalisiert sehen, und die Zuspitzung der ethischen Problematik durch eine mit AI unterstützte aktuelle Kriegführung mit der Folge von bisher kaum vorstellbaren zivilen Opferzahlen.

Insgesamt zeigt sich, dass die Regierung Netanjahu, während sie bisher Vermittlungsangebote in Richtung einer Zweistaatenlösung ablehnte, keine eigenen Vorstellungen einer künftigen Friedensordnung artikulieren kann oder will. Umso intensiver haben verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure in den vergangenen Monaten Konzepte für ‚Pläne danach‘ (S. 105ff) vorgelegt. Hinzu kommen jene – derzeit offenbar entscheidenden – Verhandlungen zu einem ‚Deal‘ zwischen Vertretern Israels und der Hamas unter Einbezug der USA und arabischer Länder, über deren Gewicht und Status bisher nur wenig ausgesagt werden konnte. Ob die Ungewissheit und die eher pessimistischen Perspektiven, die bisher die Diskussion um ‚Pläne danach‘ charakterisiert haben und die Brücke zu den ‚Diagnosen‘ (S. 20ff) vom Beginn des Heftes bilden, aktuell wirklich überwunden sind, muss offen bleiben.

Alle Hoffnungen und Erwartungen richten sich auf einen diplomatischen Prozess, der den Kreislauf terroristischer und kriegsgerichteter Gewalt nachhaltig beenden kann und zu einer umfassenden Friedensordnung im Nahen Osten führt, die Israel sichere Grenzen garantiert und zugleich einen palästinensischen Staat ermöglicht.

Das gedruckte Heft (144 Seiten) ist im DISS zu bestellen.

Download: <https://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2024/08/Israel-im-Krieg.pdf>



ZUM METHODOLOGISCHEN KONZEPT DER KRITISCHEN DISKURSANALYSE (KDA)

Von Margarete Jäger

Seit wenigen Wochen ist die 8. Auflage des Einführungsbandes „Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung“ im Unrast-Verlag erschienen. Sie entwickelt das Standardwerk von Siegfried Jäger weiter und verarbeitet theoretische Überlegungen und praktische Erfahrungen der Diskurswerkstatt und des DISS aus mehr als drei Jahrzehnten. Als Gegenstück zu diesem 420 Seiten starken Buch drucken wir hier einen leicht überarbeiteten Kurzvortrag von Margarete Jäger nach, in dem sie die KDA kurz und knapp vorstellt.¹

Kritische Diskursanalyse

Eine Einführung



Siegfried Jäger | Margarete Jäger
Regina Wamper | Benno Nothardt



8., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage

Edition DISS 42

erschienen im September 2024

8., vollständig überarbeitete und

aktualisierte Auflage

420 Seiten, 29,80€

ISBN: 978-3-89771-771-8

Die Kritische Diskursanalyse (KDA) versteht sich als ein Konzept qualitativer Sozialforschung, das insbesondere von den Schriften Michel Foucaults inspiriert ist. Wir nennen dieses Verfahren „Kritische Diskursanalyse“, weil wir damit herausstellen wollen, dass es sich besonders dazu eignet, gesellschaftlich brisante Themen und Debatten zu analysieren.

Diskurse begreifen wir dabei als gesellschaftliche Redeweisen, die institutionalisiert sind, d.h. gewissen Regeln unterliegen und Machtwirkungen entfalten, weil sie das Handeln von Menschen bestimmen. Wir begreifen Diskurse als „Fluss von

Wissen' durch Zeit und Raum“ und wollen damit ihre historische Dimension einfangen. Diskurse fließen sozusagen von der Vergangenheit durch die Gegenwart in die Zukunft.

Wenn wir Diskurse analysieren, geht es uns um die Antwort auf die Frage, was zu einem bestimmten Zeitpunkt von wem wie sagbar ist bzw. war. Das wiederum bedeutet, dass immer auch die Frage danach mitspielt, was nicht sagbar ist bzw. war. Mit einer Diskursanalyse wollen wir also das Feld des Sagbaren erfassen. Indem wir aber auch die Grenzen des Sagbaren in den Blick nehmen, betrachten wir immer auch die Machtwirkungen von Diskursen.

Diese Machtwirkungen entfalten Diskurse jedoch nicht im luftleeren Raum. Diskursanalysen stoßen vielmehr inhalt-

lich sehr schnell auf sogenannte diskurstragende und -stabilisierende Faktoren. Dazu gehört zum einen der Komplex des Normalismus, dessen Wirksamkeit und Bedeutung von Jürgen Link herausgearbeitet worden ist und dessen Analysen wir in die KDA eingearbeitet haben.²

NORMALISMUS

Unter Normalismus verstehen wir einen Kulturtyp, in dem nahezu alle gesellschaftlichen Sektoren quantifiziert und messbar gemacht werden. Insofern lässt sich sagen, dass wir es zurzeit in Deutschland vorherrschend mit einer normalistischen Kultur zu tun haben. Wir kennen es alle: Fast alle Ereignisse werden hinsichtlich ihrer Normalität befragt und – sofern sie davon abweichen – werden Anstrengungen unternommen, die gewünschte Normalität wieder herzustellen. Dies vollzieht sich zum Beispiel dadurch, dass Durchschnitte errechnet werden, dass Toleranzgrößen und Grenzwerte ermittelt werden, innerhalb deren eine Entwicklung als normal angesehen wird. Alles, was noch in diesen Bereich hineinfällt, ist okay und normal, außerhalb dieser Bereiche beginnt jedoch „Denormalisierung“. Es wird damit ein Handlungsbedarf kenntlich gemacht, der darauf ausgerichtet ist, die Normalität wieder herzustellen.

Die Frage, was als normal gilt bzw. gelten soll und was nicht und wie dieser Zustand herzustellen und zu erhalten ist, ist für die zentralen gesellschaftlichen Debatten grundlegend. Die Kontrolle und Regulation dieser Normalität geschieht durch unterschiedliche Strategien, deren Machteffekte sich durch Diskursanalyse herausarbeiten lassen. Wir können flexibel- und protonormalistische Strategien unterscheiden, die jeweils

unterschiedliche subjektivierende Effekte zeitigen. Die flexibel-normalistische Strategie nutzt Spielräume und Toleranzgrößen, während eine protonormalistische Strategie sehr starre Grenzen setzt.

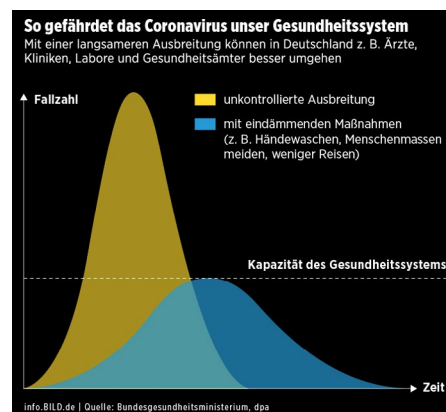


Abb. 1: Setzung von Normalitätsgrenzen und Strategien der Regulierung.

¹ Der Kurzvortrag wurde auf dem Workshop „Populismus und seine ausgrenzenden Effekte als gesellschaftliche Entwicklung“ am 3.11.2023 im DISS gehalten.

² Vgl. dazu z.B. Link, Jürgen 2013: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, 5. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht sowie Link, Jürgen 2018: Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

KOLLEKTIVSYMBOLIK

Bei der Umsetzung dieser Strategien spielt die Kollektivsymbolik eine entscheidende Rolle, die deshalb gleichfalls von Jürgen Link als ein diskurstragendes Element angesehen wird.³ Unter Kollektivsymbolen verstehen wir kulturelle Stereotypen, die kollektiv tradiert und benutzt werden. Das können Bilder im Wortsinne sein, also Fotos und Karikaturen, das können aber auch Sprachbilder, also z.B. Metaphern sein. Wichtig ist, dass diese Symbole von einem großen Teil der Gesellschaft sofort verstanden werden und ‚sinnvoll‘ sind.

Kollektivsymbole entfalten ihre Wirkung innerhalb eines *topischen* Systems, das für westliche moderne Industriegesellschaften folgendermaßen skizziert werden kann.

Es lässt sich als ein kreisförmiges Gebilde vorstellen, dessen Grenzen gleichzeitig die Grenzen des sozialen Systems symbolisieren, mit denen das Innen vom Außen getrennt wird. Dieser Kreis kann sowohl vertikal wie auch horizontal durchgeschnitten werden. Vertikal entsteht so eine Achse von Oben und Unten, mit der eine hierarchische Struktur markiert wird. Die horizontale Achse ermöglicht politische Verortungen: von rechts bis links. Hinzu kommt eine dritte Achse, die dynamische Entwicklungen wie Rückschritt und Fortschritt darstellt.

Diese Grundtopik wird durch verschiedene Symbolserien sprechend gemacht. Dabei sind für alle konfliktären Diskurse die Symbole besonders bedeutsam, mit denen das ‚Eigene‘

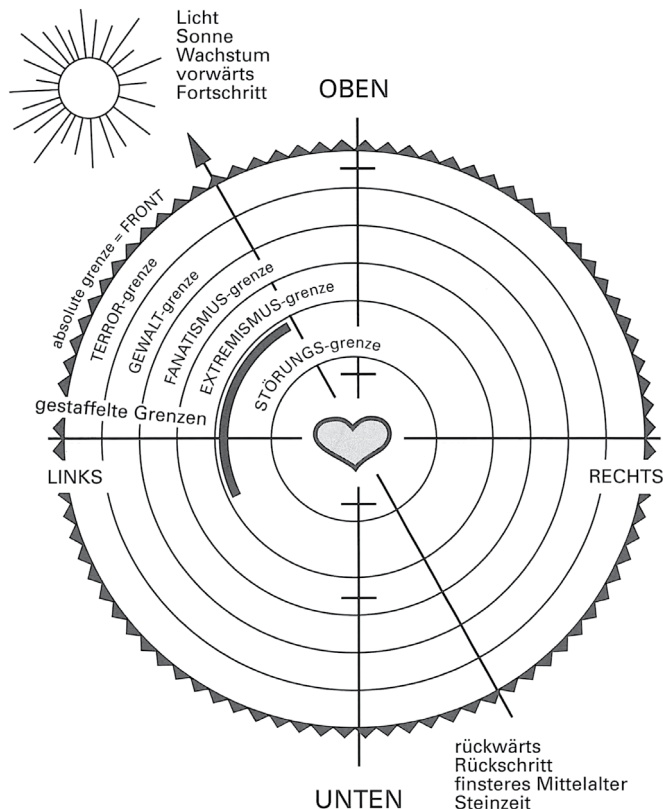


Abb. 2: Topik der Kollektivsymbolik.

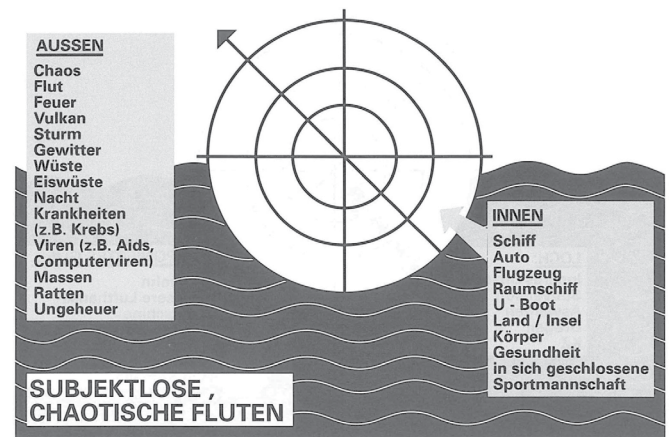


Abb. 3: Symbolketten zur konkreten Füllung der kollektivsymbolischen Topik.

vom ‚Fremden‘ abgegrenzt wird. Und hier lassen sich charakteristische Unterschiede festhalten: Während die Innenwelt häufig zum Beispiel als Flugzeug, Auto, Schiff oder Haus symbolisiert wird, gelten für die Außenwelt Symbole wie etwa Ungeziefer, Stürme, Fluten, Gifte etc. Zwischen beiden Serien besteht ein entscheidender Unterschied: Die Symbole, die das eigene System codieren, signalisieren (fast immer) einen Subjektstatus der Dargestellten, während die Symbole, die sich auf die Außenwelt beziehen, diesen vermissen lassen. Das eigene System wird also in der Regel durch Symbole codiert, die mit Ordnung und Rationalität verbunden sind, das Außensystem durch solche, die Chaos und Unberechenbarkeit signalisieren.

Durch den Einsatz dieser Symbolik lassen sich gesellschaftliche Prozesse und Veränderungen als integraler Bestandteil der Gesellschaft deuten oder als Abweichung von dieser und damit als „Anormalität“. Sie hilft, zwischen Normalität und Abweichung zu unterscheiden.

Das System kollektiver Symbolik legt Logiken nahe, innerhalb derer in einer Gesellschaft über Problemzusammenhänge nachgedacht wird, ohne dass diese Probleme dadurch restlos determiniert würden.

ANALYTISCHE KATEGORIEN

Nun stellen sich Diskurse im Ausgangspunkt als ein Gewimmel vielfältiger Aussagen dar. Dieses Gewimmel gilt es erst einmal zu entflechten. Dabei helfen uns einige analytische Kategorien, mit denen wir unterschiedliche Diskurse voneinander abgrenzen können.

So unterscheiden wir Diskurse in verschiedene *Diskursstränge*, worunter thematisch einheitliche Diskursverläufe zu verstehen sind. Ihre Analyse arbeitet die Aussagen heraus, also das, was sagbar ist. Die Bestimmung von Diskurssträngen ermöglicht es, dass wir uns ‚neutral‘ dem Gegenstand nähern. Diskursanalyse will ein Themenfeld in seiner gesamten Aussagenbreite untersuchen. D.h. es geht nicht darum, nur be-

³ Link, Jürgen 1988: Über Kollektivsymbolik im politischen Diskurs und ihren Anteil an totalitären Tendenzen, in: kultuRRevolution 17/18, S. 47-53.



stimmte, z.B. sexistische oder rassistische Aussagen zu untersuchen, sondern das Sagbarkeitsfeld insgesamt zu erfassen.

Diskursstränge operieren auf verschiedenen *Ebenen*. Man könnte solche *Diskursebenen* auch als *sozialen Kontexte* bezeichnen, aus denen jeweils ‚gesprochen‘ wird. Z.B. gibt es die wissenschaftliche, bildungspolitische, mediale und politische Diskursebene. Manchmal lassen sich diese Ebenen nur schwer voneinander abgrenzen, weil sie sich aufeinander beziehen. Deshalb sprechen wir z.B. auch von einer mediopolitischen Diskursebene.

Des Weiteren berücksichtigen wir bei der Analyse von Diskursen auch die *Diskursposition* der Sprechenden oder Schreibenden. Damit ist grob gesprochen die Haltung des Einzelnen oder von Gruppen zu den zu analysierenden Diskursen gemeint. Das können politische, aber auch ethische Haltungen und Auffassungen sein.

Für Diskursanalyse besonders interessant sind sogenannte *diskursive Ereignisse*. Darunter verstehen wir solche Ereignisse, durch die der betreffende Diskurs grundlegend verändert wird. Ein jüngeres Beispiel dafür ist etwa der Pandemie-Diskurs, der sich durch das Auftreten von Corona völlig verändert hat oder aber auch die Ausrufung der „Zeitenwende“ nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, die den politischen Diskurs in der BRD wesentlich verändert hat. Für eine Analyse eignen solche Ereignisse sich besonders gut, weil durch sie das gesamte Sagbarkeitsfeld eines Diskurses aufgewühlt und damit analytisch erfasst werden kann.

GANG DER ANALYSE

Das konkrete methodische Vorgehen einer Kritischen Diskursanalyse hängt natürlich letztlich vom Untersuchungsgegenstand und seiner Fragestellung ab; also davon, auf welche Fragen die Analyse Antworten geben soll.

Der erste Schritt besteht dann in der Erschließung des diskursiven Kontextes, bei dem es um die Charakterisierung des historischen Verlaufs des zu untersuchenden Diskursstranges geht. Dies ermöglicht die Bedeutung und Gehalt eines Diskursstrangs einzuschätzen

Es folgt die Erfassung des Analysematerials, d.h. die Erstellung eines aussagefähigen Untersuchungskorpus. Was wird in welchem Zeitraum zur Analyse herangezogen?

Dieses Korpus wird einer Strukturanalyse unterzogen, die darauf abzielt, die wesentlichen *Aussagen* zu ermitteln. Im Resultat werden dadurch Texte oder Textteile herausgearbeitet, die für den Diskurs besonders typisch und prägend sind.

Diese werden feinanalysiert. Damit wollen wir die sprachlichen Wirkungsmittel erfassen, also mit welchen Ausdrucksformen die ermittelten Aussagen transportiert werden. An dieser Stelle kommen auch im engeren Sinne linguistische Instrumente zur Anwendung und es werden u.a. Pronominalstrukturen, Präsuppositionen (unausgesprochene Voraussetzungen), Anspielungen und (Kollektiv-)Symbole analysiert.

Die Erstellung der Gesamtanalyse schließt den Prozess ab, indem die erzielten Ergebnisse reflektiert und zu einer Gesamtaussage verdichtet werden.

WIE KRITISCH IST DIE KRITISCHE DISKURSANALYSE?

Die Analyse von Diskurssträngen ermöglicht es, sich ‚neutral‘ einem Gegenstand zu nähern. Das wirft die Frage auf: Warum betont die Kritische Diskursanalyse denn dann, dass sie *kritisch* ist?

Darauf gibt es mehrere Antworten. Die KDA kann *erstens* Widersprüche der Diskurse herausarbeiten und damit verdeutlichen, dass und wie bestimmte Aussagen als Wahrheiten zur Geltung gebracht werden. Denn wenn Diskursanalyse das Sagbarkeitsfeld erfasst, dann kann sie auch den Blick auf die Prozeduren richten, mit denen dieses Feld ausgeweitet oder eingeengt wird, etwa durch Verleugnungen und Relativierungen, Sensationalisierungen, unterstellte Alternativlosigkeiten und binäre Reduktionismen.

Zweitens verweisen die Aussagen der Diskurse auch darauf, was zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer bestimmten Gesellschaft *nicht* sagbar ist. Das Sagbarkeitsfeld kann also durch Verbote, Gesetze, Richtlinien beschränkt werden oder Aussagen als wahnsinnig, realitätsfremd, irrelevant oder unwahr bewertet und so ausgeschlossen werden. Das Sagbarkeitsfeld kann auch durch Anspielungen und Implikate eingeengt oder aber überschritten und ausgeweitet werden. Der Nachweis solcher Begrenzungen stellt einen weiteren wichtigen kritischen Aspekt Kritischer Diskursanalyse dar.

Drittens lässt sich mit der KDA herausarbeiten, an welchen Stellen mit Euphemismen, Argumentationsformen, Anspielungen, Redensarten und Symbolen gearbeitet wird, die unangemessen sind und mit denen das gesellschaftliche Klima vergiftet werden kann. Natürlich können und wollen wir uns bei unserer Kritik an Diskursen nicht auf eine objektive Wahrheit stützen. Das bedeutet, dass *viertens* die Werte und Normen, auf die wir uns berufen, transparent gemacht und reflektiert werden. Diese Werte können z.B. die Verfassungsrechte, aber auch die Ablehnung von Kriegen, Rassismus und Sexismus sein.

Und schließlich müssen wir *fünftens* auch kritisch gegenüber uns selbst sein. Kritische Diskursanalyse kann nicht darauf bestehen, die Wahrheit gepachtet zu haben. Dies ist die Grundbedingung dafür, dass auf der Grundlage der Ergebnisse unserer Analysen Kompromisse geschlossen werden können. Damit ist Kritische Diskursanalyse zugleich ein Instrument, jede Art von Fundamentalismus zurückzuweisen und zur Diskussion zu stellen.

Margarete Jäger Dr. phil, Dipl. Oec. ist Kulturwissenschaftlerin und Leiterin des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Sie hat die KDA zusammen mit Siegfried Jägern und anderen mehr als drei Jahrzehnte lang entwickelt und weiterentwickelt. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Studien zu Politik-, Medien- und Alltagsdiskursen, insbesondere in Bezug auf Gender, Rassismus, Migration, Rechtsextremismus und Krieg.

VIELFACHKRISE. KAPITALISTISCHE KRISENDYNAMIKEN UND GEOPOLITISCHE UMBRÜCHE

Von Wolfgang Kastrup & Helmut Kellershohn

Der folgende Auszug aus dem neuesten Band der DISS-Edition enthält die Einführung in die Thematik, die die Herausgeber den in dem Sammelband veröffentlichten Beiträgen vorausgeschickt haben.¹

Seit mittlerweile 36 Jahren veranstaltet das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung alljährlich ein Kolloquium. Die Beiträge des letztjährigen Kolloquiums liegen diesem Sammelband zugrunde, bereichert um einige weitere Beiträge, die hinzugekommen sind. Wir möchten in der Einleitung einige Bemerkungen zum Krisenbegriff vorwegschicken. Zusammenfassungen der in diesem Band publizierten Artikel schließen sich an.

1. Die erste Bemerkung erinnert an das *Kommunistische Manifest*, in dem Marx und Engels die permanente Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu einem zentralen Charakteristikum der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Entwicklung – im Unterschied zu früheren Gesellschaftsformationen – erklären. „Die ewige Unsicherheit und Bewegung“ als Kennzeichen der „Bourgeoisiepoche“ resultiere aus dem Zwang zur „fortwährende[n] Umwälzung der Produktion“, der „Produktionsinstrumente“ wie der Produktionsverhältnisse, und gehe einher mit der steten Auflösung tradierter („eingerostete[r]“) sozialer Verhältnisse und überkommener, „altbewährte[r]“ Vorstellungen und Anschauungen“. Und unter Vorwegnahme von Max Webers These von der Entzauberung der Welt heißt es: „Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht.“ (Marx/Engels 1971 [1848], 465) Krisen sind in diesem Umwälzungsprozess die markanten Knotenpunkte oder, so Frigga Haug, das „Lebenselixier“, der „treibende Motor“ der Entwicklung (Haug 2010, 2122), einerseits zerstörerisch wirkend, andererseits neue Formen der kapitalistischen Entwicklung hervorbringend.

Im *Kapital* wird Marx dann den „Periodenwechsel des Industriellen Zyklus“, die „Reihenfolge von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Prosperität, Überproduktion, Krisen und Stagnation“ (Marx 1969 [1867], 476) zum immanenten, sich durchhaltenden Struktur-Element der Organisation kapitalistischer Produktionsweise erheben und damit gegen die Gleichgewichtsmodelle der klassischen Politischen Ökonomie argumentieren. Auch wenn es „keine zusammenhängende Darstellung einer Krisentheorie“ (Heinrich 2017, 342) bei Marx gibt: Als zentrales Krisenmoment arbeitet Marx heraus, „dass die kapitalistische Verwertung die Produktivkräfte schneller weiterentwickelt, als zahlende Nachfrage der Arbeiter konsumieren kann. [...] Dazwischen liegt das rastlose Streben nach einer Ausdehnung der Märkte, die Suche nach neuen Absatzmärkten weltweit usw., die als Lösungsformen zugleich die nächste Krise vorbereiten.“ (Haug 2010, 2124)

2. Es gibt *kleine* und *große Krisen*. Letztere unterscheiden sich in der Intensität, im Ausmaß, in ihren langzeitlichen Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft und in ihrer räumlichen Diffusion im Weltmaßstab. In großen „organischen“ (Gramsci) Krisen kommt es zu tiefgreifenden Umbrüchen der Produktions- und Lebensweise, der Zusammenhang von Ökonomie und Politik selbst gerät in die Krise. Große, organische Krisen des Kapitalismus werden erst aufgehoben, „wenn sich eine neue kapitalistische Entwicklungsweise, neue nationalstaatliche und internationale wirtschaftspolitische Arrangements und eine neue internationale Machtordnung“ (Decker 2022) herausentwickelt haben. So nach der ersten großen Krise des Kapitalismus in den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts, als die „Grundlagen für eine erste Welle der Globalisierung“ (ebd.) geschaffen wurden und das Zeitalter des klassischen Imperialismus entstand, in dem die Rivalität der Großmächte zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs führte. Die neuerliche Instabilität des Kapitalismus konnte erst durch die Entwicklungsweise des Fordismus überwunden werden. Der Fordismus verbreitete sich ausgehend von den USA und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch das Bretton-Woods-System und die keynesianische Wirtschafts- und Sozialpolitik verallgemeinert.

„Beides geriet dann in den 1970er Jahren angesichts von ausbleibenden Wachstumsraten bei gleichzeitiger Inflation in eine Krise. Sie wurde durch eine neue, schuldenbasierte Entwicklungsweise aufgelöst, die auf dem Ende der Gold-Bindung des Dollars, der Transnationalisierung der Produktion und der Internationalisierung der Finanzmärkte beruhte. Die Krise dieser neoliberalen, finanzdominierten Entwicklungsweise und der sie einrahmenden, westlich dominierten Weltordnung stellt die vierte große Krise des Kapitalismus dar.“ (Ebd.)

In dieser vierten großen Krise befinden wir uns jetzt. Inwiefern sich mit den verschiedenen Varianten eines „Grünen Kapitalismus“ ein neuer hegemonialer Entwicklungspfad he-

Viefachkrise

Kapitalistische Krisendynamiken und geopolitische Umbrüche



Wolfgang Kastrup & Helmut Kellershohn (Hg.)

EDITION
DISS

Edition DISS 53

erschienen am 10. Oktober 2024

ISBN: 978-3-89771-782-4

272 Seiten 19,80 €

¹ Bibliographische Angaben: Helmut Kellershohn & Wolfgang Kastrup (Hg.): Viefachkrise. Kapitalistische Krisendynamiken und geopolitische Umbrüche (= Edition DISS 53), Münster: Unrast 2024, 240 Seiten, 19,80€. ISBN 978-3-89771-782-4 (Erscheinungstermin: 15. Okt. 2024)



rausbildet oder bereits herausgebildet hat, ist zurzeit noch in der Schwebe. Kritische Einwände, die überhaupt die Möglichkeit eines „Grünen Kapitalismus“ infrage stellen, mehren sich.

3. Aktuelle Bezeichnungen für eine organische Krise sind multiple Krise, Polykrise oder Vielfachkrise. Für Nancy Fraser ist die Krise nicht auf Teilbereiche beschränkt, sondern betrifft die gesamte gesellschaftliche Ordnung. „Sie ist nicht nur eine ökonomische oder ökologische, nicht ‚nur‘ eine Krise der Politik oder des Care-Bereichs, sondern all diese Phänomene laufen zusammen und verschärfen sich gegenseitig.“ (Fraser 2022, 42) Alex Demirović (2018, 31) definiert Vielfachkrise als „komplexe Einheit von vielen autonomen (oder besser gesagt: relativ autonomen) Krisendynamiken wie Flucht- und Migrationsprozessen, Klimawandel oder Demokratiekrise.“ Sie „verknüpften und verschärften sich 2007/08 mit einer großen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise“, die die Schattenseite der neoliberalen Globalisierung ins allgemeine Bewusstsein hob. Mittlerweile haben wir eine veritable Krise des westlich-liberalen Modells mit dem Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien sowie bonapartistischer Regime (Beck/Stütze 2018) einerseits, dem Zerfall ehemals tragender Groß- oder Volksparteien im Mitte-Rechts (Biebricher 2023) und Mitte-Links-Spektrum des politischen Systems andererseits, den Bedeutungsverlust linker Alternativen nicht zu vergessen. Mit dem Ukrainekrieg, dem Aufstieg Chinas zur zweitwichtigsten Wirtschaftsmacht und der wachsenden Bedeutung des Globalen Südens ist zudem der Kampf um eine neue, multipolare statt unipolare Weltordnung entbrannt. Die Rede von Blockkonfrontation, von Decoupling, Derisking oder Friend-shoring (wirtschaftlicher Austausch mit politischen Freunden) gehört aktuell zum Standardrepertoire politischer, wirtschaftlicher und auch militärischer Strategiedebatten im Westen. Überhaupt drängt mit der Rede von einer „Zeitenwende“ das Militärische bzw. die Bereitschaft, militärische Lösungen in den Umbrüchen der internationalen Ordnung in Betracht zu ziehen, in die Planspiele der Eliten und die (ver-) öffentlich(t)e Meinung.

4. Auf einen weiteren Typus von Krise, aktuell wie perspektivisch von zentraler Bedeutung, macht Klaus Dörre aufmerksam, wenn er im Kontext der Corona-Pandemie von einer „ökonomisch-ökologischen Zangenkrise“ spricht. Gemeint ist,

„dass das wichtigste Mittel zur Überwindung von Stagnation, Arbeitslosigkeit und Armut sowie zur Pazifizierung von Klassenkonflikten im Kapitalismus, die Generierung von Wirtschaftswachstum, unter Status-quo-Bedingungen (hoher Emissionsausstoß, ressourcen- und energieintensiv sowie auf fossiler Grundlage) ökologisch zunehmend destruktiv und deshalb gesellschaftszerstörend wirkt. *Der Zangengriff von Ökonomie und Ökologie markiert eine Krise, die ungelöst hinter der Corona-Pandemie lauert.*“ (Dörre 2020, 169; Hervorheb. i. Orig.)

Dieses „dahinter“ versteht Dörre als „epochale Krise“ (2021, 47). Sie ist anders dimensioniert als besagte große und kleine Krisen des Kapitalismus, auch wenn sie davon nicht losgelöst betrachtet werden kann. Sie verweist auf einen grundsätzlichen „Bruch in der menschlichen Zivilisation“ (ebd.), den die einen als Folgeerscheinung eines neuen Erdzeitalters, des

Anthropozäns, die anderen als fundamentale Krise des „Kapitalozäns“ beurteilen – ein Begriff, der u.a. von Elmar Altvater gerne gebraucht wurde (Altvater 2018). Dörre bevorzugt den ersten Begriff: Anthropozän heißt,

„dass die Menschheit zum wichtigsten Faktor bei der Reproduktion außermenschlicher Natur geworden ist. Anthropozän heißt, dass die Menschheit ihre eigenen Lebensgrundlagen zerstören kann. Sie hat es aber auch in der Hand, einen Gesellschafts-Natur-Metabolismus zu etablieren, der das instrumentelle Verhältnis zu Naturressourcen und nichtmenschlichen Lebewesen überwindet“ (ebd.).

Und das ist sicherlich eine Aufgabe, die auch unabhängig von den je spezifischen Strukturen einer Gesellschaftsformation notwendiger Bestandteil einer nachhaltigen Gesellschaft-Natur-Beziehung sein müsste (vgl. dazu neuerdings Fraser 2023). Gerade eine sozialistische Gesellschaft müsste sich einer solchen Aufgabe einer sozial-ökologischen Transformation stellen. Die epochale Krise kann „dann als überwunden betrachtet werden, wenn es gelungen ist, einen Natur-Gesellschafts-Metabolismus zu etablieren, der die Reproduktionsfähigkeit der Netzwerke menschlichen und außermenschlichen Lebens sicherstellt. Misslingt dies, drohen große Teile des Planeten unbewohnbar zu werden“ (Dörre 2021, 47).

5. Ein letzter Punkt. Bekanntlich haben Krise und Kritik sprachlich dieselbe griechische Wurzel. Das Verb *krínein* bedeutet scheiden/unterscheiden, auswählen, erklären. Krisen sind also Entscheidungssituationen, Wendepunkte (vgl. Haug 2010, 2121). Die Richtung, die eingeschlagen wird, hängt nicht zuletzt damit zusammen, wie Krisen gedeutet und diskursiv verarbeitet werden. Sie sind also mit Konflikten und Antagonismen verbunden, in denen sowohl der herrschende Block an der Macht als auch gegenhegemoniale Kräfte um die Deutungshoheit ringen. In der Bearbeitung des sozial-ökologischen Transformationskonflikts im Rahmen der Vielfachkrise bilden sich nach Hendrik Sander (2023) neben einem grün-kapitalistischen Hegemonieprojekt (in verschiedenen Variationen) weitere Hegemonieprojekte (rechts-reaktionär, fossilistisch-konservativ, emanzipatorisch) heraus, die politisch zwischen den jeweiligen Machtblöcken umkämpft sind. Das grün-kapitalistische gibt sich liberal, technologieaffin, wachstumsorientiert, z.T. offen für staatskapitalistische Interventionen, setzt auf Wandel und Modernität. Eine öko-kapitalistische Modernisierung mit dem Leitbild eines grünen Kapitalismus verursacht jedoch neue sozial-ökologische Kosten und verlagert sie auf andere Akteure und Räume etwa im Globalen Süden (vgl. Brand/Wissen 2024). Die ökologische Krise wird im nationalen wie globalen Maßstab so nicht erfolgreich gelöst werden können, wie viele Kritiker:innen monieren (vgl. u.a. Tino Heim 2024 und in diesem Buch). Herausgefordert wird das Projekt eines grünen Kapitalismus zudem „von der Konvergenz eines radikalisierten Konservatismus mit der radikalen Rechten und einer aggressiven Verteidigung der fossilistischen Lebensweise, einschließlich harter Kulturkämpfe auf allen Ebenen“ (Candeias 2023). Der Ausgang der diesjährigen Europawahlen mit einer Stärkung der rechten Kräfte und die Präsidentschaftswahlen in den USA mit einem möglichen Sieg der Republikaner sind in diesem Zusammenhang von erheblicher Bedeutung für die weitere Entwicklung.

ZU DEN BEITRÄGEN²

1. Der Beitrag von *Tino Heim* verfolgt die Frage, warum die sich in gehäuften Temperaturrekorden, Extremwetterereignissen und Naturkatastrophen zuspitzende Klimakatastrophe keine adäquaten politischen Gegenmaßnahmen motiviert. Die Ursachen der Klimakrise und des fortgesetzten Scheiterns klimapolitischer Ambitionen werden in grundlegenden Widersprüchen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse sowie in den Wechselwirkungen multipler struktureller Antagonismen und Konfliktlagen verortet, welche für die kapitalistische Gesellschaftsformation bestimmend bleiben. Nach einer einleitenden Veranschaulichung solcher Antagonismen anhand der Paradoxien der jüngsten Weltklimakonferenz (1.), werden zunächst Befunde zu den Entwicklungen des Klimadiskurses, der Klimapolitik und der Klimakrise seit den 1970er Jahren zusammengefasst (2.). In einem Rückblick auf Marx werden einige basale Widersprüche kapitalistischer Naturverhältnisse und ihre gesellschaftlichen Konstellationen herausgearbeitet (3.). Gerade an jüngsten Bestrebungen um eine ‚nachhaltige‘ Reorganisation der Wirtschaftsform lässt sich zeigen, dass diese Antagonismen innerhalb des kapitalistischen Weltsystems nicht auflösbar sind. ‚Grüner Kapitalismus‘ erweist sich stattdessen als neue Form der Reproduktion globaler Ausbeutungsstrukturen, in denen hegemoniale Staaten und Staatenbündnisse soziale und ökologische Folgelasten der Wirtschaftsweise in andere Weltregionen zu externalisieren suchen, wobei globale sozialökologische Krisendynamiken verschärft werden (4.). Die Zuspitzung der Klimakatastrophe folgt aus dem Zusammenspiel weiterer struktureller Antagonismen mit politischen Versuchen, diese Antagonismen auszugleichen. Gerade der politische Ausgleich sozialer und ökonomischer Antagonismen und Krisen führt dabei zur weiteren Verschärfung ökologischer Krisendynamiken (5.). Abschließend werden vor diesem Hintergrund Fragen nach den Möglichkeitsbedingungen anderer gesellschaftlicher Naturverhältnisse diskutiert (6.).

2. Große Hoffnungen werden in Politik und Medien mit solutionistischen Lösungen – Stichworte: Digitalisierung, künstliche Intelligenz – in Verbindung gebracht. Der Beitrag des Tech-Kollektivs *Capulcu* argumentiert, dass seit der Erfindung der Dampfmaschine sich folgendes ‚Technologieversprechen‘ hartnäckig hält: Technologische Innovationen sollen den Kapitalismus energie- und ressourcenschonender und damit trotz Expansion ‚zukunftsfähig‘ machen. Keine Technologie konnte das Versprechen bislang einlösen: Jedes Mal entlarvte der Rebound-Effekt derartige Anleihen auf die Zukunft nachträglich als Illusion oder gar Lüge.

Die derzeitige technokratisch-grüne Erzählung setzt auf die Hoffnung, eine künstlich-intelligente Vernetzung unserer Umwelt möge ‚uns‘ bei der zentralen Lösung des ‚hochkomplexen‘ Klimaproblems leiten. Der Beitrag von *Capulcu* untersucht den materiellen Hintergrund künstlicher Intelligenz und legt nahe, dass die dazu benötigten Höchstleistungs-Rechenzentren aktuell zu einem der zentralen Treiber eines beschleunigten Klimawandels avancieren.

Die ökologische Zerstörung durch eine massiv ausgeweitete Computerchip-Produktion ist dabei eng verknüpft mit der Gefahr einer drohenden militärischen Auseinandersetzung zwischen den USA und China – über die technologisch-ökonomisch entscheidende Frage: Wer hat zukünftig Zugriff auf die neue Weltordnungs-Ressource der Höchstleistungschips?

3. Im Zuge der ökologischen Krisendynamik, so *Janina Puder* in ihrem Beitrag, wächst der gesellschaftliche Druck, die globale Wirtschaft von ihrer Abhängigkeit von fossilen Ressourcen zu entkoppeln. Auf der Suche nach alternativen Energiequellen ist die Nachfrage nach bio-basierten, nachwachsenden Ressourcen in den letzten Jahrzehnten dramatisch gestiegen. In diesem Kontext hat die südostasiatische Palmölindustrie (Indonesien, Malaysia) erheblich an Bedeutung gewonnen. Aufgrund seiner energetischen Eigenschaften eignet sich Palmöl im besonderen Maße zur Herstellung vermeintlich „nachhaltiger“ Agrotreibstoffe. Dies hat zu einer massiven Expansion der Ölpalmkultivierung geführt. Infolgedessen hat sich ein regionales Akkumulationsregime herausgebildet, das einerseits auf dem Export von billigem Palmöl für den Weltmarkt und andererseits dem massiven „Import“ von (trans-) regionaler Arbeit basiert. Die Ausdehnung der monokulturellen Ölpalmkultivierung führt dabei zu einer permanenten Grenzverschiebung zwischen Plantagenanbaugebieten und von (Primär-)Wald dominierten Zonen. Immer größere Teile komplexer Ökosysteme werden eingeebnet und in riesige agro-industrielle Landschaften verwandelt. Gleichzeitig verstetigt die rasche Ausdehnung der Palmölindustrie Arbeitsverhältnisse, die im Wesentlichen durch die extreme Ausbeutung „gering qualifizierter“ migrantischer Arbeiter:innen geprägt sind.

Aus Sicht des Kapitals kann Überausbeutung als eine Strategie verstanden werden, mittels derer zusätzlicher Mehrwert im Produktionsprozess appropriiert werden kann. Für die Arbeiter:innen manifestiert sich die Überausbeutung ihrer Arbeitskraft u.a. in nicht-reproduktionssichernden Löhnen, einer permanenten Ausdehnung des Arbeitstages sowie Arbeitsbedingungen, die unweigerlich zu ihrer physischen (und psychischen) Erschöpfung führen.

Im Weiteren führt *Puder* aus, dass der Staat durch das vorherrschende Arbeitsmigrationsregime die Voraussetzungen für die Überausbeutung im Palmölsektor schafft. Die Segmentierung des Arbeitsmarktes, die Segregation von migrantischen Arbeiter:innen nach Staatsangehörigkeit, die Diskriminierung von Migrant:innen im Hinblick auf ihre (Selbst-) Organisation und die Flexibilisierung der Arbeitsmigration disziplinieren und entwerten die Arbeitskraft der Arbeiter:innen und halten ihre Arbeitskraft für das Kapital billig und verfügbar – nichtsdestotrotz zeichnet sich auch eine zögerliche Formation von Widerstand ab.

4. Die Krise der sozialen Reproduktion ist seit der Corona-Pandemie mit Macht in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt: Der Pflegenotstand ist überdeutlich geworden. *Christa Wichterich* stellt in ihrem Beitrag die globale Dimension der Bearbeitung dieses Notstandes in den Mittelpunkt. Die

² Grundlage der folgenden Ausführungen sind die Abstracts der Autor:innen.



Lösung für den beklagten Fachkräftemangel im Gesundheits- und Betreuungssektor sollen migrantische Pflegekräfte aus dem Globalen Süden und sogenannte transnationale Sorgketten sein. Wichterichs Artikel will einen Beitrag leisten zur Analyse der Reproduktionskrise und der geographischen Lösungsstrategie durch eine neue internationale Arbeitsteilung der Care-Arbeit.

Dazu stellt der erste Teil dieses Beitrags die Zentralität sozialer Reproduktion und von Care-Arbeit für die feministische Theoriebildung dar. Der zweite Teil leistet eine Zeit- und Raumdiagnose der aktuellen Krise sozialer Reproduktion für den Praxisbereich der Kranken- und Altenpflege und von entsprechenden Global Care Chains. Dabei beleuchtet er die Rolle von Regierungen und Vermittlungsagenturen bei der Normalisierung des Sorgeextraktivismus und die Versuche, den Export-Import von Care-Arbeit zu regulieren. Der Sorgeextraktivismus kann als Pendant zu dem im vorhergehenden Beitrag analysierten Ressourcenextraktivismus betrachtet werden.

5. Mit dem Beitrag von *Wolfgang Kastrup* zur fortschreitenden Eskalation des Ukrainekrieges werden die im engeren Sinne politischen und militärischen Aspekte der Vielfachkrise in ihrer internationalen Dimension angesprochen. Durch den Überfall russischer Truppen auf die Ukraine hat sich ein „Weltordnungskrieg“ entwickelt, der als „wesentlicher Katalysator einer neuen Weltordnung“ (Ingar Solty) verstanden werden kann. Die Ausführungen gehen zuerst auf die Vorgeschichte dieses Krieges ein, denn ohne eine solche Betrachtung können die Gründe nicht verstanden und erklärt werden: der Euro-Maidan 2013/2014, die Frage nach einer Sezession oder Annexion der Krim, die Gründung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie die Bedeutung des Minsker Abkommens und der NATO-Osterweiterung. Analysiert wird dann im nächsten Schritt, welche Ursachen für die militärische Invasion Russlands ausschlaggebend waren und weshalb die Wirtschaftssanktionen des Westens gegenüber Russland nicht wie erhofft wirken. Innenpolitisch ist eine Konsequenz des Krieges, dass sich in Russland die politische Repression deutlich verschärft hat. Für die Ukraine hat der Krieg, der Tod, Leid und Zerstörung verursacht, den Charakter einer nationalen Selbstverteidigung und für die NATO, ohne die die Ukraine diesen Krieg überhaupt nicht führen könnte, den Charakter eines Stellvertreterkrieges. Alle drei Kriegsparteien, ergänzt auf Seiten des Westens noch durch die EU, tragen zur weiteren Eskalation des Krieges bei. Bezüglich der westlichen Kriegsallianz geht der Beitrag der Frage nach, weshalb sie die Ukraine so vehement militärisch, finanziell und humanitär unterstützt und welchen Nutzen sie sich dadurch erhofft.

6. Die internationale Ordnung befindet sich aber bereits seit Längerem, wie viele Stimmen sagen, in „Unordnung“, im „Zerfall“, nach Ansicht des US-Außenministers ist die Nachkriegsordnung sogar „tot“. Ohne Frage haben, so *Uwe Hoering* in seinem Beitrag, Chinas Aufstieg und selbstbewusste Forderung nach Mitsprache auf Augenhöhe einen erheblichen Anteil an dieser Situation, ebenso wie umgekehrt die Verteidiger der alten Ordnung, deren hegemoniale Position bedroht ist. An Stelle wechselseitiger Schuldzuweisungen, wer diese Situation hervorgerufen hat, analysiert der Beitrag fundamentale Veränderungen in der Globalisierung und daraus resultieren-

de Veränderungen der geoökonomischen und -politischen Machtverhältnisse. Wenn die daraus entstandenen Konflikte nicht in Krieg, sondern in einer ‚renovierten‘ neuen Ordnung vermittelt werden sollen, so die weitere Argumentation des Autors, müssen die entstandene Multipolarität und deren Interdependenzen, in denen das im Windschatten von China gestiegene Gewicht und Selbstbewusstsein des Globalen Südens eine zentrale Rolle spielen, anerkannt und in multilateralen Reformen beziehungsweise der Stärkung der Vereinten Nationen, von internationalem Recht und Institutionen umgesetzt werden.

7. Nach dem Ukrainekrieg hat sich der Nahe Osten seit dem terroristischen Angriff der Hamas zu einem weiteren Krisenherd entwickelt. Eine Ausweitung des kriegerischen Konflikts über Gaza hinaus (Libanon, Jemen, Iran) liegt im Bereich des Möglichen. Der Beitrag von *Jobst Paul* wendet sich in diesem Zusammenhang einer speziellen Thematik zu: Der Artikel soll einige Kontexte der israelischen Kriegführung im aktuellen Gaza-Krieg nachzeichnen. Dazu gehört zweifellos der US-War on Terror, in dem überkommene Prinzipien des Kriegsrechts umgangen wurden, allerdings mit Hilfe von militäretischen Legitimationen durch professionelle Philosophen. Eine zentrale Rolle spielte dabei – als Erneuerer des philosophischen Utilitarismus und als neoliberaler Dienstleister – die in den USA entstandene Praktische Ethik. Sie stellt auch den Bezug her zum Ethik-Kodex der israelischen Armee (IDF), der maßgeblich von Asa Kasher, einem Vertreter des neuen philosophischen Aufbruchs, formuliert wurde. Der Artikel verfolgt darüber hinaus die psychologische Umsetzung des ‚philosophischen‘ Rahmens bei der Schaffung eines ‚militärischen Subjekts‘ im Rahmen der IDF.

8. Die Vision einer multilateralen Gestaltung einer neuen internationalen Ordnung, wie sie *Uwe Hoering* in seinem Beitrag anspricht, gehört sicherlich nicht zu den Anliegen der Alternative für Deutschland (AfD). Im Unterschied zu einigen anderen Parteien der autoritären Rechten in Europa steht sie nicht in Regierungsverantwortung. Gleichwohl sind ihre außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen in Bezug auf Europa und die multipolare Weltordnung von Interesse, insbesondere hinsichtlich des Agierens der AfD auf europäischer Bühne. Der Beitrag von *Helmut Kellershohn* zeichnet zunächst die Entwicklung der AfD-Programmatik bzgl. ihrer Haltung zur EU und zu Europa nach. Das jüngste Ansinnen der AfD, einen „Bund europäischer Nationen“ ins Leben zu rufen, steht dabei im Mittelpunkt. Dass diese Idee auch mit einer Distanzierung von der NATO (ohne bislang den Austritt zu fordern) und einem antiamerikanischen ‚Grundrauschen‘ gekoppelt ist, soll im Verlauf der Ausführungen deutlich werden. Im Anschluss konfrontiert der Beitrag die Idee des Bundes mit dem Konzept des Großraums, das zwar nicht im aktuellen Programm, wohl aber bei den radikalen Vordenkern der Partei und in ihrem „Rückraum“ (Götz Kubitschek) perspektivisch als Weiterentwicklung des Programms propagiert wird. Die Berufung auf Carl Schmitts „Völkerrechtliche Großraumordnung“ als Vorlage für eine neue multipolare Weltordnung verschärft die antiamerikanische Stoßrichtung (Stichwort: Interventionsverbot) und betont die hegemoniale Stellung Deutschlands in Europa (wahlweise auch: Mitteleuropa), die vermittels eines Arrangements mit Russland erreicht bzw.

abgesichert werden soll. Eine davon abweichende, westlich orientierte und gegen Russland gerichtete Großraumversion offeriert die *Junge Freiheit* und unterstreicht damit den Kampf zweier Linien um die ideologisch-politische Ausrichtung der AfD auch in diesem Punkt.

9. Mit dem Aufstieg der AfD, sichtbar geworden bei den Landtagswahlen in 2023 in Hessen und Bayern und bereits überdeutlich mit den Umfrageergebnissen in Ostdeutschland, rückt die Krise des politischen Systems, die seit längerem als Krise der westlichen liberalen Demokratien auf den Aufstieg populistischer und autoritärer Bewegungen zurückgeführt wird, auch für Deutschland in den Bereich des öffentlichen Interesses. Sowohl die Arbeiten von Colin Crouch (2021), Craig Calhoun u.a. (2024) und Veith Selk (2023) sehen sie als Ausdruck einer tieferliegenden Problematik, die u.a. mit der Erosion der sozialen Grundlagen der Demokratie zu tun hat. Der Beitrag *Peter Höhmanns* befasst sich in diesem Zusammenhang speziell mit dem Abschneiden der AfD bei den hessischen Landtagswahlen. Im Zentrum stehen dabei die sehr unterschiedlichen Stimmenanteile, die diese Partei in den einzelnen Gebietsteilen des Bundeslandes erzielt hat. Höhmann interpretiert das Wahlergebnis auf Grundlage der von Anthony Giddens als Entbettung und Rückbettung bezeichneten Formen ungleichzeitiger Entwicklung. Hierfür werden längerfristig erkennbare Folgen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels als ein in ihrem Verlauf krisenhafter Entbettungsprozess dargestellt. Dieser gibt deutliche Unterschiede in der Entwicklung einzelner Regionen zu erkennen. In diesen Differenzen spiegeln sich zugleich die Zustimmungswerte, die die AfD jeweils erhalten hat. Besonders auffällig ist nicht nur der markante Stimmenzuwachs für diese Partei in den benachteiligten Randgebieten, sondern auch seine langfristige Stabilität, wie aus dem Vergleich mit dem Ergebnis der Reichstagswahlen des Jahres 1932 hervorgeht.

10. Die Krise der westlichen liberalen Demokratien ist auch eine Krise des politisch organisierten Konservatismus. Dafür stehen die Beispiele in Italien und Frankreich. Der Beitrag von *Robert Tonks* thematisiert die Entwicklung in Großbritannien. Seit dem EU-Referendum am 23. Juni 2016 kämpft Großbritannien mit den Folgen seines Ausscheidens aus der Europäischen Union am 31. Januar 2020. Der sogenannte Brexit spaltete die Nation – und tut dies bis heute – in leavers und remainers. Der vorliegende Artikel stellt die Entwicklung der vergangenen acht Jahre dar. Dabei wird die schleichende Verwandlung der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vertretenen Postulate der Europäischen Idee am Beispiel der Wahlsprüche der letzten fünf aufeinander folgenden Premierminister*innen der Conservative Party zur Durchsetzung des Brexits beschrieben. Sie signalisieren einen zunehmenden Verlust der konservativen Hegemonie angesichts des Rechtsrucks in den eigenen Reihen und des Rechtsdrucks von außen (Reform UK) auf die Partei. Vor dem Hintergrund der jüngsten Wahlen werden mögliche gesellschaftliche Entwicklungen diskutiert.

11. Der abschließende Artikel von *Sebastian Friedrich* greift in einer historisch gerichteten Diskursanalyse ein systematisches Problem auf, wonach die Ware Arbeitskraft, von der Marx spricht, von ihren Besitzer:innen zwar gezwungenermaßen, aufgrund ihrer persönlichen Freiheit von Produktionsmitteln, zum Arbeitsmarkt getragen wird, dies aber nicht ohne ein Mindestmaß von gesellschaftlich hergestellter Sinngebung und ideologischer Überzeugung gelingen kann. Friedrich diskutiert dieses Problem an einem scheinbar abseitigen historischen Phänomen: Junge Männer und Frauen mit langen Haaren, ausgefranzten Hosen, barfuß oder in ausgelatschten Schuhen erregten in den 1960er-Jahren Aufsehen. Die „Gammler“ – so das Etikett dieser Gruppe – saßen oder lagen an Orten wie der Gedächtniskirche in West-Berlin, an der Hauptwache in Frankfurt am Main, am Monopteros im Englischen Garten in München und schienen den ganzen Tag nichts zu tun. Sie galten als „die langsamste Jugendbewegung der Welt“ (Der Spiegel) und wurden zum gesellschaftlichen Problem, etwa für den Sänger Freddy Quinn oder für Bundeskanzler Ludwig Erhard, der sich als „Anti-Gammler“ (BILD) positionierte und mit Blick auf das Gammlerphänomen erklärte: „Solange ich regiere, werde ich alles tun, um das zu zerstören.“ Um die Auseinandersetzung um Gammler entwickelte sich ein

BREXITANNIA

Großbritanniens Weg aus der EU
Great Britain's Exit from the EU



Robert Tonks | Zakaria Rahmani



BREXITANNIA

Robert Tonks, Zakaria Rahmani

Unrast-Verlag, Edition DISS Band 49

ISBN: 978-3-89771-778-7

Preis 19,80

1973 trat Großbritannien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bei. In einem Referendum zwei Jahre später stimmten 68% der Brit*innen für den Verbleib in der EWG. Am 31. Januar 2020 trat Großbritannien schließlich aus der Europäischen Union (EU) aus. Was war in der Zwischenzeit passiert?

Um die britische Sicht der Dinge zu verstehen, reisten die Autoren – der deutsch-britische Politikwissenschaftler Robert Tonks und der Medienproduzent Zakaria Rahmani – im Sommer 2020 quer über die Insel. Aus ihren Recherchen entstand der WDR-Podcast *Brexitannia*, der inzwischen sogar im Schulunterricht verwendet wird. Tonks und Rahmani sprachen mit zahlreichen Menschen aus unterschiedlichsten Lebensbereichen, Schichten und Berufen und mit dem Professor, der als »Erfinder des Brexit« gilt.

Warum traf der rote Bus der Brexit-Kampagne mit dem Versprechen, die EU-Millionen direkt in den nationalen Gesundheitsdienst NHS zu investieren, den Nerv so vieler Brit*innen? Warum hatten so viele ehemalige Bergarbeiter für den Brexit gestimmt? Der Brexit habe sich in den abgehangenen und armen Gebieten des Landes entschieden, hieß es 2016. Doch stellte sich heraus, dass die Befürwortenden auch woanders saßen: in Middle England. Das Problem nur: Dieser Ort ist auf keiner Karte zu finden. »Die Briten wollten eigentlich nie wirklich Mitglied der EU sein!«, hört man oft. Was ist dran, an dieser Aussage? Was bedeutet der Brexit für die Zukunft der Insel?



Kulturkampf. Warum brach dieser Kulturkampf aus? Warum erschienen Gammler als Problem? Und was hat die Problematisierung der Gammler mit der Krise des Fordismus zu tun? Der Beitrag geht diesen Fragen nach, indem er den Diskurs über die „Gammler“ zwischen 1965 und 1968 analysiert und die öffentliche Aufregung als Anzeichen einer Krise in der ideologischen Reproduktion von Lohnarbeit deutet. Friedrich spannt abschließend einen Bogen bis heute, um deutlich zu machen, dass der Gammler-Diskurs ein Lehrstück, ein Modell ist für die ideologischen Diskurse, in denen die mangelnde Bereitschaft potenzieller Lohnarbeiter:innen zur (Lohn-)Arbeit zum gesellschaftlichen Thema gemacht wird.

LITERATUR

- Altwater, Elmar 2018: Kapitalozän. Der Kapitalismus schreibt Erdgeschichte. <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/kapitalozaen/>.
- Beck, Martin / Stützle, Ingo (Hg.) 2018: Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen, Berlin: Dietz.
- Biebricher, Thomas 2023: Mitte/Rechts. Die internationale Krise des Konservatismus, Berlin: Suhrkamp.
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus 2024: Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven, München: oekom.
- Calhoun, Craig / Gaonkar, Dilip P. / Taylor, Charles: Zerfallserscheinungen der Demokratie, Berlin: Suhrkamp.
- Candeias, Mario 2023: Wir leben in keiner offenen Situation mehr. <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-leben-in-keiner-offenen-situation-mehr/> (Abruf: 10.07.2024).
- Crouch, Colin 2021: Postdemokratie revisited, Berlin: Suhrkamp.
- Decker, Samuel 2022: Die Krise verändert ihr Gesicht, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/die-krise-veraendert-ihr-gesicht> (Abruf: 10.07.2024).
- Demirović, Alex 2018: Autoritärer Populismus als neo-liberale Krisenbewältigungsstrategie, in: PROKLA 190, 27-42.
- Dörre, Klaus 2020: Die Corona-Pandemie – eine Katastrophe mit Sprengkraft, in: Berliner Journal für Soziologie Bd. 30/2, 165-190.
- Dörre, Klaus 2021: Kapitalismus, Natur und die Utopie eines nachhaltigen Sozialismus, in: Sozialismus H. 5, 45-51.
- Fraser, Nancy 2022: Gegen den Kannibalismus des Kapitals, in: LuXemburg 3, 42-47.
- Fraser, Lancy 2023: Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt, Berlin: Suhrkamp.
- Haug, Frigga 2010: Art. „Krise“, in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Berlin: Argument, Bd. 7/II, 2121-2143.
- Heim, Tino 2024: Der Klimawandel und die Grenzen normalistischer Notstandspolitik, in: kultuRRRevolution Nr. 86, 20-25.
- Heinrich, Michael 2017: Die Wissenschaft vom Wert, 7. erw. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich 1969 [1848]: Manifest der Kommunistischen Partei (= MEW 4), Berlin (DDR), 459-493.
- Marx, Karl 1969 [1867]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1 (= MEW 23), Berlin (DDR).
- Sander, Hendrik 2023: Zum Potenzial eines grünen Kapitalismus. Sozial-ökologische Hegemonieprojekt in der Vielfachkrise, in: PROKLA 213, Nr. 4, 745-764.
- Selk, Veith 2023: Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie, Berlin: Suhrkamp.

„Politische Ökonomie der ‚Zeitenwende‘“

Buchbesprechung von Wolfgang Kastrup

Im Verlag Westfälisches Dampfboot ist aktuell ein Sammelband erschienen, der der Bedeutung und der neuen Konjunktur der Regulationstheorie Rechnung trägt: *Etienne Schneider/ Felix Syrovatka (Hrsg.): Politische Ökonomie der „Zeitenwende“. Perspektiven der Regulationstheorie*. Aus regulationstheoretischer Sichtweise unternimmt der Band eine Bestandsaufnahme aktueller kapitalistischer Veränderungsdynamiken und analysiert an unterschiedlichen Politikbereichen das Verhältnis von Kontinuität und Bruch. Deshalb ist dieses Buch wohl als eine Weiterentwicklung des Sammelbandes *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie* zu verstehen, ebenfalls im Verlag Westfälisches Dampfboot (2013) erschienen. Durch die gesellschaftstheoretische Fundierung der Regulationstheorie ist es möglich, nicht nur aktuelle Krisenprozesse zu erklären, sondern diese auch in einem umfangreicheren Rahmen politökonomisch zu analysieren. „Denn wenn heute von ‚Zeitenwende‘ und ‚Polykrise‘ die Rede ist, dann ist dies eben auch als Suche nach Begriffen zu verstehen, mit denen sich die aktuellen Umbrüche und Disruptionen in ihrem gesellschaftspolitischen Zusammenhang erfassen lassen. Genau dafür bietet sich die Regulationstheorie mit ihrem breiten analytischen Instrumentarium an“, so die beiden Herausgeber in ihrem Vorwort über Bedeutung und Wirkungsmacht dieser Theorie. (7) Die kapitalistische Entwicklung wird, so das Grundverständnis dieser Theorie, als strukturell widersprüchlich gesehen. Die raum-zeitliche Akkumulations- und Regulationsweise, die gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen werden grundlegend analysiert und es wird dabei aufgezeigt, wie diese Widersprüche bearbeitet und eingehegt werden. Für die beiden Herausgeber hat diese Theorie „wie kein anderer theoretischer Ansatz zur Periodisierung und zum Verständnis kapitalistischer Entwicklungsphasen und ihrer Krisen beigetragen“. (8)

Der vorliegende Band umfasst mit der Einleitung der Herausgeber elf Beiträge, die sich der Regulationstheorie aus verschiedenen Richtungen nähern. Zwar wären es alle Texte wert, ausführlich besprochen zu werden, doch würde dies den Rahmen sprengen. Zu erwähnen sind neben den hier vorgenommenen Besprechungen folgende Beiträge: *Joachim Becker*: Regulationstheorie: Ursprünge, Entwicklungstendenzen und internationale Debatten; *Stefanie Hürtgen*: Regulationstheorie braucht kritische Geografie: Arbeit, Globalisierung und autoritäre Digitalisierung; *Roland Atzmüller*: Sozialpolitische Wende? – Umbrüche in der Regulation der Sozialpolitik; *Susanne Heg*: Wohnen im Sturm der Zeiten: Vom staatlich organisierten Wohnen zum Wohnen als Finanzprodukt; *Birgit Sauer*: COVID-19 und Umbrüche in den Reproduktions- und Geschlechterverhältnissen als Ausgangspunkt einer neuen Entwicklungsweise?; *Hans-Jürgen Bieling*: Die kriseninduzierte Reorganisation der europäischen Gesellschaftsformation – im Übergang zu einem staatsinterventionistischen Regulationsmodus.

Etienne Schneider und *Felix Syrovatka* gehen in ihrer grundlegenden Einleitung globalen Umbruchprozessen nach und erklären die neue Konjunktur der Regulationstheorie. Der oft diskutierte Begriff der Polykrise deutet ihrer Ansicht darauf hin, dass die von Bundeskanzler Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ als Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine als Ausdruck zu verstehen ist, der eine tiefgreifende Veränderungsdynamik des Kapitalismus deutlich macht. Dies beinhaltet die Suche nach neuen Regulationsformen. „Die Polykrise, das heißt die Vielzahl relativ autonom, gleichzeitig auftretender Krisen (die Klimakrise, die COVID-19-Pandemie, die Energiekrise, Inflation usw.), verdeutlicht, dass die sich seit den 1970er-Jahren herausbildenden ‚post-fordistischen Pfade‘ kapitalistischer Entwicklung grundlegend infrage gestellt und zugleich neue Formen kapitalistischer Entwicklung notwendig werden [...]“. (14) Die beiden Autoren interpretieren die Restrukturierung der internationalen Konkurrenzverhältnisse, z.B. zwischen den USA, China und der EU, zutreffend durch die stärkere Präsenz des Staates. Zwar war der Staat schon immer konstitutiv in kapitalistischen Akkumulationsprozessen vorhanden, er hat sich aber nach ihrer Meinung deutlich verändert (Kontrolle von Investitionsströmen, Technologieförderung, Schaffung neuer Märkte, Geldgeber und Finanzier von Unternehmen). (16f.) Die Destabilisierung der Weltwirtschaftsordnung durch Chinas wirtschaftlichen Aufstieg und Expansion kann als wesentlicher Grund der Restrukturierung gekennzeichnet werden. Die Autoren argumentieren überzeugend, dass der Nutzen der Regulationstheorie darin liegt, den Kapitalismus nicht nur als Wirtschaftssystem zu betrachten, „sondern als ein komplexes Gefüge sozialer Beziehungen zu begreifen, das je nach historischer Phase und räumlicher Konfiguration unterschiedliche Formen annimmt, um sich zu reproduzieren.“ (26) Die „Zeitenwende“ wird so zur Herausforderung für der Regulationsansatz.

In einem weiteren theoretisch gehaltenen Artikel argumentiert *Alex Demirović*, dass die Regulationstheorie enorm hilfreich war, Problematiken der Ökologie mit der Theorie der kapitalistischen Produktionsweise, des historischen Blocks



Schneider, Etienne/ Syrovatka, Felix (Hrsg.)
2024: Politische Ökonomie der „Zeitenwende“. Perspektiven der Regulationstheorie, Münster, Verlag Westfälisches Dampfboot, 282 Seiten, 30,00 Euro, ISBN 978-3-89691-688-4



Unrast-Verlag, 2022
Edition DISS Band 47
310 Seiten, 24 €

Als im Juni 2019 Carola Rackete dem Verbot trotzte, mit dem Seenotrettungsboot »Sea-Watch 3« im Hafen von Lampedusa anzulegen, jubelten die Medien und sprachen das vorher verdrängte Leid von Geflüchteten wieder an. Im September 2020 brannte dann das Geflüchtetenlager Moria und die Abschottungspolitik der EU geriet ins mediale Scheinwerferlicht: Die katastrophalen Zustände seien von Griechenland gewollt, dienten zur Abschreckung und würden von den anderen EU-Staaten insgeheim gebilligt.

Wo bieten diese Debatten Anschlussstellen für humane Positionen? Wo lauern Gefahren? Werden Seenotretter*innen als deutsche Held*innen konstruiert und so die deutsche Mitschuld am Sterben im Mittelmeer verdeckt?

Die Kritische Diskursanalyse untersucht Gesagtes und Nicht-Sagbares, diskursive Strategien und Kollektivsymbolik sowie die Konstruktion ungeschminkter Held*innen. Dabei sind die Analysen verschiedener Zeitungen auch einzeln gut lesbar.

und der Hegemonie in einen Zusammenhang zu bringen. Er sieht die theoretische Bedeutung des Regulationsansatzes darin, dass sie erlaubt, „mit intermediären Begriffen einen besonderen Gegenstandsbereich und den allgemeinen Bewegungsgesetzen des Kapitals“ zu erfassen. (112) Auf Marx zurückgreifend schreibt er, dass kapitalistische Verhältnisse noch nie stabil waren und ständig Veränderungsprozessen unterliegen. In der Marxschen Analyse geht es bekanntermaßen um die Untersuchung des idealen Durchschnitts der kapitalistischen Produktionsweise, d.h. es geht um den Durchschnitt der Menge an Arbeitszeit, die zu erwartende Nachfrage und den zu erwartenden Gewinn. Und somit geht es auch um die Regelmäßigkeit von Krisenverläufen. „Die Gesetzmäßigkeiten, die Marx untersucht, bestimmen demnach Verhältnisse, Veränderungsprozesse, Wahrscheinlichkeiten, Tendenzen, also Prozesse, zu denen die Widersprüche und Ausgleichsbewegungen immer schon dazu gehören.“ (113) Diese angesprochenen Regelmäßigkeiten, ihre bestimmten Muster, werden von der Regulationstheorie untersucht, „oberhalb der allgemeinen Gesetze des Kapitals und unterhalb der konkreten nationalstaatlich bestimmten Gesellschaftsformation mit ihren konkreten Kräfteverhältnissen in und zwischen Verbänden, Organisationen oder zivilgesellschaftlichen Prozessen“. (115) Demirović betont in seinen theoretisch grundlegenden Ausführungen, dass die identifizierten Muster es erlauben, die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse nicht an der Grenze und außerhalb der Produktionsweise zu suchen, sondern als interne Vermittlung gesellschaftlicher Kreisläufe. „Die Krise ist ein Prozess, in dem die internen Zusammenhänge sich durchsetzen, die unter kapitalistischen Normalitätsbedingungen als besondere Bereiche entlang relativ stabiler Linien durch den Eigensinn der Bereiche voneinander getrennt werden – also Staat, Familie, Bildung, Natur, Ökonomie.“ (121) Demirović stellt überzeugend heraus, dass es folglich keine Naturkatastrophen gibt, sondern es geht immer um solche der Gesellschaft im Verhältnis zur Natur. Hier folgt der Autor dem Anspruch von Adorno und Horkheimer, dass die Menschen selbst Natur und in der Natur wirksam sind, sie also nicht äußerlich von Natur umgeben sind. (Vgl. 107). Die vergangene fordistische Regulationsweise hat zwar den Lebensstandard auch für untere Klassen erhöht (u.a. durch Restrukturierung und Ausdehnung der Märkte, Produktivitätssteigerungen) und so zu einem Klassenkompromiss beigetragen, allerdings durch eine enorme Zunahme und Beanspruchung von ökologischen Ressourcen, die eine Dynamik von Krisenprozessen eingeleitet haben. Demirović betont deshalb zu Recht, dass es gerechtfertigt ist, von einem „Kapitalozän“ zu sprechen. (Vgl. 123). Der Anspruch in den kapitalistischen Zentren bezüglich einer Verringerung des Ressourcenverbrauchs, wobei dies nur selektiv umgesetzt wird, steht im Widerspruch zu den immanenten Zwängen der Akkumulation, des Wachstums und der Gewinnsteigerung. Dass eine ökologische Erneuerung selbst wieder enorme Ressourcen u.a. an Wasser, Energie und Rohstoffen benötigt, wird Demirović zufolge die Krisendynamik weiter verschärfen. (Vgl. 127).

Die Autoren *Philipp Köncke* und *Stefan Schmalz* zeigen in ihrer interessant zu lesenden empirischen Analyse, dass der „Wirtschaftskrieg“ zwischen den beiden Großmächten USA und China aus der Sichtweise der Regulationstheorie als ein vorläufiger Höhepunkt eines anhaltenden Entflechtungsprozesses vormals enger Wirtschaftsbeziehungen zu verstehen ist. Infolge der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 verfolgte die Politik Chinas das Ziel, die eigene wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung gleichmäßiger und „resilienter“ zu machen. Dies entsprang der Sorge, so Köncke und Schmalz, vor einer zu „starke[n] Abhängigkeit von ausländischer Exportnachfrage und wachsenden sozialen Spannungen“. (145) Es sollte ein Ausgleich geschaffen werden zwischen einer Außen- und Binnenorientierung, eine gezielte Förderung der Industriestruktur sowie der Binnennachfrage. Diese Maßnahmen trugen erheblich dazu bei, dass die chinesische Industrie heute in Hightech-Bereichen, wie z.B. der E-Autoindustrie, auf dem Weltmarkt führend ist. (Ebd.). Die US-Regierungen von Trump und Biden reagierten mit Importzöllen, Investitionsregulierungen, speziellen Sanktionen gegen chinesische Technologieunternehmen und auch neuen Regeln im Finanzsektor, um durch den sich immer stärker werdenden Konkurrenzkampf Chinas Wirtschaftskraft zu schaden. Globale Konflikte und geopolitische Spannungen stellen die internationale Ordnung in Frage. US-Präsident Biden verfolgt zudem eine aktive US-Industriepolitik, um mit Milliarden US-Dollar Tech-Unternehmen und die Halbleiterindustrie zu fördern. In dem Konkurrenzkampf werden von beiden Seiten immer wieder Vorwürfe u.a. bezüglich unfairer staatlicher Subventionspolitik bei den Handelsgütern und auch

bei dem Schutz geistiger Eigentumsrechte erhoben. „Die chinesische Staatsklasse bemüht sich, ein globales Handelssystem durchzusetzen, das staats- und privatkapitalistische Akkumulation gleichrangig behandelt. Die US-Regierung wiederum beharrt auf dem (neo)liberalen Fundament der bestehenden internationalen Handelsordnung, auch um den ökonomischen Aufstieg Chinas einzudämmen.“ (147) Ob Chinas wirtschaftspolitischer Weg Erfolg haben wird, die internationalen Strukturen zu ihren Gunsten zu verändern, bleibt, so die Autoren, abzuwarten. Da beide Volkswirtschaften fast die Hälfte des globalen BIP ausmachen, bleibt die Beziehung beider Ökonomien auf jeden Fall zentral für die internationale politische Ökonomie.

Der Beitrag von Ulrich Brand, Christoph Görg und Markus Wissen beschäftigt sich mit Krise, Regulation und Transformation. Es geht dabei um strukturelle Grenzen einer ökologischen Modernisierung des Kapitalismus. Die Regulationstheorie,

die in den 1970er und 1980er Jahren aus der Erfahrung entstand, dass der lange Zeit relativ stabile Fordismus in eine Krise geraten war. Die Regulationstheorie wurde durch zwei Überlegungen geprägt: der Kapitalismus ist anpassungsfähig und gleichzeitig von grundlegenden Widersprüchen gekennzeichnet – u.a. gesellschaftliche Ungleichheiten und die ungleiche internationale Arbeitsteilung. (Vgl. 154). Die Autoren betonen, dass es bei den dadurch auftretenden Krisen allgemein und insbesondere bei sozial-ökologischen Transformationskonflikten „niemals allein um die Sicherung der Kapitalakkumulation [geht], sondern um die Implikationen einer krisenhaften Entwicklung für die Lebensverhältnisse einschließlich ihrer subjektiven Voraussetzungen und deren Übersetzung in politische Strategien – heute zum Beispiel die Verteidigung der imperialen Lebensweise versus radikale Transformation, Degrowth, Post-Development, Demokratisierung.“ (157) Der Beitrag überzeugt in der Argumentation

hinsichtlich der angesprochenen Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus. Es bilden sich Formen grün-kapitalistischer Widerspruchsbearbeitung heraus, die bezüglich ihrer Wirkung sehr begrenzt und darüber hinaus äußerst umkämpft sind. Deshalb wird der Grüne Kapitalismus auch nicht hegemonial. Was jedoch hegemonial werden wird, sind die „Strategien einer selektiven und herrschaftlichen ökologischen Modernisierung des Kapitalismus“. (158) Das bedeutet für die Autoren, dass die „Lösungen“, also die Krisenbearbeitung, im Wesentlichen ökonomisiert werden (u.a. Emissionshandel, handelbare Verschmutzungsrechte). Der Akkumulations- und Wachstumsimperativ bleibt erhalten, die Kommodifizierung der Natur und die internationale Wettbewerbsfähigkeit werden vorangetrieben. Die Analyse dieser Dynamiken und Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung ist zum einen Aufgabe der Regulationstheorie, zum anderen aber auch die Aufgabe, reformistische und emanzipatorische Bewegungen und ihre Transformationsoptionen näher zu untersuchen. (Vgl. 167)

Thomas Sablowski, dem dieser Sammelband gewidmet ist, da er wie kaum ein anderer im deutschsprachigen Raum, so die Herausgeber Schneider und Syrovatka, am Regulationsansatz als analytisches Instrument zum Verständnis des gegenwärtigen Kapitalismus und seiner Entwicklungsdynamik festgehalten und ihn durch empirische Forschungen theoretisch weiterentwickelt hat (vgl. 10) – deshalb auch hier die umfangreiche Besprechung seiner Ausführungen – stellt in seinem Beitrag die Frage nach der Kontinuität oder dem Ende des finanzdominierten Akkumulationsregimes. In einem sehr lesenswerten und aufschlussreichem Artikel schreibt er, dass das Finanzvermögen der Kapitalistenklasse und der von ihnen beherrschten institutionellen Kapitalanlegerin Form von Wertpapieren, Aktien, Anleihen, Derivaten schneller gewachsen ist als das globale Sozialprodukt. Auch Unternehmen außerhalb des Finanzsektors haben die Bedeutung erkannt und investieren immer häufiger in Finanzanlagen. Diese Entwicklung der *Finanzialisierung* des Kapitalismus bedeutet für Sablowski neben der Globalisierung und der Digitalisierung einer der „Megatrends“ der neueren gesellschaftlichen Entwicklung. (230) Durch die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander werden sie gezwungen, Kapital zu akkumulieren, das unterschiedliche Formen annehmen kann. Historisch und geografisch lassen sich Sablowski zufolge unterschiedliche *Akkumulationsregime* kennzeichnen. Den Begriff selbst kennzeichnet „den Zusammenhang zwischen den Veränderungen der Allokation des Kapitals in seinen verschiedenen Formen, den Veränderungen der Produktionsbedingungen sowie den Produktions- und Konsumnormen in konkreten historischen und geografischen Kontexten“. (231) Es geht also um ein Entsprechungsverhältnis zwischen veränderten Produktionsbedingungen und veränderten Lebensweisen und Wertorientierungen von Lohnabhängigen. Weshalb Sablowski und Alain Lipietz, auf den sich der Autor bezieht, bei dem Begriff den Zusatz ‚Regime‘ benutzen, wird nicht erklärt, deutet allerdings auf die damit gemeinte kapitalistische Herrschaftsform hin. Mit *finanzdominierten Akkumulationsregime* wird dann ein weiterer in der Literatur verwendeter Begriff erklärt, der die im Vergleich zum industriellen Kapital *schnellere Akkumulation des Finanzkapitals* erfasst, hier des *zinstragenden Leihkapitals* und des *fiktiven Kapitals*. (231)

Im weiteren Verlauf erklärt der Autor lehrbuchmäßig *industrielles, zinstragendes* und *fiktives Kapital*. Beim *industriellen Kapital* wird *Geldkapital* vorgeschossen, das dann in *produktives Kapital* in Form von Arbeitskräften und Produktionsmitteln umgewandelt wird. (Ebd.) *Zinstragendes Kapital* entsteht, wenn Geld gegen Zinsen verliehen wird, und der *Kreislauf dieses zinstragenden Kapitals* ist mit dem oben genannten Kreislauf des industriellen Kapitals verbunden. Das bedeutet, dass Unternehmen ihre Produktion nicht nur durch Eigenkapital erweitern können, sondern oftmals durch Fremdkapital, das sie in Form von Krediten aufnehmen. Der Kreislauf des zinstragenden Kapitals wird so zur Bedingung kapitalistischer Reproduktion. (Vgl. 232f.) Industrielles und zinstragendes Kapital werden zu *wirklichem Kapital*, von dem allerdings das *fiktive Kapital* abzugrenzen ist. „Fiktives Kapital entsteht durch die Verbriefung von Rechtsansprüchen auf zukünftige Zahlungen, durch die Kapitalisierung von Eigentumstiteln.“ (234) Das heißt z.B. die Umwandlung eines Unternehmens in eine börsennotierte *Aktiengesellschaft* mit dem Anspruch



eines Aktienkäufer auf Dividendenzahlungen oder eine Kapitalerhöhung einer schon existierenden börsenorientierten Unternehmung, um durch die Ausgabe von Aktien Geld einzunehmen, welches wiederum in wirkliches Kapital umgewandelt werden kann. (Ebd.) Daneben entsteht fiktives Kapital auch durch die *Verbriefung von Krediten*, bei denen die Kreditgeber ihre Rechtsansprüche auf Rückzahlung nebst Zinsen weiterverkaufen können. Gehandelte Zahlungsansprüche an den Anleihemärkten wie Staatsanleihen und Unternehmensanleihen stellen neben den Aktien „grundlegende Formen des fiktiven Kapitals“ dar. (235) Die Preise der Aktien und Anleihen beziehen sich auf die Erwartungen zukünftiger Gewinne in Form von Dividenden und Zinszahlungen und sind Sablowski zufolge relativ unabhängig vom Akkumulationsprozess. Daneben existierende derivative Finanzgeschäfte, also Termin- und Optionsgeschäfte und Swaps, gestatten es, „die mit der Spekulation auf Preisänderungen verbundenen Risiken auf andere Marktteilnehmer abzuwälzen“. (236)

Die angesprochene Verbindung des industriellen Kapitals mit dem Finanzkapital (zinstragendes und fiktives Kapital) als Dimension wird von Sablowski noch um drei weitere ergänzt: Erstens die „sogenannte ursprüngliche Akkumulation“ (Bezug auf Karl Marx, MEW Bd. 23, 24. Kap.), in der gesellschaftliche Verhältnisse in Kapitalverhältnisse umgewandelt werden können, kann nicht als historisch abgeschlossen bezeichnet werden, sondern dieser Prozess ist als eine fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation zu verstehen. Dies beinhaltet die Privatisierung von Feldern des öffentlichen Dienstes, also öffentliches Eigentum, oder wenn neue Bereiche der Kapitalverwertung subsumiert werden. Der Autor unterscheidet diese fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation von den Bereichen der erweiterten Reproduktion des Kapitals, deren Struktur schon zuvor kapitalistisch war. (237) In der zweiten Dimension wird zwischen der extensiven und der intensiven Akkumulation unterschieden. Extensiv heißt Erweiterungsinvestitionen, indem mehr Lohnarbeiter*innen eingestellt werden, intensiv beinhaltet Rationalisierungsinvestitionen, bei denen es darum geht, Kosten zu sparen, indem Lohnarbeiter*innen maschinell ersetzt werden. Bezüglich der dritten Dimension kommen bei der Kapitalakkumulation neben nationalen Räumen auch internationale Räume hinzu, da nationale Kapitalkreisläufe (intravertierte Akkumulation) internationalisiert (extravertierte Akkumulation) werden können.

Um die Frage beantworten zu können, ob nach der globalen Finanzkrise von einer anhaltenden Finanzialisierung des Kapitalismus gesprochen werden kann, untersucht Sablowski empirisch die wichtigsten konstitutiven Prozesse des finanzdominierten Akkumulationsregimes. Er konstatiert einen starken Konzentrations- und Zentralisationsprozess und eine zunehmende Internationalisierung des Finanzkapitals. „So hielten die 15 größten institutionellen Eigentümer der 40 im DAX notierten Aktiengesellschaften im Dezember 2022 zusammen 35,9 Prozent des Aktienkapitals dieser Unternehmen. [...] Viele der großen institutionellen Investoren wie Blackrock, The Vanguard Group, State Street Global, Advisors oder Fidelity sind selbst wiederum untereinander mit Überkreuzbeteiligungen verbunden. Die in Nordamerika ansässigen Eigentümer steigerten ihren Anteil an den DAX-Unternehmen von 31,8 Prozent im Jahr 2013 auf 43,3 Prozent im

Jahr 2022, während der Anteil der in Deutschland ansässigen Eigentümer im gleichen Zeitraum von 18,4 auf 11,9 Prozent sank.“ (240) Beeindruckende Zahlen, die Sablowski hier vorlegt, und die die Internationalisierung des Finanzkapitals unterstreichen. Diese institutionellen Kapitalanleger und ihr „Shareholder Value“-Konzept stützen sich in ihren Praktiken auf Ratingagenturen, Analysten und Wirtschaftsprüfer und müssen allesamt, so der Autor, als „Herrschaftstechniken verstanden werden, die dazu beitragen, die Klassenverhältnisse zu restrukturieren und die Ausbeutungsrate zu erhöhen“. (242)

Im Weiteren untersucht Sablowski die Verschuldung der privaten Haushalte und der Unternehmen, die Staatsverschuldung und die internationale Verschuldung. Er kommt zu dem nicht gerade überraschenden Ergebnis, dass die Verschuldung der privaten Haushalte weiterhin auf hohem Niveau liegt, und die Verschuldung der Unternehmen in einem Teil der alten kapitalistischen Zentren, hier die USA, Großbritannien, Frankreich und Italien, relativ zu ihrem Betriebsergebnis (d.h. ihrem Bruttoprofit vor Abzug von Steuern und Zinsen) steigt. Die Staatsverschuldung nimmt, was ebenfalls nicht überraschend ist, von Krise zu Krise zu, und die internationalen Zahlungsbilanzungleichgewichte sind nach wie vor bedeutsam. (255) Die Finanzmarktregulierung nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/9 hat die Handlungsfreiheit der Kapitalanleger „kaum eingeschränkt“. Die wachsende Verschuldung wird von dem Autor als „Merkmal der Überakkumulation“ gewertet; ein „immer größerer Kredithebel“ ist zudem notwendig, um den Prozess der Akkumulation überhaupt am Laufen zu halten. Sablowski kommt zu folgendem Schlussgedanken: „Die Dominanz des Finanzkapitals und die mit ihr verbundene Entwicklung neuer Kapitalformen und neuer Regulationsformen hat in den vergangenen Jahrzehnten zugleich die Disziplinierung der Lohnabhängigen, die Steigerung der Ausbeutungsrate ermöglicht.“ Damit kann das finanzdominierte Akkumulationsregime nicht nur als Ergebnis der Überakkumulation begriffen werden, sondern auch als „zeitgemäße Form des globalisierten Kapitalismus“. (256f.)

Die regulationstheoretischen Analysen über den finanzdominierten Kapitalismus des Autors sind überaus aufschlussreich und interessant zu lesen, gerade auch weil sie stellenweise fast wie in einem Lehrbuch vorgetragen werden. Dass Sablowski in seiner Arbeit die Auswirkungen der Dominanz des Finanzkapitals auf die Lohnarbeiter*innen immer wieder deutlich herausstellt, hier der Rückgang der Lohnquote, die Disziplinierung und die Steigerung der Ausbeutungsrate, würdigen seine Ausführungen in besonderem Maße und zeigen die Bedeutung seiner regulationstheoretischen Forschung.

Etienne Schneider und Felix Syrovatka gelingt es in ihren Buch *Politische Ökonomie der ‚Zeitenwende‘*, die Bedeutung und die neue Konjunktur der Regulationstheorie in sehr nachvollziehbarer Weise herauszustellen. Diese Theorie wird aus verschiedenen Richtungen analysiert, sodass das breite Instrumentarium in der Erforschung der Krisenprozesse und der strukturellen Widersprüche des Kapitalismus klar und stringent herausgearbeitet wird. Eine rundum überzeugende, lehrreiche und anspruchsvolle Publikation über die Perspektiven der Regulationstheorie.

„Rechtskritik mit Louis Althusser“

Lesetipp von Wolfgang Kastrup

Nach dem ersten Band von *Recht – Staat – Kritik* mit dem Untertitel *Rechts- und Staatskritik nach Marx und Paschukanis* aus dem Jahr 2017, ist nun der zweite Band von *Recht – Staat – Kritik*, ebenfalls herausgegeben von der AG Rechtskritik, im Verlag Bertz+Fischer erschienen. Der Untertitel lautet *Rechtskritik mit Louis Althusser*. Der französische Philosoph Louis Althusser (1918-1990) war einer der einflussreichsten marxistischen Theoretiker des 20. Jahrhunderts. Er war Lehrer von Michel Foucault, Jacques Derrida, Nicos Poulantzas, Bernard-Henri Lévy, Jacques Rancière und Étienne Balibar.

Für die Herausgeber prägen Herrschaft, Ausbeutung und Fremdbestimmung unseren Alltag. Die Konflikte, die durch die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems entstehen, werden durch die engen Bahnen des Rechts geleitet, formalisiert und systemkonform neutralisiert. (Vgl. 7) Diese Zusammenhänge zu analysieren war und ist das Anliegen der AG Rechtskritik. Um den Blick zu weiten und die reproduktive Rolle des Rechts in einen größeren gesellschaftstheoretischen Zusammenhang einzubetten, ist es für die Herausgeber zentral, die theoretischen Erkenntnisse der Publikationen *Ideologie und ideologische Staatsapparate* und *Über die Reproduktion* von Althusser einzubeziehen. „Er hat sich in theoretisch neuartiger und bis heute provokanter Weise mit den Phänomenen des sogenannten ‚Überbaus‘ beschäftigt: Recht, Staat, Ideologie.“ (Ebd.) Althusser kritisierte den traditionsmarxistischen Begriff des Überbaus; an seine Stelle hätte Recht, Staat und Ideologie als zusammenhängende begriffliche Darstellung zu treten. Die Herausgeber sehen grundsätzlich die Verwiesenheit von Rechtsform und Kapitalverhältnis und kritisieren die engen Dogmen des traditionellen

Marxismus-Leninismus. Althusser will die gesamtgesellschaftliche „Reproduktion der Produktionsverhältnisse“ mit der Subjektivität vermitteln. Dies ist fortwährend relevant für eine Kritik des Rechts. Allerdings ist die Theorie von Louis Althusser auch umstritten, da „weder Geschichtlichkeit, noch der Klassenkampf, noch das Moment der Spontaneität (im Sinne individueller Freiheit) ihren Raum“ finden. (8)

Frieder Otto Wolf verfolgt in seinem Text *Louis Althusser über „das Recht“ und die „juristische Ideologie“*. Lektüre einer *gedoppelten Darstellung* den doppelten Stellenwert des Rechts: einerseits als ideologischer Staatsapparat, andererseits als ideologische Alltagspraxis in Form der juristisch-moralischen Ideologie. Wolf stellt heraus, indem er sich auf Althusser's Buch *Über die Reproduktion* bezieht, dass kapitalistische Produktionsverhältnisse zugleich Ausbeutungsverhältnisse sind, und zwar ganz konkret Verhältnisse der Ausbeutung von Menschen durch Menschen. (Vgl. 14) Auf die zentrale

Frage von Althusser, wie die Reproduktion der Produktionsverhältnisse gewährleistet wird, antwortet Wolf mit einem Zitat von Althusser: „[S]ie wird zu einem großen Teil durch die Ausübung der Staatsmacht in den Staatsapparaten gewährleistet, und zwar dem repressiven Staatsapparat einerseits und den ideologischen Staatsapparaten andererseits.“ (16)

Ingo Kramer verweist in seinem Beitrag *Der Fetischismus des „Menschen“*. Zum Verhältnis von *Recht und Ideologie bei Althusser* auf die fortwährende Beschäftigung des Philosophen mit der Kategorie des Rechts. Der Begriff des Warenfetischismus bei Karl Marx kann, so Kramer, nur durch die Berücksichtigung der ideologischen Staatsapparate richtig verstanden werden, da durch sie das Recht und der Staat in der Kritik der politischen Ökonomie deutlich wird.

Katja Diefenbach stellt in ihrem Artikel *Althusser und dekoloniale Rechtstheorie* heraus, dass die Naturrechtstheorien von Thomas Hobbes und John Locke den agrarischen Kolonialkapitalismus verteidigen. Krieg und Enteignung, Angst und Tod werden von Hobbes in das Zentrum des Naturzustandes gestellt. Da für ihn, so Diefenbach, amerikanische Territorien rechtsleere Räume darstellen, konnten sich die europäischen Staaten diese einverleiben. Locke „formuliert einen geldvermittelten Akkumulationsbegriff, der Landnahme, Strafe und *racial slavery* legitimiert“. (93) Althusser's Schriften über Hobbes und Locke enthalten ihrer Ansicht nach „eurozentristische Verkürzungen“. Die Ursprünge der juristischen Ideologie müssen mit der Einsicht verknüpft werden, dass ihre Existenz mit dem Rassismus von Entrechtung und Enteignung einhergeht.

Laurent de Sutter greift in *Louis Althusser und der Prozess als Bühne* dessen Beschäftigung mit dem Theater auf, um herauszustellen, dass dessen Kritik des Theaters ähnlich seiner Kritik des Rechts gedeutet werden muss. Das bürgerliche Recht darf nicht als ein Recht der Subjekte inszeniert werden.

Hanna Meißner will in ihrem Beitrag *Die prekäre Figur des Subjekts* der Frage der Konstituierung des Subjekts und den Möglichkeiten der emanzipatorischen Transformation nachgehen. Für Althusser ist, so die Autorin, das Subjekt „ein integraler



AG Rechtskritik (Hg.) 2024: *Recht – Staat – Kritik 2. Rechtskritik mit Louis Althusser*, Berlin, 213 Seiten, Verlag Bertz+Fischer, 20 Euro, ISBN 978-3-86505-805-8

Lesetipp



Bestandteil der Funktions- und Wirkungsweise bürgerlich-rechtlicher Herrschaft“. (113) Sie will die Argumentation des Philosophen, „dass die Frage der Konstituierung des Subjekts wichtiger Einsatz von Gesellschaftskritik und transformatorischer Politik ist“, weiterentwickeln. (122)

Christian Schmidt greift in seinem Text *Zwischen Gewalt und Ideologie* die Frage auf, welche Funktion das Recht nach Althusser in den repressiven und ideologischen Staatsapparaten innehat. Durch das Recht trägt der Staat zur Reproduktion der kapitalistischen Verhältnisse entscheidend bei, ohne sich dabei ausschließlich auf die repressiven Momente des Staatsapparats zu verlassen. Vielmehr ist in der staatlich-juristischen Praxis die Ebene der Ideologie entscheidend, die die strukturellen Grundlagen der kapitalistischen Verhältnisse verschleiern.

Jens Christian Müller-Tuckfeld unterstreicht in seinen Ausführungen *Die Geburt des Subjekts aus dem Geist des Rechts* erst einmal die Bedeutung der Kategorie des Subjekts im Privat- und Strafrecht, um dann die Grundlagen der Marxschen Kritik des Rechtssubjekts darzulegen. „Der Marxismus ist ein theoretischer Antihumanismus, was nicht mehr und nicht weniger heißt als: Er hat weder das empirische Individuum noch das Wesen der Gattung, sondern stattdessen die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse zum Ausgangspunkt. Die Selbstbeschreibung der Individuen als Subjekte ist Resultat dieser Verhältnisse.“ (153f.)

André Kistner analysiert in seinem Beitrag *Louis Althusser's Beitrag zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft* den theoretischen Antihumanismus und Antihistorizismus Althusser's, der damit zur Erneuerung der Marxschen Theoriebildung beitragen wollte. Der Antihumanismus ist nicht mit Menschenfeindlichkeit gleichzusetzen, sondern es geht in seiner Kritik gegen die sozialwissenschaftliche Abstraktion des Menschen. Die Individuen wie die Individuation sind Produkte gesellschaftlicher Verhältnisse, „in dem strengen Sinne, in dem Marx den Menschen als das ‚Ensemble der gesellschaftlichen

Verhältnisse bestimmte“. (159) Bezüglich des Antihistorizismus soll es nicht um eine Geschichte des Fortschritts gehen wie sie noch in der *Deutschen Ideologie* von Karl Marx zum Ausdruck kommt, sondern das Entwicklungsdenken muss, Althusser zufolge, als Aufeinanderfolge der ökonomischen Gesellschaftsformationen verstanden werden, wie sie Marx im *Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie* formuliert. (Vgl.163)

In dem abschließenden Aufsatz von *Matthias Peitsch: Paschukanis revisited. Eine kritische Würdigung im Lichte Louis Althusser's* steht das Hauptwerk des sowjetischen Rechtstheoretikers Eugen Paschukanis: *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus* von 1924 im Vordergrund, dem bis heute eine große Bedeutung in der marxistischen Rechtstheorie zukommt. Peitsch will mit seinen Ausführungen weder Paschukanis huldigen noch verteufeln, beides gibt es zur Genüge, sondern es geht ihm um den Versuch, „das Verständnis von Paschukanis' Beitrag zur marxistischen Rechtstheorie durch eine symptomale Lektüre im Sinne Althusser's zu vertiefen“. (190) Er sieht es als Verdienst Paschukanis an, dass „das Subjekt des Rechts und das der Moral genauso zur Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise notwendig sind wie der kalkulierende Homo oeconomicus“. (206)

Im Zuge der internationalen Renaissance des französischen Philosophen Louis Althusser wird seine intensive Auseinandersetzung mit der Kategorie des Rechts wieder diskutiert. Ausgehend vom Prozess der Reproduktion, der auch die staatlich-juristischen Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft und der Rechtssubjekte umfasst, ermöglicht seine Theorie die Analyse von Herrschaftspraktiken, die früher außerhalb des Rahmens der traditionellen marxistischen Rechts- und Staatstheorie lagen. Dies würdigt der vorliegende Sammelband.

DISS-Kolloquium 2024

„NATIONALE UND INTERNATIONALE KONFLIKTLINIEN IN DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN UMGESTALTUNG DER GESELLSCHAFT“

Samstag, den 2. November 2024 von 9:00 – 19:00 Uhr
in der Jugendherberge Duisburg Sportpark, Kruppstraße 9, 47055 Duisburg

Seit dem Bericht des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung *Globale Umweltveränderungen* (WGBU) von 2011 ist der Begriff der sozial-ökologischen Transformation in Deutschland populär geworden. Er bezeichnet „einen fundamentalen Wandel, der einen Umbau der nationalen Ökonomien und der Weltwirtschaft [...] vorsieht, um irreversible Schädigungen des Erdsystems sowie von Ökosystemen und deren Auswirkungen auf die Menschheit zu vermeiden“. Das *Wie* (z.T. auch das *Ob*) ist umstritten, wie die endlosen nationalen wie internationalen Debatten sowie die diversen, nur teilweise erfolgreichen Anläufe zu internationalen Vereinbarungen in den letzten Jahrzehnten gezeigt haben.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass in jüngerer Zeit verstärkt von einem Transformationskonflikt gesprochen wird, hervorgerufen durch „eine Vielzahl von gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen, die durch die ökologische Krise sowie durch Maßnahmen, ihr zu begegnen, ausgelöst, geprägt, hervorgebracht oder dynamisiert werden“ (Prokla 210, Editorial). Insbesondere im Kontext vielfältiger, auch unabhängig von der ökologischen Krise bestehender, gleichwohl miteinander interagierender Krisenphänomene – die Rede von einer Vielfachkrise, multiplen Krise oder Polykrise ist Gemeinplatz – haben sich die innergesellschaftlichen Widerstände und nationalstaatlichen Blockaden verstärkt.

Das Kolloquium des DISS widmet sich verschiedenen Aspekten des sozial-ökologischen Transformationskonflikts: Welche Hegemonieprojekte ringen um Deutungs- und Gestaltungsmacht? Insbesondere: Wie steht es um die Realisierungschancen des Projekt eines Grünen Kapitalismus (in seinen verschiedenen Variationen) generell und unter den Bedingungen einer Rechtsverschiebung in Europa und den USA (Trumpismus) sowie einer sich zuspitzenden neuen Blockkonfrontation? Inwieweit ist die soziale Komponente und Absicherung des Transformationsprozesses bedroht durch die gleichzeitige Priorisierung militärischer Aufrüstung („Zeitenwende“) und wachstumsorientierter Bearbeitung der ökologischen Krise? Und muss nicht aus demokratietheoretischer Sicht ein „radi-

kales Umsteuern“ in der ökologischen Krise die Ausweitung demokratisch geregelter Entscheidungsprozesse bezüglich der Frage, was und wie produziert wird, zur Voraussetzung haben?

ABLAUFPLAN DES KOLLOQUIUMS

9.00 – 9.30	Margarete Jäger / Helmut Kellershohn (DISS): Begrüßung und Einführung
9.30 – 10.45	Sebastian Friedrich (Hamburg): Rechtsverschiebung? – AfD und die euro päische radikale Rechte nach den Wahlen
10.45 – 12.00	Ingar Solty (Berlin): Von „Bidenomics“ zu Trumps libertärem Protektionismus? Die USA in der neuen Blockkonfrontation
12.00 – 13.30	Mittagspause
13.30 – 14.45	Tino Heim (Leipzig): Grüner Kapitalismus oder was? – Konturen des sozial-ökologischen Transformationskonflikts
14.45 – 16.00	Ursula Birsl (Marburg): Demonstrationen gegen rechts: Ja zur Demokratie, aber zu welcher Demokratie? Zur Erneuerung der Demokratie in der sozial-ökologischen Transformation
16.00 – 16.30	Pause
16.30 – 17.45	Ursula Kreft / Hans Uske (Duisburg): Sozialstaat in der Klemme zwischen Sozialmissbrauchsdebatte, Aufrüstung und wachstumsorientierter Transformation
17.45 – 18.00	Pause
18.00 – 19.00	Abschlussdiskussion

Das Kolloquium findet dankenswerterweise mit freundlicher finanzieller Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW e.V. statt.



Veranstaltungen

UNVEILED AI: DOWN THE RABBIT HOLE OF SYMBOLS, ETHICS AND AESTHETICS

Seminarreihe der Kunsthochschule für Medien Köln

Ab 24.10.24 wöchentlich, Donnerstags 11-13 Uhr, Köln, Filzengraben 8 - 10



Das Seminar vermittelt die Grundlagen der praktischen Kunst- und Kulturarbeit mit generativer KI. Hierfür werden keine Vorkenntnisse in Programmierung vorausgesetzt. Wir eignen uns gemeinsam grundlegende aber notwendige Konzepte der universellen Programmiersprache Python an, um experimentell die aktuellen KI-Tools zur Film-, Animations-, Bild-, Ton- und Texterzeugung in ihre einzelnen Komponenten zu zerlegen.

Diese Herangehensweise hilft uns nicht nur dabei eigene Ästhetiken und Ausdrucksweisen mit KI-Tools zu entwickeln, sondern auch ihre Semantiken besser zu verstehen und sie

ästhetisch-forschend hinterfragen zu lernen. Während wir jedoch eigene Ästhetiken im Umgang mit KI entwickeln, legt sich auch eine Verantwortung auf unsere Schultern, mit der wir gesellschaftlich gerade erst lernen umzugehen.

So stehen also nicht nur die praktisch-experimentelle Auslotung generativer KI im Zentrum des Seminars, sondern auch die gesellschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Folgen unseres zunehmenden Einsatzes von KI in der Kunst- und Kulturarbeit: Mit jedem Prompt durch den man Texte von ChatGPT generieren lässt, könnte man auch sein Smartphone 60-mal aufladen – Die Trainings-Datensätze und KI-generierten Werke erweitern nicht nur, sie verletzen auch unsere Urheber- und Persönlichkeitsrechte – Diskriminierende Tendenzen, die generativen KI's inhärent zu liegen scheinen, schreiben sich auch in die künstlerischen Werke mit ein – Dieselben Software-Pakete, die in unserem Kontext als Creative-Tools gelten, werden in der Ukraine und in Gaza derzeit aktiv zur Durchführung militärischer Operationspraxen eingesetzt. So verändert sich derzeit nicht nur unsere eigene Bild-Sprache durch KI, sondern auch unsere gesellschaftliche Rolle als Kulturarbeiter*innen in der Welt.

In cooperation with the Duisburg Institute for Linguistics and Social Research (DISS), the jfc Media centre and the Computer Professionals for Peace and Societal Responsibility (FIjF)

<https://ground-zero.khm.de/portfolio/unveiled-ai/>

EINFÜHRUNG IN DIE KRITISCHE DISKURSANALYSE

Workshop im DISS (Präsenzveranstaltung)

Samstag, 7.12. & Sonntag, 8.12.2024



Die Kritische Diskursanalyse, inspiriert von den Schriften Michel Foucaults und orientiert an kultur- und literaturwissenschaftlichen Analyse- und Interpretationsverfahren, erfreut sich zunehmender Beliebtheit in allen Disziplinen, die sich mit Texten auseinandersetzen. Als empirische Methode qua-

litativer Sozial- und Kulturforschung untersucht die Kritische Diskursanalyse historische und gegenwärtige Diskurse (z. B. in Medien oder im Alltag). Im Zentrum der Analyse steht die Frage, was (jeweils gültiges) Wissen ist und wie es zustande kommt und weitergegeben wird. Auch die Frage, welche Funktion dieses Wissen für die Konstituierung von Subjekten und die Gestaltung von Gesellschaft hat und welche Auswirkungen dieses Wissen für die gesellschaftliche Entwicklung hat, ist ein zentraler Bestandteil der Kritischen Diskursanalyse. Diskursanalyse erfasst somit sowohl das gesellschaftliche Wissen wie auch die Strategien, mit denen das Feld des Sagbaren ausgeweitet oder eingengt wird.

Wie Diskurse analysiert werden können, wie mit unterschiedlichen Diskursfragmenten und Diskursebenen umgegangen werden kann, auf welche Weise das Untersuchungsmaterial valide reduziert werden kann – all dies sind jedoch Fragen, die sich nur in der konkreten Anwendung und unter Berücksichtigung der spezifischen Fragestellung der Analyse beantworten lassen.

Im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) arbeiten wir seit 30 Jahren mit dem Konzept der Kritischen Diskursanalyse (KDA) und haben in dieser Zeit zahlreiche aktuelle wie auch historische Analysen zum Alltags- und mediopolitischen Diskurs durchgeführt. Dabei konzentrieren wir uns in der Regel auf umkämpfte gesellschaftliche Themen wie Flucht und Migration, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Religion, Geschlechterverhältnisse und Krieg. Denn das kritische Potential, das im Konzept der KDA eingeschrieben ist, macht sie besonders geeignet, gesellschaftlich brisante Themen zu analysieren, ihre Formen und Inhalte zu problematisieren, ungerechtfertigte Wahrheitsansprüche offenzulegen, Widersprüche aufzudecken und die suggestiven Mittel diskursiver Ansprache aufzuzeigen.

Der Workshop zur Einführung in die Kritische Diskursanalyse richtet sich an Wissenschaftlerinnen, Studenten und Doktorandinnen sozial- und geisteswissenschaftlicher Disziplinen, die diskursanalytisch arbeiten oder arbeiten wollen. Darüber hinaus wendet er sich an Personen, die sich beruflich mit diskursiven Phänomenen befassen – also z. B. an Journalisten, Lehrerinnen oder Bildungsarbeiter.

In verschiedenen Seminareinheiten wird in die theoretisch-methodischen Grundlagen und Analysekategorien eingeführt. Daran anknüpfend wird es den Teilnehmenden im Rahmen von praktischen Übungen ermöglicht, sich mit der Anwendung der KDA und ihrer „Werkzeugkiste“ vertraut zu machen und die (kritischen) Potentiale von Diskursanalysen herauszuarbeiten.

Anmeldung per Mail an: benno.nothardt@diss-duisburg.de

<https://www.diss-duisburg.de/workshop-kritische-diskursanalyse/>

Aktivitäten



DISS-Stand auf dem Markt der Möglichkeiten gegen den AfD Parteitag in Essen.

Am 29. Juni haben wir uns mit einem Bücherstand an den Aktivitäten gegen den Parteitag der AfD in Essen beteiligt. Und am 17. August feierten wir beim „Fest der Vielen“ im Rheinpark unter dem gleichen Motto mit.

Das DISS unterstützt den Aufruf „Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte verteidigen“. Du kannst ihn auch unterzeichnen:

<https://weact.campact.de/petitions/rechtsstaatlichkeit-und-menschenrechte-verteidigen>



Washington D.C. | 6.1.2021



„Ich werde das Ergebnis dieser großen und historischen Wahl vollkommen anerkennen – wenn ich gewinne.“
 Donald Trump | Delaware (Ohio) | 20.10.2016

